

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 2.20 M., monatlich 1.10 M.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interfions-Gebühr
Betragt für die jehrgelappten Kolon-
größen oder deren Raum 20 Pf., für
politische und gesellschaftliche Berichts-
und Berichtungs-Bezüge 30 Pf.

Ordnung Nr. 187.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 12. Juli 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abrüstung.

Von Richard Gädle.

Mit dieser inneren Genugung erfüllt es unsere
Rüstungspresse, erfüllt es die ganze Welt, die sich in
Deutschland das Monopol des „Patriotismus“ aus höchst-
eigener Machtvollkommenheit beigelegt hat, daß sich in Frank-
reich eine Rehrheit für das Dreijahrgesetz wieder gefunden
hat. Wie in Deutschland sind es nur die Sozialisten, die
entschiedene und grundsätzliche Gegner der Rüstungswort
geblieben sind; wie in Deutschland die sogenannten Fort-
schrittler, so bleiben in Frankreich die Radikalen darin stecken,
dem Gedanken der Erleichterung der Rüstungen eine bössliche
Verbeugung zu machen, während sie praktisch seine Verwirk-
lichung mit einigen banalen Redewendungen auf den Nimmer-
mehrstag verschieben. Mit wohlwollender Herablassung ver-
sichern in holdester Uebereinstimmung agrarische wie liberale
deutsche Organe durch den Mund sogenannter Sachverständ-
iger, daß man in Frankreich die Bedeutung überschätze, die
wir der Abschaffung oder Fortdauer des Dreijahrgesetzes
beilegen. Das würde in richtiges Deutsch oder richtiges
Französisch übersetzt lauten: „auch wenn ihr abrüstet, wir
rücken weiter“. Darf man sich wundern, daß derartige
Gedankengänge die europäische Welt mit Unruhe erfüllen
und Deutschland im Vichte des Friedensförderers erscheinen
lassen? Es ist ungefähr der gleiche Standpunkt, den unsere
Flottenenthusiasten England gegenüber unentwegt ein-
genommen haben: „Wir bauen weiter, solange es uns
Spaß macht und unsere Mittel reichen, und wenn's Euch
nicht gefällt, dann justament gerade!“

Nach will nicht leugnen, daß neben dem materiellen Inter-
esse der Waffen- und Schiffbauindustrie, das allerdings sehr
in die Waagschale fällt, bei vielen Deutschen ein starker, aber
falsch verstandener Patriotismus die treibende Kraft ihrer
Rüstungsbegeisterung ist. Bei den meisten jungen Leuten
der gebildeten Stände wirkt in dem Untergrunde ihres
Bewußtseins der alte Traum germanischer Welt Herrschaft
instinktiv mit; sie verwechseln die politische Macht des
Staates, verwechseln dessen ausgreifende Eroberungs-
und Herrschaftspolitik mit der Wohlfahrt, dem Glück, dem
Gedeihen des Volkes. Und insofern glauben sie wenigstens
patriotisch zu sein, während sie in Wahrheit untreu sind und
einen erschreckenden Mangel geschichtlicher Einsicht zeigen.
Bei der Menge der Flotten- und Wehrverleumler ist es
einfach Modesache, sie schwimmen mit dem Strom mit, um
gute Kinder zu bleiben und sich mit den Mächtigen nicht
anzulegen. Diese selbst aber bedürfen der Rüstungen, bedürfen
der Furcht vor dem Kriege um ihrer eigenen Nachstellung
willen.

Die Rüstungen sind gewiß nicht allein von Deutschland
ausgegangen; jahrelang hat Frankreich nach dem unglücklichen
Ausgange des Krieges von 1870/71 die Revanche gepflegt
und für die Revanche sich vorbereitet. Aber dann wuchs
eine neue Generation heran, dann kam eine friedliche Tendenz
auf; es kam der Streit mit England um Fashoda, und
es kam im Jahre 1905 das Zweijahrgesetz,
durch das Frankreich endgültig dem mili-
tärlichen Wettlauf mit Deutschland zu ent-
sagen schien. Alle chauvinistischen Federn der deutschen
Presse waren damals in eifrigster Arbeit, diese zweifellos
friedliche Strömung in Frankreich mit dreister Stirn ab-
zuleugnen; unsere westlichen Nachbarn wurden nach wie vor
als unser Erbfeind hingestellt, mit dem eine Versöhnung
unmöglich sei, weil man sie eben jenseits der Grenze
nicht wolle. Man hatte auch bald einen neuen Banapfel
gefunden: Marokko! Und zugleich das steigende Bewußtsein
mit England! Niemals ist die deutsche Politik so ungeschickt,
so heraufschindernd, so von wechselnden Räumen abhängig und
unentschlossen gewesen. In den Jahren von 1905 bis 1913
haben wir den Rest unseres Ansehens in der Welt verloren.
Sinfert glaubte unsere gedankenlose Diplomatie es nur durch
immer gewaltigere Rüstungen mühsam erhalten zu können.

Torheit, daß der Balkankrieg sie nötig gemacht hätte;
nein, die Unfähigkeit unserer Leitung hat Deutschland die
neuen gewaltigen Opfer auferlegt; sie hat auch die wachsende
Deutschfeindlichkeit in Rußland zum großen Teile mit-
verschuldet. Von hier, nicht mehr von Frankreich, droht
— wenn überhaupt — der Fortdauer des Friedens die
ernsteste Gefahr!

Aber die Franzosen glaubten sich durch unsere Wehr-
vorlage unmittelbar bedroht, und die Wiedereinführung der
dreijährigen Dienstzeit war die unmittelbare Folge. Eine
Antwort beinahe der Verzweiflung; denn die Kriegsstärke
des französischen Heeres wird dadurch nicht um einen ein-
zigen Mann erhöht, nur die Kriegshereitschaft vermehrt.
Aber welche ungeheuren Lasten hat das Volk damit auf sich
genommen, finanziell wie wirtschaftlich, und mit welcher un-
zureichendem Erfolge!

Faut es hat sich das Verdienst erworben, in seiner „Hu-
manität“ die außerordentlichen Läden nachzuweisen, die Tod,
Krankheit, Uelauß fortwährend in den Reihen des fran-
zösischen Heeres reifen. Während seine Totalstärke im April
dieses Jahres 725 836 Mann betragen sollte, waren tatsächlich
nur 572 881 unter den Fahnen; es fehlten also nicht

weniger als 152 955 Mann. Velläufig gesagt beträgt die
Durchschnittsstärke des deutschen Heeres 764 893
Mann, sie ist also um

192 012 Mann

größer als die tatsächliche Stärke des französischen Heeres
im April 1914.

Und während noch Einführung des Dreijahrgesetzes
dessen Totalstärke gegenüber dem April 1913 um volle
192 425 Mann sich hätte vermehren sollen, beträgt der tat-
sächliche Zuwachs nur 96 805 Mann; der Abgang hat
sich also gegenüber dem Zweijahrgesetz um
95 620 Köpfe vergrößert.

Vielleicht hat Naures doch nicht ganz unrecht, wenn er
meint, daß das Volksherr, das er zu schaffen wünscht, nicht
nur billiger sei und geringere wirtschaftliche Schäden nach
sich ziehen, sondern zugleich einen höheren Aufwergtrag bringen
würde.

Aber auch für uns ergeben sich lehrreiche Betrachtungen.
Zunächst ist es ja gar nicht wahr, daß der Weibehalt des drei-
jährigen Dienstes unseren Aldeutschen so gleichgültig ist.
Seine großen Schäden veranschlagen sie — natürlich nur aus
freundnachbarlicher Rücksicht für die französischen Kameraden;
so lange es aber besteht, gewährt es ihnen den glänzendsten
Agitationsstoff für weitere Heeresvermehrungen in Deutsch-
land. Man braucht ja nur die grotesk-phantastischen Zahlen,
mit denen Herr Reim seine gläubigen Zuhörer füttert, der
rückwärts und grauen Wirklichkeit gegenüberzustellen, wie
sie die obige Zusammenstellung der französischen „Humanität“
nachweist. Sätten jetzt die Franzosen eine Abschaffung des
Dreijahrgesetzes in nahe Aussicht gestellt: nichts wäre unseren
Rüstungsfanatikern unangenehmer gewesen.

Immerhin: in Frankreich hat man doch wenigstens die
Möglichkeit zugegeben, unter gewissen Bedingungen zu einer
Erleichterung der Dienstzeit schreiten zu können. Bei uns
leugnet man sie schlanke und mit jenem Tone hoffärtigen
Besserwissens, der eines der übelsten Kennzeichen unserer
Bureaucratie ist. Unsere ganze sogenannte Jugendausbildung
ist nichts als eine patriotische Spielerei zu alldeutschen
Zwecken: einen praktischen Wert hat sie nicht. Und doch
steht für uns noch mehr als für Frankreich die Sache so,
daß wir ein Gleichgewicht oder gar ein Uebergewicht unserer
militärischen Kräfte nicht mehr durch die mobilisierte Friedens-
armee, wie stark sie auch sei, sondern nur durch eine solide
Organisation unserer zahllosen Reserven, d. h. durch eine An-
näherung an das verpönte Militärsystem gewinnen können.
Aber unsere uniformierte Bureaucratie ist vielleicht noch
gedankenärmer als die nichtuniformierte. Und doch liegt die
Aufgabe der Zukunft in der Verfürzung der Dienstzeit, in
der militärischen Jugendausbildung und in der streng terri-
torialen Gliederung des Heeres. Jeder Bezirk ein Regiment!
Das ergibt nämlich zu gleicher Zeit die schnellste und glatteste
Kriegsbereitschaft, eine viel bessere als unser gegenwärtiges
System. Freilich müßte man dann auch die Waffen dem
Manne in die Hand geben — wie in der Schweiz!

Doch ich will aufhören: vielleicht erblickt man in dieser
Anregung bereits die Aufforderung zum Hochverrat! Bei
uns und in Rußland ist alles möglich. In Wirklichkeit aber
glaube ich, daß solche wahrhafte Volksbewaffnung nur der
erste Schritt zur allgemeinen Abrüstung sein wird und sein
soll. Je mehr die Völker Herren ihrer Geschichte werden, desto
seltener wird die Notwendigkeit eines Krieges an sie heran-
treten.

Wozu die Aufregung?

Die Führer der Kömer kirchlichen Richtung sind gar „gespähige
Leut“. Während der eine von ihnen über die ihnen von Rom
applizierten Oberfeigen erbärmlich jammert und die Herrichtung des
katholischen Volksthebens durch das Verhalten der römischen Kurie
mit schmerzbelegter Fingerringe beklagt, erklärt der andere mit
nonchalanter Handbewegung: „Macht nichts; denn, genau gesehen,
sind ja die Oberfeigen gar nicht für uns bestimmt — also nur seine
Aufregung, selbst wenn die Wade beunruhigt!“

Zu der letzten Sorte gehört Herr Dr. Julius Wachem. Im
roten Tag veröffentlicht er einen Artikel unter der Ueber-
schrift: „Wozu die Aufregung?“, in dem er den großen
Gemüthsheilen spielt und erklärt, die Zentrumsparteiler hätten
nicht den geringsten Anlaß, sich über die Wader-Affäre aufzuregen,
denn erstens hätte die Indigierung der Waderschen Schrift gar
nichts zu bedeuten, und zweitens wäre das Verfahren der Index-
kongregation nur ein gelindes Abführungsmittel — verdünntes Ni-
gamsöl —, das einem so verdaunungsgemähtigen Magen, wie dem
Waderschen oder Waderschen, nimmermehr schaden könnte.

„Der Fall Wader“, so versichert Herr Wachem, „steht insoweit
noch auf dem alten Platz, als niemand weiß, welche Stellen in
der Waderschen Erweiterung seiner Offener Rede von der Index-
kongregation beanstandelt worden sind. Auch Stadtpfarrer Wader
selbst weiß es nicht, wie er vor einigen Tagen in einer Rede
anlässlich des 14. Verhandeltages der Bindhorchbünde Waders in
Emmendingen festgestellt hat. Nur der kanonisch durchaus
Gehaltlose vermag vielleicht zu erkennen, welche Sätze für die
Indigierung der Waderschen Schrift etwa in Betracht gekommen
sind; mit Sicherheit wäre das aber nur aus einer Rundgebung
der Indexkongregation zu erfahren. Was die Unita Cattolica
über den Inhalt des Spruchs der Kongregation sagt, entbehrt
aller und jeder Beglaubigung...“

Die Indigierung an sich ist in keiner Weise geeignet, die
Stellung Waders herabzudrücken. Wie viele große Theo-
logen sind wegen einzelner Stellen in ihren
Werken auf den Index gekommen! Professor Serru
(München), ein Zeitgenosse Joseph u. Goerres', erzählt, daß auch
dieser größte Vorkämpfer des Katholizismus in der ersten Hälfte
des vorigen Jahrhunderts vor der Gefahr gestanden habe, seine
„Mythol“, die früher der theologisch ansehbaren Sätze nicht wenige
enthielt, indigiert zu sehen; König Ludwig I. von Bayern habe
diese Gefahr abgewandt, indem er jede Entscheidung auf das un-
liebste Aufsehen hingewiesen, welches eine solche Maßregel
gegen den Verfasser des „Arbanastus“ in der ganzen katholischen
Welt hätte hervorrufen müssen.“

Also nur ruhig Mut! Mit dem Fall Wader ist es nicht; und
noch weniger Bedeutung hat der Dittendrief des Bischofs von Como
und seine Belobigung durch den Papst — Bischöfe schreiben doch
öfters verrückte Dittendriefe, nicht nur in Como, sogar im deutschen
Rom ist so etwas schon öfters passiert. — Deshalb keine Aufregung!
Die „Köln. Volksztg.“ macht ja doch ihr Geschäft!

Das kurze Glückwunschschreiben Papst Pius' X., welches
sich direkt nur auf den Bischof von Como und dessen Tadel
bezieht, bewegt sich in ganz allgemeinen Wendungen; es läßt
insbesondere in keiner Weise erkennen, daß der Papst irgend-
wie den Ausfall des Bischofs gegen den Reichsanwalt der
deutschen Zentrumspartei gebilligt habe oder billigen wolle, und
bietet daher nicht den geringsten Anlaß zu Aufregung!
Für die ausschweifenden Kommentare, welche die futuristischeren
und zentrumsfeindlichen deutsche Presse daran knüpft.

Mit welcher Seelengröße doch Herr Wachem Oberfeigen einzu-
haufen verheißt! Ein großer Mann. Selbst das größte Nashorn
hat kein so schönes, dickes Häutchen!

Das Possibilitäts aber ist, daß zu derselben Zeit, wo Herr
Julius Wachem erklärt, die Zentrumsparteiler hätten gar keinen
Anlaß, sich über die Indigierung der Waderschen Schrift und
den Dittendrief des Bischofs von Como aufzuregen, sein Zeit,
die „Köln. Volksztg.“, einen Artikel bringt, in dem es heißt, die
Zentrumsmittglieder empfänden naturgemäß über ihre Behand-
lung durch die in- und ausländischen Querretter — allem An-
schein nach rasmet das Volk auch den Papst zu den Querrettern —
den „kleinsten Schmezz“!

Die geschicktesten Einmigungen haben in den letzten
Jahren immer weitere Kreise ergriffen, und auch manche
Männer, die im öffentlichen Leben stehen, wurden
davon erfaßt. Katholiken, die im öffentlichen Leben Deutsch-
lands sich betätigen, haben es ohnehin nicht leicht; es werden
an sie die größten Anforderungen an Zeit, Kraft und
Gewandtheit gestellt, sie gefährden nicht selten ihre eigene Zukunft,
berauben sich selber mancher Möglichkeiten des Fortkommens,
mancher Anstellungsmöglichkeiten und müssen sich und ihren
Angehörigen manchmal Opfer auferlegen, die an Herois-
mus grenzen. Wenn nun solche Männer aus den
eigenen Reihen beschimpft und angefeindet
werden, wenn diese Anfeindungen nicht mehr
aushören wollen, wenn sie sich sogar aus dem Ausland
immer neue Verdächtigungen ihrer in-
ländischen Treue gefallen lassen müssen, gegen die
niemand sie schützt, dann ist das „Anirschen des inneren
Menschen“ eine durchaus erklärliche psychologische Er-
scheinung.

Kurios. Entweder liegt, wie Herr Julius Wachem behauptet,
nicht der geringste Anlaß für die Zentrumskritiken vor, sich auf-
zuregen und zu Anirschen. Man ist das Anirschen der
Herren höchst überflüssig und lediglich ein albernes Zeitvertreib;
oder die Zentrumsparteiler haben tatsächlich begründeten Anlaß
zum Anirschen, dann ist Herrn Julius Wachems Artikel im roten
„Tag“ dummes, einfältiges Geschwätz. Wir sind vorläufig ge-
neigt, das letztere anzunehmen.

Die Pariser Bombengeschichte.

Paris, 10. Juli. (Eig. Ber.)

Von der mysteriösen Bombenaffäre ist immerhin ein Zipfel auf-
gedeckt worden. Die von der Polizei bald mit phantastischen „Infor-
mationen“, bald mit Dementis versorgte Nachschichtenpresse hat die in
Beaumont-sur-Oise verhafteten „Kiritschen“ und „Trojanowski“ zu
Helden eines Attentatsplans gemacht, dem nach der einen Version der
Jahr, nach der anderen der Präsident der Republik zum Opfer fallen
sollte. Sind diese Schauererzählungen mehr oder minder interessierte
Sensationsmachte, so ist doch das eine sicher, daß eine Bombe eine
Rolle bei einem Erpressungsversuch gespielt hat, der am letzten Frei-
tag von drei Russen an einer polnischen Wergitin, Frau Dr. Siro-
secki, hier verübt worden ist. Frau Dr. Stroschki, deren Mann
schiffstiller für den Sozialismus wirkt und mit den anarchistischen
Elementen der polnischen Emigration manchen Strauß ausgefochten
hat, erhielt Freitag während ihrer Ordinationsstunde — sie ist in
einer Kinderambulanz tätig — den Besuch dreier Individuen, die
sie zunächst für Unterstützungsuchende hielt. Kaum in ihren Salon
eingetreten, besetzten sie die Türen und der eine sagte drustal: „Wir
kommen um Geld.“ Frau Dr. Stroschki wollte ihnen einige Geld-
stücke reichen, aber der Sprecher der Bombe forderte 400 Fr. und be-
gründete das damit, daß er und seine Begleiter „Anarchisten“ seien.
In ihrer Aufregung ließ Frau Dr. Stroschki an einen Tisch an,
worauf einer der „Anarchisten“ rief: „Achtung! Eine Bombe
ist da!“ In der Tat lag auf dem Tisch ein in Papier eingewickelter
zylinderförmiger Gegenstand. Die Bedrohte ließ sich jedoch nicht ein-
schüchtern und erklärte mutig: „Ja habe keine Angst vor jener
Bombe, wenn ich auch allein bin. Wenn Sie mich töten wollen, werde
ich mich nicht verteidigen, aber so viel Geld habe ich nicht und kann
ich Ihnen nicht geben.“

In diesem Augenblick kam eine Näherin, durch den Lärm angelockt, aus dem Nebenzimmer, worauf die Burtschen Revolver hervorgezogen und die beiden Frauen bedrohten. Sie zogen es indes vor, sich zu entfernen. Wohin fragten sie noch: „Werden Sie uns anzeigen?“ Die Aertzin erwiderte: „Nein. Ich belege Sie. Gehen Sie fort. Sie selbst werden sich denunzieren. Denken Sie nach! Haben Sie Hunger? Wollen Sie Geld zum Essen? Vielleicht kommen Sie dann auf vernünftigeren Gedanken.“

Die Eindringlinge verzogen sich schleunigst. Die Aertzin verständigte hierauf die Hausmeisterin, die Kassiererin eines benachbarten Badens und telephonirte mehrere Kollegen an, um sie vor diesen Besuchern zu warnen.

Es ist nun höchst wahrscheinlich, daß die Polizei von dieser Affäre rasch Wind bekommen hat. Jedenfalls hat sie die Bombenträger mehrere Tage lang beobachtet. Warum hat sie sie nicht verhaftet? Nun behauptet sie, daß die in Beaumont Verhafteten mit zweien der Besucher der Aertzin identisch seien. Frau Dr. Strochski, der sie gegenübergestellt wurden, hat sie wohl nicht agnosziert, dagegen glaubt ihr Dienstmädchen, sie zu erkennen. Aber wenn diese Identität vorliegt, sieht die Verhaftungsangabe nach einer beabsichtigten Sensationsmacherei aus. Man läßt gefährliche Menschen dieser Sorte frei herumlaufen, das Leben ihrer Nebenmenschen gefährden, mit Bomben allergeringster Art — so sagen die amtlichen Chemiker — auf Landstrassen spazieren gehen und umgibt dann ihre schließliche Verhaftung mit einem aufregenden Mysterium. Legt das nicht den Gedanken nahe, daß die Bombenmänner gewissen Leuten von der Polizei sehr gelegen kamen, ja, daß sie — vielleicht ohne es selbst zu wissen — an Drähten tanzten, die von fremder Hand gezogen wurden?

Wahrscheinlich sind weitere vier Ruffen verhaftet worden, auf deren Teilnahme an der Bombenaffäre die Polizei hauptsächlich aus dem Grund zu schließen glaubte, weil ihre Adressen bei einem der Bombenträger vorgefunden wurden. Einer von ihnen, ein junger, kaukasischer Fürst A. B. Schidze, wurde eigentlich nur darum verhaftet, weil er gerade dazu kam, als ein anderer aus seiner Werkstatt abgehört worden war und die Polizisten noch dort waren. Wie es heißt, ist A. B. Schidze ein harmloser Jüngling, der sich in Paris seines Lebens freut und von Landkleuten erfolgreich anpumpen läßt.

Jedenfalls scheint der Polizei die Gelegenheit nicht unwillkommen zu sein, die den russischen Emigranten einzudringen und nach Belieben Durchsuchungen anzustellen. Wenn man weiß, auf welchem kollegialen Fuß manche französischen Polizisten mit ihren Kollegen von der Czarska stehen, gibt die Geschichte zu denken. Angehörigerweise hat die Polizei auch bei Genossin Dr. Strochski, also dem Opfer der Expresser, eine Hausdurchsuchung angestellt und ist dabei mit größter Rücksichtslosigkeit verfahren. Als wichtige corpora delicti wurde eine Spule mit Weidraht, die zu Reparaturen im Fall von Kurzschlüssen dient, und ein Lehrbuch der Chemie für Studenten mitgenommen.

Man denke nun daran, daß sich diese Affäre jetzt im Augenblick ereignet, da Buzzew neue Entfaltungen über die russischen Polizeiumtriebe in Frankreich begonnen hat, und die französischen Sozialisten daran gehen wollen, die Säuberung ihres Landes vom Czaranageland energisch zu betreiben. Man braucht dabei keineswegs anzunehmen, daß „Kritischen“, der, wie es heißt, in russischen Gefängnissen gefesselt hat, bewußt den Agenten gedient habe. Wir erinnern nur an die vielbesprochene Brüsseler Affäre Gartenstein, die dem Expressungsverfasser Frau Dr. Strochski fast Zug um Zug gleicht, und als deren Anstifter der berühmte Harting-Landesen gelten hat, während der unglückliche Komatier Gartenstein das selbstlose Werkzeug war.

Jedenfalls ist diese neueste Bombengeschichte so verdächtig, daß nicht nur alle russischen Sozialisten gegen die Versuche, die revolutionäre Emigration mit ihr zu kompromittieren, protestieren, sondern auch die russische kommunistisch-anarchistische Gruppe beschlossen hat, eine Untersuchung anzustellen, um zu erforschen, wer „Kritischen“ angetrieben und bei seinem Vorhaben unterstützt hat.

Das Ende des Schwindels.

Paris, 11. Juli. Nach einer anscheinend von der Polizeipräfektur herrührenden Zeitungsmeldung scheint man nunmehr zu der Ueberzeugung gelangt zu sein, daß die Verhafteten Kiritschew und Trojonareski keinerlei politischen Anschlag geplant haben, und daß sie nur ganz gewöhnliche Verbrecher sind.

Maximilian in Mexiko.

Auch ein Jubiläum.

II.

Der Kaiser Maximilian sollte nur allzu schnell erkennen, daß er ohne die französische Bajonnette ein Nichts in dem fremden Lande war, denn es gab keine Partei, auf die er sich wirklich stützen konnte. Die Masse des Volkes war durchaus republikanisch gesinnt, und was die sogenannten Monarchisten anging, so galt der österreichische Erzherzog den Liberalen als zu liberal und den Konservativen als zu liberal. In der Tat konnte über die Wiederherstellung der verkauften Kirchengüter eine Einigung zwischen Maximilian und dem päpstlichen Nuntius nicht erzielt werden, und die Usurpator, der auch mit dem Segen des Papstes hinausgezogen war, sich ein Land und eine Krone zu erobern, stand bald in einem unerzähllichen Gegensatz zur römischen Kurie. Auf der anderen Seite wurden die Großgrundbesitzer, die Haciendaados, durch eine Verfügung des „Emperadores“ aufgebrochen, die wenigstens eine bedingte Aufhebung der Penonage, der Schuldsklaverei, ins Auge faßte. Aber dieses Dekret wie fast alle die anderen Verfügungen, mit denen Maximilian überaus verschwenderisch um sich warf, blieben auf dem Rangeleipapier stehen, denn er selbst verfügte weder über eine geordnete Verwaltung, noch über eine militärische Macht, um seinem Willen Nachdruck zu verschaffen, und die Franzosen spielten sich als die Herren des Kaiserreichs auf, dachten aber nicht im Traume daran, seine Befehle zu vollstrecken. Ramentlich zwischen Maximilian und dem Marschall Bazaine gab es eine endlose Kette von Reibereien, die sich bei der Frau Maximilian's zu einem wütenden Haß gegen den französischen Oberbefehlshaber verdichteten. Aber nicht nur militärisch, sondern auch finanziell hingen „Kaiser“ und „Kaiserreich“ ganz und gar von den Franzosen ab. Die Kassen waren leer, und um nur die notdürftigsten Summen zusammen zu kriegen, mußten zu märchenhaft hohem Zinsfuß Anleihen um Anleihen aufgenommen werden.

Quarez und seine Anhänger hatten sich zwar in einen äußersten Zipfel des Landes zurückgezogen, aber von dort aus beunruhigten sie durch einen geschickten Kleinkrieg unaufhörlich die fremden Eindringlinge. Als alle Versuche, die Führer des Gegners mit den lödlichsten Versprechungen in das Lager Maximilian's hinüberzuziehen, gescheitert waren, gedachte er die republikanische Bewegung in einem Meer von Blut zu erstickend. Ein Dekret vom 2. Oktober 1865 räumte die „Nachsicht“, die die kaiserliche Regierung übergehenden Elementen gegenüber bisher an den Tag gelegt habe, und den Erfolg dieser Politik:

Die ehrenhaften Männer haben sich um ihre Fahne geschart und die gerechten und liberalen Grundzüge angenommen, die ihre Politik leiten. Die Unordnung wird nur noch von einigen Führern aufrecht erhalten, deren aufgewühlte Leidenschaft mit Patriotismus nichts zu tun hat, und durch eine zügellose Sol-

Politische Uebersicht.

Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages?

Die Gerüchte über den Rücktritt des preussischen Justizministers wegen seiner Ausführungen im Herrenhause über das Eigenbleiben der sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder beim Kaiserhof haben der halbamtlichen Korrespondenz Woth, wie sie mittelst, Anlaß gegeben, an ein geleitende Parlamentarier eine Umfrage zu richten, um festzustellen, ob tatsächlich wegen des Eigenbleibens eine Aenderung der Geschäftsordnung geplant wird.

Das Resultat dieser Umfrage faßt die betreffende Korrespondenz in folgender Mitteilung zusammen:

„Eine faktionale Besprechung über die Vorgänge in der letzten Reichstagsitzung hat nach der Schließung des Reichstages nicht mehr stattgefunden. Es kann deshalb auch nicht gesagt werden, ob die Fraktionen im November Wahnahmen ergreifen werden, um solche Zwischenfälle zu verhindern. Verschiedentlich ist wohl privatim angedeutet worden, daß die bürgerlichen Fraktionen die Pflicht hätten, den Monarchen vor Beleidigungen zu schützen. Mit Ausnahme der Konservativen sind die bürgerlichen Parteien der Ansicht, daß der Reichstag kaum in der Lage sein dürfte, solche Demonstrationen wirksam zu verhindern. Eine größere Reform der Geschäftsordnung läßt sich nur von einer imposanten Mehrheit durchführen, in Geschäftsordnungsfragen hat im gegenwärtigen Reichstag aber selten Einmütigkeit geherrscht. Man vergewagt sich, daß es nicht einmal im preussischen Abgeordnetenhaus der Mehrheit gelungen ist, eine Reform der Geschäftsordnung durchzusetzen, die viel weniger demokratisch war, als die bisher für den Reichstag geäußerten Wünsche (Sitzungsaussetzung, Geldstrafen usw.). Dazu kommt, daß technische Schwierigkeiten einer Reform der Geschäftsordnung im angebotenen Sinne entgegenstehen. Ein Kaiserhof wird meist am Schlusse der Tagung ausgebracht, ein Ausschluß nach der Schlußsitzung wäre also ein Unling, weil keine weiteren Sitzungen folgen. Ueberhaupt sind Ausschluß von Sitzungen und Geldstrafen Dinge, die der deutsche Reichstag wohl nimmermehr in seine Geschäftsordnung als Ordnungsstrafen einführen wird.“

In unserer Rundfrage sprachen sich für Ordnungsstrafen nur Konservative aus, während die übrigen Parteien überhaupt wenig Lust verspürten, den einzelnen Vorschlag zu einer Geschäftsordnungsreform zu benutzen. Gewiß war am Tage der Schlußsitzung die Stimmung dafür vorhanden, im Herbst wird man die Situation aber von anderen Gesichtspunkten aus betrachten. Von einer Seite wird die Schuld an dem Vorfall dem Präsidenten Kaempff allein zugeschoben, der die Anberaumung einer besonderen Schlußsitzung versäumt hatte. In Zukunft wird man wohl wieder zu diesem Mittel greifen, zumal die Sozialdemokratie durchblicken läßt, daß sie ähnliche Demonstrationen vermeiden wird. Befürchtet wird in den Antworten auf die Umfrage, daß die Wichtigkeit, die Geschäftsordnung zu ändern, zu dem Verfaßten führen könnte, die Rechte des Reichstages weiter einzuschränken und die Redefreiheit zu beschneiden. Eine Mehrheit für solche Attentate würde allerdings nicht zustande kommen, es würden aber langwierige Debatten sich entzünden, die Zwietracht zwischen den Parteien säen und das Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien noch mehr erschweren würden. Es besteht allgemein der Wunsch, vorläufig nicht an der Geschäftsordnung zu rütteln.“

Es ist vernünftig von den bürgerlichen Parteien — mit Ausnahme der Konservativen natürlich — daß sie nicht an der Geschäftsordnung rütteln lassen wollen. Der Erfolg der Rüttelung würde der Sozialdemokratie nichts schaden, wohl aber den rüttelungslüsternden Parteien und der hohen Regierung — und nach den letzten Blamagen hat diese gar nicht mehr viel an Ansehen zu verlieren. —

Vertwerfung der Revision Karl Schneidts.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Redakteurs der „Tribüne“, Karl Schneidt, der vom Landgericht III Berlin am 4. April d. J. zu sechs Wochen Festungshaft verurteilt worden war, weil er durch den Abdruck eines von dem Mitangeklagten Dr. Zeppler in dessen Blatt „Der Weg“ veröffentlichten Briefes eines Vadschichs

datessa, die freis die letzte trübe Spur von Bürgerkriegen bleibt. Von jetzt ab geht der Kampf zwischen den ehrenhaften Männern der Nation und den Vandalen von Missethätigen und Räubern. Die Zeit der Nachsicht ist vorbei. . . .

Und im Anschluß daran verfügte ein Dekret vom folgenden Tage, daß sämtliche Anhänger des Präsidenten Quarez, die mit den Waffen in der Hand ergriffen wurden, dem Tode verfallen sollten. Wenig später schickte auch Marschall Bazaine an die oberen Befehlshaber der französischen Truppen eine Bistulardepesche, in der es hieß:

Den Truppen ist bekanntzugeben, daß ich keine Gefangenen mehr wünsche. Jedes Individuum, mit den Waffen in der Hand ergriffen, wird erschossen. Gefangene werden nicht mehr ausgetauscht.

Der Marschall befahl so viel heisende Ironie, diesen Blutbefehl mit dem Satz zu schließen: „Ein Krieg auf Leben und Tod, ein Kampf bis aufs Messer beginnt heute zwischen der Barbarei und der Zivilisation.“ Im Zeichen dieser von Europa eingeführten „Zivilisation“ wurden dann in den folgenden Wochen Ströme von Blut verschüttet, und auf nicht weniger als 40 000 schätzte man die Zahl der Republikaner, die Maximilian's Dekret und Bazaine's Anweisung, die eine so unmenslich wie das andere, über die Minge springen ließen!

Aber auch der weiche Schreden in seiner furchtbarsten Form vermochte dem wankenden Throne Maximilian's keinen Bestand zu sichern. Jogh die französische Regierung ihre Hand von Mexiko ab, so schmolz die ganze Kaiserherrlichkeit wie eine Schneemauer an der Sonne dahin. Dem Louis Bonaparte aber brante das mexikanische Abenteuer mit jedem Tage mehr auf den Nägeln. Volkstümlich war die Expedition nach Mexiko in Frankreich keinen Augenblick gewesen, und jetzt hatte die immer lähmer werdende parlamentarische Opposition daran ein, um die auswärtige Politik des Kaiserreiches überhaupt in Grund und Boden hinein zu verdonnern. Mochten die Sprechminister Napoleons, wie Rouher, von dem mexikanischen Streich als einer genialen und glorieichen Idee fassen, die L'Esperance, die Fabre, die Picard und als die Vorkämpfer der bürgerlichen Opposition hatten den Beifall des Landes für sich, wenn sie die Gefahren der Expedition schilberten, die dem Budget monatlich 14 Millionen koste und 40 000 Mann der besten Truppen dauernd fernhalte, oder wenn sie es gebührend brandmarkten, daß Nord, Brand und Wüsten die Spuren des französischen Heeres in Mexiko bezeichnen. Mühte die Bewegung im Innern Napoleon, der seine künstlich gemachte Popularität mit Schred immer mehr schwinden fühlte, schon auf die Notwendigkeit verweisen, hinter dem mexikanischen Abenteuer den Schlußpunkt zu setzen, so kam von anderer Seite eine viel ernstere Mahnung. Schon im April 1864, noch ehe der habsburgische Prinz den Boden Mexikos betreten, hatte die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die französische Regierung wissen lassen, „es müsse der Politik der Vereinigten Staaten nicht, eine monarchische Regierung, errichtet

den Kronprinzen beleidigt haben soll. Der Angeklagte Dr. Zeppler hatte die Revision zurückgezogen.“

Klassenjustiz.

Ludwig Thoma zieht in der neuesten Nummer des „März“ eine recht interessante Parallele zu der Charlottenburger Denkmalsaffäre und der schweren Verurteilung der daran Beteiligten. Er schreibt:

„Vor etwa dreißig Jahren mußten die Münchener, welche frühmorgens über den Odeonsplatz gingen, einen Spah sehen, den sie unerhört oder übel nannten, über den sie aber gewiß nicht in „ungeheurer Erregung“ gerieten. Das Denkmal Ludwigs I. war mit roter Farbe besetzt, das heißt, nur das Ansehen des großen Kunstgenusses war bemalt und sah sonderbar genug aus. Dem einen der Pagen, der neben dem Pferde einherstreifelte, war der Pinsel in die Hand gesteckt, in den Arm des anderen war der Farbtopf eingehängt worden. Diese Steigerung der Unverfrorenheit wirkte eigentlich verhöhrend. Ganz München lachte. Man hatte junge Künstler oder Studenten in Verdacht, aber man gönnte es den Tätern, daß sie unentdeckt blieben. Auch die, welche recht mißbilligend die Köpfe schüttelten, waren doch nicht geneigt, in dem III — so hieß man das in jener angenehmeren Zeit — ein Attentat auf das Andenken des verstorbenen Königs zu sehen. Die Polizei ließ die Farbe abwaschen und nach einer Stunde sah Ludwig I. wieder ebern und feierlich zum Hofgarten hinüber. Ich weiß nicht, ob die Untersuchung mit fieberhaftem Eifer geführt worden ist. Man war damals überhaupt nicht gerne fieberhaft und auch die Staatsanwälte rochen nicht so viel schlechte Gesinnung wie heute. Jedenfalls kam nichts heraus, und ein paar Tage nach dem Vorfall redete man kaum mehr davon. Mit fast eiliche Jahre später ein Universitätsfreund den Täter, oder da es mehrere waren, den Rädelführer genannt. Es war ein Student, der heute ein angesehenener Mann und Familienvater ist. Und da er, wenn jene Erzählung meines Freundes auf Wahrheit beruht, ein Richter ist, so möchte ich ihn heute wohl fragen, wie er über das Berliner Urteil denkt, das den Verurteilten des Kaiser Friedrich-Denkmal je 1½ Jahre Gefängnis zuerkannte. Geht es ihm wie dem Reiter über den Bodensee, der tot vom Pferde sank, als er hinterdrein die Gefahr erkannte, in der er geschwebt hatte? Wahrscheinlich nicht. Denn er weiß, daß der Spruch gegen ihn nicht so grausam ausgefallen wäre. Er hat einige Anhaltspunkte dafür in dem Verhalten der öffentlichen Meinung, die seine Tat recht milde beurteilte. Obwohl sie erheblich verbrochener war, als die des Rudolf Vinke, denn der Münchner Attentäter hat das Ansehen der Majestät verletzert, während der Berliner nur den Sockel beschrieb. Die Gefinnung des Münchener war auch verdammtwert. Er wollte, von niemand und durch nichts angereizt, bloß Kergernis erregen, Vinke hat sich für ein Verbot des Polizeipräsidenten rebandieren wollen. Und doch war gegen ihn die öffentliche Meinung so hart, daß sie seine Verurteilung zu 18 Monaten förmlich billigte. Wird der erfahrene Richter, der nun aus jenem verwegenen Studenten geworden ist, den Unterschied finden, der seine Tat als Jugendtorheit und die des Vinke als Verbrechen bewerten lieh? Er liegt ausschließlich in der Klasse, und darin, daß man die Dummheit eines jungen sozialdemokratischen Arbeiters aus politischen Gesichtspunkten beurteilt. Politil verdirbt nicht bloß den Charakter.“

Troß des Indexverbots.

Ueber die Indignation von Waders Schrift „Zentrum und kirchliche Autorität“ wird der „Zentralauskunftstelle der katholischen Presse“ von zuständiger Seite, wie es in der jüngsten Nummer der „Petrusblätter“ (Nr. 41, Seite 492) heißt, geschrieben:

Es handelt sich nun im Falle Wader gewiß um einen angesehenen und um die katholische Sache verdienten Priester. Wenn ihm trotzdem von der römischen Entscheidung vor deren Veröffentlichung keine Mitteilung gemacht wurde, so hat dies seinen Grund eben darin, daß der indizierte Vortrag überhaupt nicht verbessert werden kann, weil die Idee, welche ihm zugrunde liegt, und ihn wie ein roter Faden durchläuft, nach Ansicht der Indexkongregation und des Papstes falsch ist. Darum vermißt man in dem Dekret den sonst wohl üblichen Zusatz „donec corrigatur“. Ist ein Indexverbot ohne diesen Zusatz „donec corrigatur“ einmal ergangen,

auf den Trümmern einer republikanischen und unter den Auspizien irgend welcher europäischen Macht, auf amerikanischem Boden anzuerkennen“. Als nun das Kabinett zu Washington durch die Niederlage der Südstaaten freie Hand bekam, machte es sich energisch daran, der Monroe Doktrin: Amerika den Amerikanern! Geltung zu verschaffen. Rund herum lehnte es die Aufforderung Napoleons ab, den mexikanischen Kaiser“ anzuerkennen, unterstützte statt dessen Quarez ganz offensichtlich und forderte schließlich die französische Regierung aus, ihre Truppen aus Mexiko zurückzuziehen, mit dem nur zu deutlichen Hinweis, daß die guten Beziehungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten sonst in drohende Gefahr kommen würden. Vergänglich berief sich Maximilian auf den Vertrag zu Miramar, der ihm die französische Unterstützung verhielt, bis er sich selbst eine Nationalarmee geschaffen habe, vergeblich reiste die Kaiserin Charlotte nach Paris, um den „Protector“ des mexikanischen Kaiserreichs zur Fortsetzung seiner Hilfe zu bewegen — der in ihr schlummernde Wahsinn brach als Folge dieser Aufregungen aus —, selbst wenn Napoleon wollte, konnte er nicht anders, als den Feldzug abzubrechen, denn ihn weiterzuführen hieß Krieg mit den Vereinigten Staaten und Revolution im Innern. Im März 1867 schiffen sich dann die letzten Franzosen in Veracruz ein, darunter Bazaine: er hatte seine Absichte absichtlich verzögert, um Maximilian Gelegenheit zu geben, sich ihm anzuschließen.

Aber obwohl die Republikaner sofort jede Weidung überstuteten, aus der die Franzosen sich zurückzogen, und keinem Einsichtigen verborgen bleiben konnte, daß das Spiel gründlich aus war, beharrte der Kaiser“, unter dem Einfluß seiner päpstlichen Umgebungs und im Sinn seiner eigenen romantischen Träume, bei dem Eigensinn im Lande zu bleiben. So kam alles, wie es kommen mußte. Schon im Mai fiel der feste Platz Queretaro, in den sich Maximilian mit einem dünnen Rest seiner Anhänger geworfen hatte, in die Hände der Quaristen, und da das Blut tausender getandachtelter Republikaner nach Nahe schrie, wurde der Ex-Monarch von Napoleons Gnaden vor ein Kriegsgericht gestellt, das ihn sehr kurzer Hand samt seinen Generalen Miramon und Mejia des Todes schuldig sprach. Der unverbesserliche Träumer glaubte noch immer, man werde ihn in eine Hafenstadt bringen und sich dort nach Europa einschiffen lassen, aber Quarez und den Seinen war es blutiger Ernst: am 19. Juni 1867 kreuzten die Schiffe des Exekutionspelotons, und über den Leichen der drei Verurteilten erhob sich der Schrei: Es lebe die Republik!

In den Tagen seiner vermeintlichen Noth hatte Maximilian einen Preis für das beste Lustspiel und das beste Trauerspiel ausgesetzt, ahnungslos, daß sein eigenes Schicksal diesen Preis verdient, denn was als ausgemachte Komödie im Frühherbst 1864 begann, endete als vollendete Tragödie drei Jahre später, und das einzig Weibende von diesem pomphaften Kaiserthum war das Bild, auf dem der große französische Impressionist R. a. e. i die Exekution der drei Schächer von Queretaro festhielt.

So liegt keine Veranlassung vor, dem Verfasser oder anderen Personen einzelne inkriminierte Stellen mitzuteilen, weil jeder Kundige sich selbst sagen muß, daß es nicht auf einzelne Stellen, sondern auf den Grundgedanken, die Richtung, den Geist der Schrift ankommt. Manchmal jedoch, z. B. im Falle Schell, wurden den Verfassern die wichtigsten Irrtümer nachträglich mitgeteilt. Es steht dahin, ob die Kongregation im Falle Waders, dessen politischen Untergrund jeder sieht, eine solche Ausnahme machen wird. Ein Indekret ist keine kirchliche Strafe, es will lediglich die Gläubigen vor Schaden schützen. Im vorliegenden Falle glaubte Rom eine besondere Veranlassung zu haben, durch eine verhältnismäßig rasche Entscheidung einzugreifen, weil die Wadersche Schrift in Massen verbreitet wurde.

Was der auf den Index geführte Vortrag Waders ist, berart, daß er überhaupt nicht verbessert werden kann, und die Indexkongregation hat ihn im Einverständnis mit dem Papste für so gefährlich gehalten, daß sie durch eine möglichst rasche Entscheidung eingriff, ohne erst den Verfasser oder den zuständigen Bischof zu hören. Dennoch wird die Wadersche Schrift nach wie vor weiter verkauft, und zwar von dem katholischen (I) Verlage der Proschüre, die bei Fredebeul u. Roenen in Essen („Essener Volkszeitung“) erschienen ist. Wie fangen doch die Siegerwald-Katholiken:

„Was schert uns Remur novorum,
Wie pfeifen auf Kopp und auf Korum!“

Die Hag gegen Serbien.

In einem offiziellen Artikel kündigt die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 791) an, daß Deutschland in dem serbisch-österreichischen Konflikt unbedingt neben seinem Bundesgenossen stehen werde. Nach einer Verherrlichung der maßvollen Behandlung der Südslawen durch Oesterreich heißt es:

Und auch jetzt lehnen die neuesten Meldungen, daß es von dem Volk, aus dem heraus es den furchtbaren Schlag erlitten hat, keine Demütigung, keinen Verzicht auf ein Recht, nur Einsicht und Gerechtigkeit verlangt. Es ist die politische Kultur Europas, die aus Wien heute ihre Stimme erhebt, maßvoll und gerecht, und so, wie es die Umstände und die Ergebnisse der Untersuchung berechtigt erscheinen lassen. In Umkehrung des bekannten Wortes des österreichischen Dichters kann man sagen, daß im Lager Oesterreichs heute Europa steht, soweit es die Methode der Tat von Sarajewo berührt, vor allem aber Deutschland, das die neuesten Ereignisse mit der tiefsten bundesbrüderlichen Anteilnahme mitdurchlebt. Nie war man in Deutschland inniger von der Bedeutung der historischen Aufgabe Oesterreich-Ungarns überzeugt, nie einmütiger in dem Gedanken, daß Deutschland unerschütterlich hinter dem Bundesgenossen zu stehen habe.

Das ist die Verkettung der deutschen Politik mit dem österreichischen Imperialismus, auch wenn er über Schlachtfelder führt. So „unerschütterlich“ die beiden Regierungen sein mögen, so einzig sind die Proletariat Deutschlands und Oesterreichs in dem Willen zum Frieden. Ihre Bundesgenossenschaft ist mindestens ebenso fest wie diejenige der Potentaten. Die Proletariat beider Länder sind noch immer der Meinung, daß die „historische Aufgabe“ Oesterreichs keinen Blutstropfen wert ist.

„Danst“ nach Frankreich entwischt.

Wie aus Kolmar gemeldet wird, ist der Zeichner Walz, genannt „Danst“, über die französische Grenze entwichen! Gestern hatte er noch erklärt, daß er heute die einjährige Gefängnisstrafe, die er für sein Buch „Mon Village“ vom Reichsgericht erhalten hatte, antreten werde. Im Laufe der Nacht traf jedoch beim Gericht in Kolmar ein Telegramm ein, das in Velfort aufgegeben war und folgender Wortlaut hatte: „Mich habe gesehen!“

Bekanntlich hatte der Verurteilte eine Kaution von 25 000 M. hinterlegt. Diese ist nun verfallen.

Das öffentliche Interesse des Breslauer Staatsanwalts.

Ihr Streikbrecher frecht mich noch bankrott! — So hatte eine harmlose Logismutter ihren zwei Koffhänger geantwortet, die als Arbeitswilige bei Vinke-Dosmann in Breslau tätig waren und sich über zu kleine Ekipitionen beschwert hatten. Die nützlichen Elemente fühlten sich dadurch tief beleidigt, zogen aus und stellten Strafantrag. Der Staatsanwalt erhob denn auch tatsächlich im öffentlichen Interesse Anklage gegen die Logismutter und setzte es durch, daß die Frau zu 3 M. Geldstrafe verurteilt wurde, obgleich einer der Arbeitswiligen, gerade der Antragsteller, längt über alle Berge war und nicht als Zeuge erschien. Die Straftat durfte doch nicht ungerochen bleiben, wenn es sich auch nur um eine rein private Äußerung handelt.

Schrecklich!

In der bisher gefügigen Schutztruppe der konservativen Reaktion, den preussischen Kriegervereinen, kriselt bedenklich. Das beweist schon der Beschluß des Kriegervereins im Oberrhein, sich als Zeugen im Luxemburg-Prozess zu melden. Doch zeigen sich auch sonst unter den inaktiven Söhnen des Mars allerhand höchst bedenkliche Erscheinungen. Aus Anlaß einer auf dem letzten Abgeordnetenversammlung in Breslau beschlossenen Erhöhung des Bundesbeitrages auf 60 Pfennige pro Jahr sind bisher 23 Vereine aus dem preussischen Landes-Kriegerverbande ausgeschieden. Damit ist aber die Massenflucht aus dem Verbande offenbar noch nicht beendet, denn die „Kreuzzeitg.“ hält es für notwendig, da auch noch andere „Vereine vor der Entschließung stehen, aus dem Landes-Kriegerverbande auszutreten“, die renitenen Krieger darauf hinzuweisen, daß sie bei Verwirklichung ihrer Absicht „einer ganzen Anzahl recht bedeutender Vorrechte und Vergünstigungen verlustig gehen, die für das Kriegervereinsleben sowie für die Einzelmitglieder ins Gewicht fallen“. Und diese „Vergünstigungen“ sind:

„Einreichung von Gesuchen für Kameraden und Kameradenwitwen, Anträge auf Linderung der Rot bei verheerenden Naturereignissen. Ferner können die Vereine nicht mehr an Kaiserparaden oder anderen gemeinschaftlichen Festen oder Aufzügen der Kriegervereine teilnehmen, und die aus militärischen Beständen gelieferten Gewehre müssen an das betreffende Artilleriedepot zurückgegeben werden. Der für die Vereine des preussischen Landes-Kriegerverbandes genehmigte Stempel darf nicht mehr geführt werden und die Vereine sehen sich ferner der Gefahr aus, daß sie die Bestätigung als Kriegervereine und die Genehmigung zur Führung der Kriegervereinsfahne verlieren.“

Wenn das nicht zieht, ist's offenbar mit dem Patriotismus der braven Kriegervereiner schon Ratthalb am letzten. Was füglich beweisen würde, daß die autoritätsfeindliche Rüge- und Kritiksucht unserer bösen Zeit selbst vor den getreuesten Stützen des christlichen Staates nicht mehr Halt macht.

Preussisches Selbstverwaltungsrecht — ein ganzer Schulvorstand nicht bestätigt!

In Goldblauer, einem Orte im Kreise Schleusingen (Thüringen), wurde am 25. April d. J. ein aus sechs Personen bestehender Schulvorstand gewählt, der, wie das bei der Zusammenkunft des dortigen Gemeinderats leicht ersichtlich ist, nicht den Verfall einer hohen Behörde fand. Und sie holte zu einem Schläge aus. In der Gemeinderatsitzung vom 6. Juli wurde ein Schreiben des Landrats vorlesen, in dem mitgeteilt wurde, daß die Bestätigung der Wahl der sechs Schulvorstandsmitglieder versagt werde und eine Neuwahl durch die Gemeindevorstellung zu veranlassen sei.

Eine nette Zumutung, die so eine königlich preussische Behörde an die gemahregelten Schulvorstandsmitglieder stellt: sie, die man für „unwürdig“ erachtet, das Ehrenamt im Schulvorstand auszuüben, sollen nun selbst mit aus der Mitte des Gemeinderats sechs andere, „Würdige“, wählen. Das hat auch schon insofern seine Schwärzheit, als in dem aus 12 Mitgliedern bestehenden Gemeinderat — elf Sozialdemokraten sitzen.

Die Gemeindevorstellung ließ den Herrn Landrat abblitzen. Sie tat das, was sie ihrer Selbstachtung schuldig ist und was sie allein als die von der gesamten Bürgerchaft gewählte Vertretung zu verantworten hat: sie wählte die abgelehnten Schulvorstandsmitglieder einstimmig wieder.

Oesterreich und Serbien.

Wien, 11. Juli. Wie das „Neue Wiener Tageblatt“ von unterrichteter Seite erfährt, bestärkt sich die Nachricht, daß die Mächte der Tripelente durch ihre Belgrader Gesandten bei der serbischen Regierung einen freundschaftlichen Schritt unternehmen werden, um auf die Notwendigkeit geeigneter Maßnahmen gegen anarchoistische Elemente zu verweisen. Der Schritt der Tripelente dürfte unmittelbar bevorstehen. Man habe Grund zur Annahme, daß die Gesandten der Tripelente in Belgrad ihren freundschaftlichen Rat auch in dem Sinne abgeben werden, daß Serbien durch seine Maßnahmen zur Beruhigung Oesterreich-Ungarns beitragen möge.

Abdankung Huertas!

Washington, 11. Juli. Die jüdischen Diplomaten haben aus Mexiko-City Informationen erhalten, die besagen, daß Huerta im Begriff sei, zugunsten des Ministers des Äußern, Carbajal, abzutreten.

England.

Der Kampf gegen Homerule.

London, 10. Juli. Die Versammlung der progressiven Regierung von Ulster hat eine Resolution angenommen, in der sie ihre Bereitwilligkeit ausdrückt, alle Vorschläge, die gemacht werden, um Ulsters Rechte unter dem Reichsparlament zu wahren, in Erwägung zu ziehen. Das Mißtrauen gegen die bona fides der Regierung zwingt sie aber, in ihren Vorbereitungen zum Widerstande gegen die Auserlegung eines Homerule-Parlaments auf Ulster fortzuführen.

Aus der Partei.

Der vierte Kongreß der Sozialdemokratie Lettlands.

Nach einem Zeitraum von fünf Jahren hat der vierte Kongreß der Sozialdemokratie Lettlands stattgefunden. Am Kongreß nahmen 18 Delegierte mit beschließender Stimme teil. Die Sozialdemokratie Lettlands zählt gegenwärtig 3500 aktive Mitglieder. Mit beratender Stimme nahmen am Kongreß teil mehrere bekannte Genossen unserer Partei, sowie auch Vertreter der verschiedenen Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands.

Aus den Berichten des Zentralkomitees unserer Partei sowie der lokalen Organisationen ging hervor, daß die größte Schwächung unserer Partei in die Jahre 1909 und 1910 fällt. Mit dem Jahre 1911 erweist wieder die Massenbewegung und zugleich gewinnt die Parteitätigkeit an Ausdehnung und Stärke. In den letzten drei Jahren haben großartige politische Streiks und Demonstrationen stattgefunden (am 9. Januar, am 1. Mai, am Gedächtnistage der Lenamassaker usw.), wobei in Riga allein die Zahl der Ausständigen 60 000 bis 70 000 betrug und gegen 10 000 Arbeiter sich an den Streikdemonstrationen beteiligten. Anlässlich dieser Ereignisse wurden Aufrufe und Flugblätter in einer Anzahl von 30 000 bis 40 000 Exemplaren in lettischer, russischer und litauischer Sprache verbreitet. Die „Revolutionskampagne“ zwecks Agitation für das Koalitionsrecht verlief durchschnittlich befriedigend; in Riga erreichte die Zahl der Unterschriften — selbstverständlich auf illegalem, dem einzig möglichen Wege gesammelten — über 5000.

Energetisch und entschlossen wurde die Wahlkampagne zur Vierten Duma geführt, wobei der Kandidat unserer Partei, Dr. P. Reedkain (Mitglied der Dritten Duma) trotz aller Einschänkungen des infamen Wahlgesetzes mehr als 5000 Stimmen in Riga auf sich vereinigte. Nur dank den ungeheueren Repressalien und der Eliminierung von mehr als 2000 proletarischen und halbproletarischen Wählern aus den Listen der Wahlberechtigten blieb der reaktionär-liberale Bloß Sieger. Aktive Teilnahme an den Kommunalwahlen nahmen unsere Organisationen hauptsächlich auf dem flachen Lande, und zwar in mehreren Gegenden mit recht gutem Erfolg. Der Partei gebührt auch das Hauptverdienst beim Gründen von Gewerkschaften, Arbeiterorganisationen und Bildungsvereinen, sowie auch bei der Durchführung des neu eingeführten Arbeiterversicherungsgesetzes.

Die legale Arbeiterpresse, die mit einigen Unterbrechungen schon vom Jahre 1906 bis zum Frühjahr 1910 bestanden hatte, wurde im Jahre 1911 wieder auf eine sichere Basis gestellt. Mit dem Beginn des Jahres 1914 wurde unsere Arbeiterzeitung in eine Tageszeitung umgewandelt, die gegenwärtig bis 12 000 Abonnenten zählt. In marxistischem Geiste redigiert werden auch die beiden anderen Organe, das gewerkschaftliche sowie das kooperative. Nach dem Kongreß erscheint nun auch ein theoretisches Organ, eine in strengmarxistischer Richtung geleitete Monatschrift.

Der Kongreß fasste mehrere wichtige Beschlüsse, die die weiteren Richtlinien unserer Parteitätigkeit und ihre wichtigsten Organisationsaufgaben festlegen. Diese Beschlüsse traten nur auf bei der Stellung der Partei gegen die anderen Parteigruppen der Sozialdemokratie Lettlands, sowie beim Befolgen der Prinzipien unserer Taktik.

Die Mehrheit des Kongresses hat bis auf weiteres eine neutrale Stellung den beiden Fraktionzentren in der russischen Sozialdemokratie gegenüber eingenommen; doch treten in den Beschlüssen ziemlich klar jene Anschauungen zutage, wie sie die Richtung der Bolschewiki vertreten.

In anderen Fragen herrschte eine ziemlich große Einmütigkeit unter den Kongreßmitgliedern und die Beschlüsse wurden entweder einstimmig oder mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

Aus Industrie und Handel.

37½ Millionen Mark Versicherungsgewinn.

Eine Statistik des Aufsichtsamtes für Privatversicherung für das Jahr 1912 umfaßt 116 Aktiengesellschaften mit 211 Unternehmen. Dessen eingezahltes Kapital betrug 166,59 Millionen Mark. Der rechnungsmäßige Gewinn, an dem die Versicherten nicht beteiligt sind, stellt sich auf 37½ Millionen Mark. Der Gewinn macht 22,5 Proz. des eingezahlten Kapitals aus. Die Einrichtung des Aufsichtsrates kostet die Versicherten nicht weniger als 8½ Millionen Mark. Das ist ein Geschäft! Um es sich nicht durch die „Vollstufung“ verderben zu lassen, die so niederträchtig ist, keinen Profit machen zu wollen, hat man alle reaktionären Kräfte mobilisiert. Mit einem Konkurrenzunternehmen, das aus der Versicherung ein profitables Geschäft machte, würde man sich abfinden, aber eine Versicherung, die lediglich dem Wohle der Versicherten dient, die grundsätzlich keinerlei Profite erzielen will, ist der kapitalistischen Gesellschaft ein Dorn im Fleische. Darum wird die Hetze gegen die „Vollstufung“ auch in Zukunft nicht erlahmen.

Braunkohle gegen Steinkohle.

Die Braunkohle galt für industrielle Zwecke lange als ungenügend. Systematische feuerungstechnische Versuche haben aber schließlich ergeben, daß die Braunkohle sogar mit Vorteil industriellen Zwecken dienen kann. Sie erfährt denn auch steigende Verwendung als Industrieheizstoff. So berichtet jetzt der Braunkohlen-Brikett-Verkaufsverein in Köln, daß er im Geschäftsjahre 1913/14 von insgesamt 5 208 019 Tonnen 3 283 285 Tonnen als Hausbrandbriketts absah und 1 944 734 Tonnen als Industriebriketts. Der Absatz von Industriebriketts ist trotz der rückläufigen Konjunktur um 10,85 Proz. gestiegen. Die direkte Verheizung des Briketts hat besonders an Boden gewonnen in der Industrie der Tone und Erden, sowie in Gießereien, Teerdestillationen, Kaffee-, Salz- und Tabakfabriken für die verschiedenen Heiz- und Trockenzwecke. Auch die Verwendung für Dampferzeugung ist in stetiger Zunahme begriffen und wird wirksam unterstützt durch die technische Verbesserung der automatischen Spezialfeuerungen für Briketts, insbesondere der Wanderkost- und Wurfffeuerungen. Im gleichen Maße, wie die Anwendung der Gasfeuerungen in industriellen Betrieben die unmittelbare Verheizung der Brennstoffe immer mehr verdrängt, wächst auch der Absatz der Briketts für Bergbauzwecke. Im Berichtsjahr hat die Zahl der Abnehmer von Generatorbriketts zugenommen. Insbesondere sind wiederum einige Stahlwerke, veranlaßt durch den günstigen Einfluß der Schwefelarmut des Briketts bei der Herstellung von Qualitätsstählen sowie durch den angenehmen, gleichmäßigen Betrieb der Generatoren, zur Brikettvergasung übergegangen.

Durch die günstige Lage der rheinischen Braunkohlengruben können alle diese Werke den Brennstoff auf billigem Wege beziehen. In anderer Weise wird die industrielle Verwendung der Braunkohle gefördert durch die Anlage von Werken im Braunkohlengebiet. Bezeichnend für diese Entwicklung ist, daß kürzlich die Papierfabrik Reichholz in Düsseldorf, in der Nähe der Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlen- und Brikettfabrikation ein größeres Gebiet erworben hat, auf welchem im Frühjahr 1915 mit dem Bau einer großen Druckpapierfabrik begonnen werden soll. Die Errichtung der Fabrik im Braunkohlengebiet erfolgt zur Herabminderung der Fabrikationskosten, welche durch direkte Verwendung der Rohbraunkohle zu Heizungs- und Bergbauzwecken erreicht wird; die sorgfältig angestellten Berechnungen für das neue Unternehmen im rheinischen Braunkohlengebiet haben ergeben, daß die Selbstkosten durch die Verwendung der Braunkohle gegenüber den übrigen Betriebsarten ganz erheblich niedriger sein werden.

So tritt denn die Braunkohle in vielfachen und ernsthaften Wettbewerb mit der Steinkohle und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß sie sich einen immer größeren Markt erobert.

Arbeiterrisiko. Die Flauenener Baumwollspinnerei A.-G. hat infolge Mangels an Kapital ihren Betrieb eingestellt. Zahlreiche Arbeiter sind dadurch brotlos geworden.

Letzte Nachrichten.

Bermehrung der bosnisch-herzegowinischen Grenztruppen.

Wien, 11. Juli. Wie die „Militärische Rundschau“ erfährt, ist eine beträchtliche Bermehrung und Ausgestaltung der bosnisch-herzegowinischen Grenzjägereinheiten sowie der Genbarmerie doriselfst beschlossen worden. Ueber die Durchführung dieser Maßnahmen, die bereits für die nächste Zeit erwartet werden, finden gegenwärtig in den beteiligten Ministerien Beratungen statt und es verläutet, daß ein diesbezügliches Projekt schon in wenigen Tagen der Militärkanzlei des Kaisers vorgelegt wird. Diese Vorkehrungen stehen im engsten Zusammenhang mit der im letzten gemeinsamen Ministerrat beschlossenen (scharferen Grenzüberwachung).

Verkrühte Siegesmeldung.

Saltilla, 11. Juli. (B. T. V.) Es scheint, daß die Meldung, Guaymas sei von den Bundesstruppen geräumt worden, verkrüht war. Nachrichten, die jetzt vom General Alvarado, dem Befehlshaber der Belagerer, eingetroffen sind, besagen, daß seine Truppen Guaymas auf der Landseite vollständig eingeschlossen haben.

Zur Katastrophe der „Empress of Ireland“.

Zu dem an anderer Stelle unseres Blattes gegebenen Entschluß der mit der Untersuchung des Zusammenstoßes betrauten Regierungskommission wird noch gemeldet:

Quebec, 11. Juli. Lord Wemyss hat heute die Beschlüsse der Untersuchungskommission zur Katastrophe der „Empress of Ireland“ vorlesen. Es heißt darin unter anderem, daß der Offizier Tustenes, welcher zu der Zeit des Unglücks die Verantwortung für die Führung des „Storstad“ trug, zu tadeln ist, weil er den Kurs des Kohlenstoffes geändert hatte. Wir bedauern, führte Lord Wemyss zur Frage der Verantwortlichkeit an dem Unglück aus, irgend jemandem die Schuld beimessen zu müssen, doch konnten wir zu keinem anderen Ergebnis kommen, als zu dem: daß Tustenes verkehrt und nachlässig handelte, als er bei dem Rebell den Kurs änderte, wie er es unzweifelhaft getan hat. Er handelte falsch und nachlässig, indem er die Führung des Schiffes behielt und den Kapitän nicht rief, als er sah, daß der Rebell kam. Der Bericht führt weiter aus, daß das Unglück in keinem Falle irgendeiner besonderen Eigenart der St.-Lorenz-Wasserstraße zugeschrieben werden könnte, es würde sich unter den gleichen Verhältnissen auch überall anders zugetragen haben. Hinsichtlich der Frage, in welcher Weise die Schiffe sich einander näherten, führt der Bericht aus, daß die Frage der Verantwortlichkeit sehr einfach liege und sich aus der Verantwortung der Frage ergebe, welches der Schiffe den Kurs im Rebell geändert habe. Tustenes habe sich in einem Irrtum befunden, wenn er geglaubt habe, daß bei der „Empress of Ireland“ die Absicht bestand, nach Nord an Nordost auseinander vorbeizufahren, oder daß sie durch ihre Lichter die Absicht kundgetan hätte, dies zu tun. Doch habe es den Anschein, als ob das Mißverständnis keine Folgen gehabt haben würde, wenn näher beide Schiffe den Kurs eingekallt hätten.

Der Bericht gibt weiter der Ueberzeugung Ausdruck, daß Kapitän Kendall vorfichtiger gehandelt haben würde, wenn er weiter von der Storfahrt abgehalten hätte. Immerhin sei die Kommission nicht der Ansicht, daß darin, daß Kapitän Kendall zur größeren Vorsicht das Schiff stoppen ließ, eine unsemännliche Handlungsweise zu erblicken sei, oder daß dem Umstand, daß es nicht weiter auswich, ein Teil der Schuld an dem Unglück beizumessen sei. Der Grund für das rasche Sinken der „Empress of Ireland“ sei gewesen, daß die Schiffschotten zwischen zwei Stesselräumen beschädigt waren. Der Bericht empfiehlt, zukünftig bei Rebell die wasserdichten Schotten soweit als möglich geschlossen zu halten und empfiehlt weiter die Verwendung von Flößen, welche ins Wasser gleiten, wenn das Schiff sinkt.

Ein Passagierdampfer in Seerot.

Buenos Aires, 11. Juli. Meldung der Agencia Hobas. Der Dampfer „Rendosa“, der 257 Personen an Bord hat, hat draßlos gemeldet, daß er in der Nähe von Punta Rogotes (?) in gefährlicher Lage aufgelaufen sei. Der Kreuzer „Patria“ und zwei Schlepper sind zur Hilfeleistung ausgelaufen.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Saison-Ausverkauf

Dieser Verkauf erstreckt sich auf fast alle Abteilungen. Sämtliche Waren, die dem Wechsel der Mode unterworfen sind, sollen vor Saison-Schluss geräumt werden.

Preise teilweise bis zur Hälfte herabgesetzt

Einige Beispiele der enormen Preisherabsetzung:

Verkauf nicht an Wiederverkäufer!

10 000 Meter **Stickereistoff**
Schwelzer
ca. 120 cm breit, Meter **2²⁵ 2⁹⁰ 3⁵⁰**

10 000 Meter **Foulardine**
bedruckt, moderne Dessins, Meter jetzt **75 Pf.**

ca. 5000 Meter **Blusen-Seide**
glatt und gemustert Meter **95 Pf. 1²⁵**

10 000 Meter **Krepon**
einfarbig, Meter **50 Pf.**

20 000 Meter **Woll-Musseline**
in kleinen modernen Dessins . . . Meter **55 bis 95 Pf.**

ca. 4000 Mtr. **Seiden-Paillette**
Meter . . . **1³⁵ 2⁶⁵**

10 000 Meter **Frotté**
glatt und gemustert, ca. 120 cm breit jetzt Meter **1⁴⁵**

10 000 Meter **Woll-Voile**
uni und gestreift, ca. 110 cm breit, Meter **95 Pf. bis 1⁶⁵**

3000 Meter **Kostüm-Stoffe**
130 cm breit Meter **1⁶⁵ 1⁹⁵**

Maßschneiderei
eleg. Herrenmoden
beste Stoffe, schick. Schnitt
in Verarbeitung, na. Zutaten
enorm billig.
E. Sommermeyer
Schönhauser Allee 136
Tel. Norden 2195.


Steckenpferd-Seife
die beste **Lilienmilch-Seife**
von Bergmann & Co., Radebeul, für zarte, weiße Haut
und blendend schönen Teint, à Stück 50 Pfg. Überall zu haben.

„Hoffnung“

Berliner Schneider-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger Anzüge

Sommer-Paletots,
Bozener Mäntel,
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
und Arbeiter-Berufskleidung.
Elegante Maßanfertigung.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft u.
der Ortsgruppe Berlin d. Arb.-Radf.-Bund.
Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet.
Tel. Amt Norden 1591. 102/1*




Problem
Cigarettes
Moslem
Truffrei

KON-LINON

Gewerkschaftliches. Fabriksherze?

Am Dienstag, den 14. Juli, findet vor der Hagener Strafkammer die Berufungsverhandlung in einem Prozeß statt, der verdient, kurz gewürdigt zu werden.

Zu einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung, die Ende März in Hohenlimburg i. Westf. abgehalten wurde, referierten die Bezirksleiter Martin aus Düsseldorf und der Gewerkschaftssekretär Hoffmeister aus Hohenlimburg über die gelben Werkereine. Dabei behaupteten sie von dem Führer der Gelben in Hohenlimburg, dem Einbinder Trabert, daß er „nach einwandfreien Ausfagen jugendlicher Arbeiter ein mit der Sittlichkeit kaum zu vereinbarendes Verhalten an den Tag gelegt habe, das vielleicht noch dem Staatsanwalt Gelegenheit zum Einschreiten geben werde“. Trabert ließ zum Radt. Es kam zu einer Privatklage gegen die beiden Gewerkschaftsangehörigen, ihren Gewährsmann, den Arbeiter Schick, den Redakteur Grünroth vom demokratischen „Gemeinnützigen“ in Hohenlimburg und den Redakteur der Lüdenscheider „Volksstimme“, Genossen Vöticher, die in ihren Berichten die Anschuldigung gegen Trabert wiedergegeben hatten. In der Hauptverhandlung vor dem Hohenlimburger Schöffengericht traten die Beklagten den Wahrheitsbeweis an, der ihnen glänzend gelang. Es wurde bewiesen, daß der Gelbenführer einem jugendlichen Arbeiter den Geschlechtssteil aus der Hofe genommen und daraufgepielen hatte; es wurde festgestellt, daß er, als einem anderen jugendlichen Arbeiter der Arbeitstitel unter dem Namen herborfam, die Hofe, heruntergezogen hatte. Weiter wurde durch mehrere Zeugen bestätigt, daß Trabert einem mädchenhaft aussehenden jugendlichen Arbeiter gesagt hatte, er wolle ihm den Geschlechtssteil untersuchen. Nachts in der Pause neben dem Jugendlichen sitzend, versuchte er auch, ihm an den Geschlechtssteil zu fassen, worauf sich dieser losriß und davonlief. Einem Tages meinte Trabert zu demselben jugendlichen Arbeiter, wenn er ein „Zwitter“ sei, könne er „beim Militär Regimentsmarie spielen“. Einem anderen Jugendlichen beschmierte Trabert den Geschlechtssteil mit gelber Farbe. Doch neben diesen Dingen sind noch Äußerungen Traberts erwiesen, über die man in einer Zeitung nicht berichten kann. Und was geschah, obwohl der Wahrheitsbeweis nicht besser gelingen konnte? Die fünf Angeklagten wurden verurteilt, und zwar Schick zu 20 M., und die übrigen zu je 50 M. Strafe. Und weshalb? Nun, weil es sich nach Ansicht des vorfihenden Richters um harmlose Fabriksherze handelte. Es heißt ausdrücklich im schriftlichen Urteil:

„Gewiß ist nicht zu verkennen, daß die von den Zeugen bezeugten Vorfälle an sich gegen die Sittlichkeit verstoßen; andererseits aber sind derartige Späße und Witzreden in den Fabriken, besonders in solchen, in denen, wie beim Hölzwerk, die Arbeiter nur mit Schweißmittel und Hofe bekleidet zu arbeiten pflegen, bei den unbeschäftigten Arbeitern während der kurzen Arbeitspausen an der Tagesordnung.

Nach Ansicht des Gerichts kann es sich bei den von den Zeugen bezeugten Vorgängen nur um durchaus harmlose Fabriksherze handeln, da bislang niemand darin etwas gefunden hat.“

Woher hat der Herr Richter wohl seine Kenntnis der Arbeiterfitten? Die Arbeiterschaft muß es sich doch ganz energisch verbitten, sei es immer von welcher Seite, in dieser Weise eingeschätzt zu werden. Woher rührte denn die Empörung gegen den gelben Trabert und deswegen klagte er, wenn die „Scherze“ derart harmlos waren, wie das Ge-

richt annahm? Offenlich kommt die Berufungsinstanz zu einem anderem Urteil. Das fehlt gerade noch, daß man die Arbeiterschaft durch Gerichtsurteil ganz allgemein der fittlichen Verwahrlosung beschuldigt!

Warum finden Streikfänger nicht so milde Richter?

Berlin und Umgegend.

Die Kraftfahrerkämpfer halten in ihrem Kampf geschlossen aus von der geringen Zahl Arbeitswilliger ist der größte Teil von den Streikenden wieder herausgezogen. Diese Arbeitswilligen waren größtenteils Chauffeurs aus anderen Berufen, die in Unkenntnis oder durch unwahre Versprechungen von seiten der Unternehmer geäußert in den Betrieben eine Gastrolle gegeben haben. Die Unternehmer sind durch den Verlust dieser Arbeitskräfte vollends nervös geworden und verschieben sich nunmehr auf Schimpfen und Denunzieren. So hat ein Unternehmer im Lokal sich geäußert, daß er für jeden Streikenden, den man „in die Presse haut“, 3 M. zahlt. Ein anderer Herr hat zu einem Arbeitswilligen gesagt: „Fahren Sie die Streikposten über den Dausen“. Zu guter Letzt werden die Streikposten von seiten einzelner Unternehmer geradezu unverantwortlich schikaniert. Sowie sich ein Streikposten sehen läßt, holen die Herren einen Schuttmann und verlangen die Feststellung des Streikenden. Leider finden sich auch Beamte, die dem grundlosen Verlangen dieser Unternehmer nachkommen. Jedoch muß gesagt werden, daß ein Teil Beamter den Unternehmern beizustimmen hatten, daß eine Sittierung unredlich wäre, da eine Liebertragung in keiner Weise vorliegt.

Die Chauffeurs sind auch in jeder Weise geschult und lehnen es ab, auf Provokationen der Unternehmer einzugehen, mögen sie so beleidigender Art sein wie sie wollen.

Wie auf der anderen Seite die Arbeitswilligen behandelt werden, geht aus folgendem hervor: Ein Unternehmer aus der Moskauerstraße fuhr seine Arbeitswilligen per Droschke selbst nach Hause. Dies kann man wohl als nobel bezeichnen. Auf der anderen Seite scheint der Herr aber seine Schächten nicht sehr hoch einzuschätzen; denn als ihm jemand während der Fahrt anrief, wo er hinfährt, rief er ganz laut: „Ich fahre Streikbrecher nach Hause.“

Ob der Herr bei einer eventuellen Klage wegen dieses Ausspruchs auch verurteilt würde werden?

Es muß also nochmals betont werden, daß alle Versuche der Unternehmer, aus ihrer mißlichen Lage herauszukommen, fehlgeschlagen sind. Im Laufe der Woche sind wieder einige Neubewilligungen bei der Organisation gemeldet worden.

Wachtung, Schilder-maler! Die Wiener Schriftmaler sind in Lohnbewegung eingetreten. Inzug nach dort muß unterbleiben! Ebenfalls suchen die Linse-Hofmann-Werke in Breslau Schilder-maler, welche zu Streikbrechern werden sollen. Angebote sind unbedingte zu unterlassen.

Die Jahrestelle Berlin des Verbandes der Porzellanarbeiter.

Wehe — dem!

So drohte der Direktor der Firma Gebr. Paternmann, Bion-Rafsfabrik in Teltow, einige Tage vor der Wahl des Ausschusses zur Ortskassenkassier seinen Arbeitern. Die Ursache zu dieser Drohung bot die Auffstellung einer Kandidatenliste der freien Gewerkschaften. Die Arbeitgeber hatten durch einige dem Unternehmern angenehme Arbeiter eine Liste aufstellen lassen und verlangten nun, daß die Arbeiter der Bion-Rafsfabrik dafür stimmen „sollten“. Diese Unmündigen rühten die Arbeiter ab, sorgten vielmehr im Stillen dafür, daß die Liste der freien Gewerkschaften glücklich gewann. Dem Direktor ließ aber seine Schmeichelei keine Ruhe und noch kurz vor der Wahl rief er die Leute zu sich und erklärte: „Das sage ich Euch. Kommt die Liste durch, dann ist unsere Freundschaft zu Ende und Ihr könnt dann zu Neujahr zu Euren roten Genossen gehen. Diese können auch dann die Gratifikationen zahlen. Bei uns gibt es nichts mehr.“

Dieses Bedrohen der Firma wurde einige Tage nach Bekanntwerden im Stadtparlament von unseren Genossen in gebührender Weise gefeiert. Das war der Firma zu toll. Zwei Niederlagen nacheinander. Das forderte bittere Rache. Das erste Opfer

und der überhaupt wichtigste Kern enthalten war, so wurde ein Versuch der Anbelung gemacht. Dieses beanspruchte freilich eine Operation von viel größerer Umständlichkeit, da allein 20 Nerven und außerdem ein Nerv wieder zusammengebracht werden mußten. Der Erfolg war aber dann auch derart, daß die Hand bis auf den ersten und zweiten Finger schon nach einem halben Jahr wieder völlig gebrauchsfähig wurde — ein höchst seltener und wunderbarer Fall.

Musik.

Sachsische Oper (im Schiller-Theater O): Mozarts Zauberflöte. Welche an Stelle einer unsagbar herrlichen Musik zum tönenden Kranz geworden: das ist die Partitur dieses Werkes. Dort es nur nicht ein so läppisches Libretto mit einer Handlung, die kaum eine ist! Was hätte Mozart wohl erst zu geben vermocht, wäre sein Berater ein wirklicher Dichter und nicht ein geschäftsmäßiger Stämper gewesen! Wie die Zauberflöte nun ist, bildet sie als „Konjugationsoper“ ein Ding ständiger Vertreibung für die Regie. Immerhin bestreite die sich Direktor Sachs, darüber so gut es ging hinwegzukommen. Nur wäre ihm wie der musikalischen Leitung ein strafferes Tempo anzuraten. Sonst war die Aufführung gar nicht so übel. Fritz Krauß (Tamino) und Martin Abendroth (Sarastro) offenbaren ein überraschend langbottes Organ; und wenn sie es sich angelegen sein lassen werden, davon einen durchweg künstlerischen Gebrauch zu machen, kann der volle Erfolg nicht ausbleiben. Leopold Sachs, als Papageno annehmbar, wäre als „Koch“, mit dem Adalbert Lischan wenig anfangen wußte, vielleicht eher am Platze gewesen. Dina Wahlendorff (Pamina) kann noch immer als vorzügliche Sopranistin gelten. Die Vertretung der „Nägelin“ trompetete leider mehr, als gesunde Ohren vertragen können. Anna Enghardt (Papagena) sowie die beiden Trios weiblicher Stimmen und der große Priesterchor waren recht gut. — Das spärlich beleuchtete Haus zeigte sich recht präde. Um dem Publikum von heute Mozart gangbar zu erhalten, wird man wohl zu radikaleren Aufführungsmitteln als einer nun soundsvielmöglichen „Verdichtungsbestimmung“ des Textes greifen müssen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater: „Das Weinantlitzchen“. Operette von Josef Siener, Musik von Bruno Sternberg. Diesmal werden eine Baronin und eine Metouche miteinander verwechselt. Hieraus ergeben sich Situationen, über die das Publikum lacht. Insbesondere werden verschiedene Ehen gebrochen und zu brechen gesucht, und das ist ja recht eigentlich der Zweck der bürgerlichen Ehe, wie der Jubel und die schalende Heiterkeit der Zuschauer hinlänglich beweisen. Jubel und Heiterkeit galten nämlich nicht etwa der ausgezeichneten Leistung Fritz Langendorffs in der Rolle eines alten Pantoffelhelden und Don Juans, sondern ebenso sehr den übrigen, meist recht mittelmäßigen Leistungen. Das mittelständische Publikum hält sich ja nicht an die ästhetische Qualität dieser oder jener Rollen-darstellung — was doch das einzige ist, was einen bei solchen Nachwerken halbwegs am Einschlafen oder Fortlaufen hindern kann —, sondern an den Stoff, an die Erotik, wonicht Pornographie, an die Sentimentalität und an die sogenannte Musik. Gewiß, für die Heiterung von Musik für diese Art Operetten geben sich starke Talente oder vielmehr hin, denn es ist eine Prostitution. Das Resultat ist aber im Grunde immer dasselbe, denn diese Schmeicheleien und Coupletts, die dann der Schlagerreue neue Material liefern, gleichen sich fast alle aufs Haar, da sie ja immer dieselben Stimmungen und Pointen auszubringen haben. Neben der vorbild-

ist bereits der Maschinist geworden, der seit Jahren im Betriebe arbeitet und wohnt. Er soll es gewesen sein, der dafür Sorge getragen hat, daß die Genossen im Stadtparlament es erfahren, daß der Obercharfmacher etwa 3 Stunden mit der Firma konzeriert habe, wie man den vermaldehnten Sogis eins auswischen kann. Der Maschinist mußte schuld daran sein, daß die Liste der freien Gewerkschaften gewann, weil ja der Direktor zu diesem ausdrücklich gesagt hat: „Machen Sie beim Maschinistenpersonal Ihren Einfluß geltend, daß diese Leute für unsere Liste stimmen.“

Winnen 24 Stunden mußte der Maschinist mit Weib und Kind den Betrieb verlassen, mußte seinen bestellten Acker im Stiche lassen.

Die Organisation wird für ihn sorgen. Aber erwartet hätte man, daß ein derartiger Betrieb, der sein Dion-Malz auch an die Arbeiterschaft absetzt, seinen Arbeitern wenigstens die Rechte läßt, die ihnen knapp genug im Rahmen der Gesetz zugesprochen sind. Jeder ehrlich denkende Mensch wird ein derartiges Benehmen der Firma verurteilen.

Aus dem Fleischer-gewerbe. Wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages ist die Sperte über folgende Fleischereien verhängt: In Weihensee die Firmen: Hildmann, Kolbeinstr. 44. Schreiber, Berliner Allee 34. Laubenhain, Berliner Allee 220; Zeilen, Berliner Allee 223; Zischer, Berliner Allee 228; in Lichtenberg-Kummelsburg die Firmen: Schreiber, Kantstr. 23; Gengelbach, Ede Kant- und Mozartstr. 24; Thiele, Türschmidtstr. und Wölfel, Vogthagener Straße 24.

Die Aussperrung bei der Firma Hirschfeld u. Co. in Weihensee dauert fort. Die Firma war bis zum heutigen Tage nicht zu bewegen, in Einigungsverhandlungen einzutreten. Verschiedene Arbeitswillige haben die Arbeit wieder eingestellt. Wir uns mitgeteilt wird, versucht man das Gerücht zu verbreiten, als seien die Aussperrten wegen Diebstahls entlassen worden. Einem der Arbeitswilligen sagte aus, es sei ihm dies auf dem Arbeitsnachweis gesagt worden, er wisse aber nicht mehr, wer ihm dies gesagt hat. Es ist wirklich etwas Unerhörtes, Gesellen, die 12 Jahre im Betriebe beschäftigt waren und sich nicht das Geringste zuschulden kommen ließen, als Diebe hinzustellen. Weiter wird uns mitgeteilt, daß die Ware der Firma Hirschfeld u. Co. noch immer einer anderen Firma und zwar unter der Firma: Berliner Schlaichtof-Produkte verhandelt wird. Ebenso können auch Gefellen unter dieser Firma eingestellt werden. Die Arbeit suchende Arbeiterschaft möge hiervon Kenntnis nehmen.

Wir ersuchen die arbeiterfreundlichen Blätter um Abdruck. Die Tarifkommission.

Deutsches Reich.

Zur Vertragstreue der Unternehmer!

Bei der Firma Kubde u. Göbke in Westphalen stellen seit dem 28. Mai die Former. Der Streik Karasterlich in seinen Ursachen so recht die Vertragstreue, wie sie von manchem Unternehmer aufgefaßt wird. Die Former haben vor zwei Jahren mit der Firma eine Vereinbarung getroffen, wonach unter anderem Roststäbe über 4 Kilo Gewicht mit 2 M. per 100 Kilo bezahlt werden sollen. Man sollte nun meinen, daß solche Vereinbarungen doch auch den Zweck haben, daß sie von den Unternehmern ihren Kalkulationen zu Grunde gelegt werden. Anders dachte die Firma Kubde u. Göbke. In einer Submission übernahm sie einen Posten Roststäbe, der insgesamt etwa für 50 Wochen Arbeit für die Formerer ausmacht. Der Preis, zu dem sie die Arbeit übernahm, war aber dergemäßen gering, daß sie unmöglich zu den mit den Formern vereinbarten Preisen hergestellt werden konnte. Was einfacher — dachte die Firma, Sie erklärte den Formern einfach, daß es für die Roststäbe nur 1,50 per 100 Kilo gebe, weil dies der Preis sei, der auch anderwärts dafür gezahlt werde. Was diese Erklärung anbelangt, so muß man hierbei berücksichtigen, daß die Einrichtung der Firma recht veraltet ist, daß besonders die Wiegemethode, nach der unter Anleitung des akademisch gebildeten Betriebsleiters Preis für die Roststäbe hergestellt werden, an die Zeiten erinnert, da die Wiegerei verhältnißmäßig noch im Embryozustande sich befand.

Notizen.

Julius Rodenberg, der Herausgeber der „Deutschen Rundschau“, ist bald nach Vollendung seines 82. Lebensjahres am Sonnabend in Berlin gestorben. Er hat wie Franzel ein langes Stück deutsche Literatur- und Geistesgeschichte miterlebt. Als junger Dichter — er stammte aus dem bairischen Oettingen-Rodenberg und ließ von Gaus aus Leby — genoh er Freiligraths Aufmunterung. Dann machte er die Hofe Schule des Auslandes durch und schilderte seine Eindrücke in Reiseimpressionen. Zu Anfang der 60er Jahre sah er in Berlin Boden. Nach ausländischen Muster suchte er eine große deutsche Revue zu schaffen, die „borehm und abgeklärt“ anerkannte Karren und Autoritäten um sich sammeln sollte. Die ersten Anläufe mißlangten, bis dann die 1874 gegründete „Deutsche Rundschau“ sich durchsetzte. In seinem Roman „Die Grandbiers“ behandelte Rodenberg als einer der ersten ein Berliner Milieu. Die aufkommende junge Generation der Naturalisten hat er in seinem Professorenorgan eifrig belämpft, wie es sich für sein altes Kampferischen und Vordringenden abgenutzten Wesen geziemt.

Vorträge. Professor Varne Smith aus Bergen wird am Dienstag und Sonnabend in der Urania einen durch zahlreiche Lichtbilder illustrierten Vortrag „Streifzüge durch Korwegen, das Land der Rittneradelfonne“, halten.

Russische Musik. Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Montag, den 13. Juli, in der Brauereri-Friedrichshain statt. Das Programm dazu lautet: Unvollendete Sinfonie H-moll von F. Schöberl, Konzert für Klavier von L. v. Beethoven, Sinfonie Nr. 4 A-dur von F. Mendelssohn.

Ausstellung. In der Großen Berliner Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof ist der 12. Juli ein blühiger Sonntag. Eintrittspreis von nachmittags 2 Uhr an 25 Pf.

Die Musterwohnung im Gewerkschaftshause bleibt während der Sommermonate bis auf weiteres geschlossen. Der Tag der Wiedereröffnung wird noch bekannt gegeben werden. Zuschriften werden erbeten an die Kommission für vorbildliche Arbeitermöbel im Berliner Gewerkschaftshause, Berlin SO 16, Engelauer 15.

Das große Ereignis. Ob der Mirakeldichter Bollmüller und seine Frau, die Jungfrauandresserin, vom Papst empfangen worden sind oder nicht — das ist die Frage, die die zeitgenössischen Tageshistoriker beschäftigt. Das „Lageblatt“ brachte den Schluß, die „Königliche Volkszeitung“ bestritt ihn — und Herr Bollmüller stellt jetzt wiederum fest, daß der weltbewegende Vorgang sich am 28. Juni 10 Uhr 30 Min. vormittags ereignete. Wie die Sache nun immer sich verhält, die Klame markieren.

Der Störenfried im Hause Wahnfried. Frau Hilde Weidner will den Kampf um die beschränkte Vaterschaft Wagner an ihr weiter fortsetzen. Als Intermezzo schreibt sie inzwischen ihre Erinnerungen an Richard Wagner.

Die Krisis in der Pariser Großen Oper. Die Direktoren der Großen Oper Rossignol und Braouhan haben nunmehr endgültig ihre Entlassung eingereicht. Ihre Geldgeber haben während ihrer 6 1/2-jährigen Tätigkeit bereits 1 600 000 Franc gepflegt.

Kleines Feuilleton.

Das Genie im Zuchthaus. Im Gefängnis zu Brüssel sitzt wegen Halskranzerei zu längerer Strafe verurteilt, ein Mann, der insgesamt zwanzig Jahre hinter Gitterhäden zugebracht hat. Er ist aber nicht nur ein Halskranzerei, sondern ein Genie, denn er beschäftigt sich in seiner Zelle mit schwierigen mathematischen Problemen, und eine seiner letzten Arbeiten wurde für so bedeutend befunden, daß sie in die Annalen der belgischen Akademie der Wissenschaften aufgenommen worden ist. So die bürgerlichen Mütter, die in dieser Zeit nur eine merkwürdige Kuriosität leben, aber nicht auch die grimmige Satire auf die herrschende Gesellschaftsordnung darin einbetten. Da ist ein Ausnahmefall, der Logarithmen, Kubikwurzeln und Mannerrechnungen meistert trotz Feter, und unbeschene gutbezahlte Mathematikprofessoren an staatlichen Lehranstalten in die Tasche steckt. Und wo bewahrt ihn die bürgerliche Gesellschaft auf? Im Gefängnis, weil er außer einem Genie noch ein armer Teufel ist. Denn er hat sicher nicht falsches Geld verdient, weil er die Taschen voll richtigem Geld hatte, und wenn er sich zwanzig Jahre in Straf-häusern umgetrieben hat, so trägt ohne Zweifel der Hunger, der nicht nur der beste Koch, sondern auch der erfolgreichste Verführer ist, sein gerüttelt Maß Schuld.

La carriere ouverte aux talents! sagte Napoleon: Wahn frei für die Talente! Gefängnis auch für die Genies! ruft die kapitalistische Gesellschaft, und läßt durch ihre Lobredner noch verkünden, daß wir auf der besten aller Welten leben.

Die angeheilte Hand. Daß eine völlig vom Unterarm abgetrennte Hand wieder entwachsen und sogar ihre Gebrauchsfähigkeit wiedergewinnen könnte, würde man nur in Märchen oder Sagen zu lesen erwarten. Auch alle Fortschritte der Chirurgie haben bisher nicht viel daran geändert, so daß die Wiederanheilung größerer Teile als etwa eine Kofe- oder Ringerspitze, als unmöglich oder wenigstens höchst unwahrscheinlich bezeichnet werden muß. Selbst Tierversuche, bei denen man doch mehr wagen kann als am Menschen selbst, haben nur zur geringen Erfolge geführt. Von großer und meist entscheidender Wichtigkeit ist, wo eine Amputation überhaupt möglich ist, die Länge der Zeit, die seit der Abtrennung vergangen ist, da die Blutzufuhr um so schwerer wieder herzustellen ist, je länger sie unterbrochen war. An der Schnittfläche sterben nach kurzer Zeit Gewebeteile ab, die für die Vereinigung unerlässlich sind. Ist aber nur eine geringe Vereinerung zwischen den durchschnittenen Teilen geblieben, so können geradezu Wunder der Heilung geschehen. Ein solches berichtet Dr. Schloßmann von der chirurgischen Universitätsklinik in Tübingen in der Münchener Medizinischen Wochenschrift. Einem zehn-jährigen Knaben war die rechte Hand in eine Futterkneidemaschine geraten und durch das scharfe Messer bis auf einen ganz schmalen Hautteil vom Unterarm abgetrennt worden. Die Eltern hatten so gut wie möglich die Hand wieder an den Stumpf gebildet und glücklicherweise war auch ein Arzt bald zur Stelle, der einen Rotverband anlegte und die Heberführung in die Klinik anordnen ließ, wo der Knabe schon 8 Stunden nach dem Unfall eintraf. Trotz den verhältnismäßig günstigen Vorbedingungen gab der Chirurg zunächst keine Hoffnung, die Hand erhalten zu können, sondern rechnete mit der Notwendigkeit einer Amputation. Da sich aber herausstellte, daß in dem erhalten gebliebenen Verbindungsstück gerade eine wichtige Ader

Man muß schon in der Geschichte der Entwicklung der Verhältnisse ziemlich weit zurückgehen, um Ähnliches zu finden.

Wie bei allen Streits in letzter Zeit, so haben sich auch hier die Gelben in die Firma herangemacht, die unter Leitung eines Herrn Lügner, der in der „Sanitas“ in Berlin beschäftigt sein soll, ihre Wirtschaftsfriedlichkeit dadurch bekunden, daß sie der Firma helfen, den Kampf in die Länge zu ziehen. Herr Lügner weiß, warum er dies tut; hat er doch in einer hiesigen Stunde ausgeplaudert, daß ihm für seine wirtschaftliche Tätigkeit bei der Firma Budde und Göbde 100 M. zur Verfügung gestellt sind, angeblich von dem Bruder des Postministers von Loebell. Diese Herren, das heißt die Gelben haben ja auch versucht, Raudreiter zu beschaffen; mit dem Erfolge, daß selbst professionmäßige Streikbrecher schon nach einigen Tagen das Dorado bei der Firma wieder verließen, weil ihnen die Trauben dort doch zu hoch hingen.

Daß sich solche Elemente ausgerechnet in einem Kampf einfinden, bei dem es doch darauf ankommt, ob die Unternehmer in jeder Beziehung die Arbeitsbedingungen einseitig diktieren können oder ob die Arbeiter auch ein ganz kleines Wortchen dabei mitzureden haben.

Die streikenden Former denken aber gerade durch die unstreikwillige Hilfe der gelben Gefolgschaft den Streit zu gewinnen, bewegen diese sich doch jetzt schon im Betriebe so ungebärdig, daß sich die Firma noch eines Tages bedanken wird, sie wieder los zu sein.

Wir bitten arbeiterfreundliche Blätter, davon Notiz zu nehmen, damit sich nicht Former aus anderen Orten bewegen lassen, dieses Eldorado aufzusuchen, da sie es angeht der dort herrschenden rüchlichen Verhältnisse bitter bereuen würden.

Ausperrung in den Solinger Waffenfabriken.

Der Arbeitgeberverband des Solinger Industriebezirks hat gestern in einer Generalversammlung beschlossen, zur Unterstützung der Waffenfabriken, die seit 20 Wochen mit den Arbeitern im Kampfe stehen, die allgemeine Ausperrung aller Arbeiter in sämtlichen Betrieben durchzuführen. Ebenso will der Verband der Fabrikantenvereine der Schneidwaren-Industrie am Dienstag die sämtlichen Arbeiter ausperrern, falls die Waffenarbeiter nicht von ihren Forderungen, insbesondere von der Forderung des Organisationsvertrages, Abstand nehmen. Für die Ausperrung kommen allein etwa 18 000 organisierte Arbeiter in Frage.

Zur Warnung der Gewerkschaftskartelle.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission schreibt: Wiederholt müssen wir vor den Praktiken der Firma Emil Ulrich, Dresden und Leipzig, warnen, die als eine ihrer Spezialitäten die Herausgabe von „Arbeitsführern“ betreibt. Diese „Arbeitsführer“ werden den Kartellen kostenlos überlassen und ihnen für den Vertrieb derselben noch bare Zuwendungen in Aussicht gestellt. Die Preisfestsetzung aber unentgeltliche Abgabe der „Arbeitsführer“ bleibt den Kartellen überlassen. Die Firma macht sich durch Inzertate bezahlt, auf deren Aufnahme die Gewerkschaftskartelle natürlich keinen Einfluss haben.

Künderling verlegt sich die Firma E. Ulrich, Dresden und Leipzig, auf die Herausgabe eines in das Gewand einer politischen Agitationschrift gekleideten Kassehefts, betitelt: „Die sozialdemokratische Partei des Deutschen Reichstags in Wort und Bild“, dessen Verlag sie den — Gewerkschaftskartellen zumutet. Das Heft soll die ganze Auflage gratis bekommen, und für den Vertrieb noch abwärts 200 M. erhalten und den Abgabepreis nach Belieben festlegen können. Mit Heftlichkeit wendet sich die Firma, um die Auslieferung ihrer Inseratenhefte mit Inhalt von örtlichem, gewerkschaftlichem oder politischem Interesse zu erreichen, an die Kartellvorsitzenden oder Arbeiterleiter, denen sie für ihre Bemühungen ein Extrahonorar von 100 M. verspricht. Die genannte Schrift soll einmal vor der Reichstagswahl, also in den Jahren 1916 oder 1918 und dann in zweiter Auflage nach den Wahlen herausgegeben werden.

Es bedarf für unsere Genossen wohl kaum eines besonderen Hinweises, daß diese Art von Propaganda-Literatur nicht bloß wertlos, sondern auch geeignet ist, die gewerkschaftlichen und konsumgenossenschaftlichen Interessen der Arbeiterbewegung erheblich zu schädigen. Wir halten es aber auch dem Ansehen der Gewerkschaften und Gewerkschaftskartelle nicht zuträglich, ihre Publikationen durch Inseratenfirmen bezahlen zu lassen. Solche Angebote sollten grundsätzlich abgelehnt werden. Daß ferner gegen die Verlegung politischer Propagandaschriften seitens der Gewerkschaftskartelle in der gegenwärtigen Zeit der vereinsgesellschaftlichen Schranken ganz erhebliche Bedenken bestehen, braucht kaum näher erörtert zu werden.

Wir erlauben deshalb die Gewerkschaftskartelle, die Angebote der Firma E. Ulrich, Dresden und Leipzig, rundweg abzulehnen.

Achtung, Metallarbeiter! Verschiedene Male hatte heuer die Firma Junker u. Fuh in Karlsruhe schon Differenzen mit ihren Arbeitern. Dank der guten Organisation derselben war es aber immer möglich, die von der Firma geplanten Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses abzuwehren. Dies scheint der Firma nun nicht recht zu passen und anscheinend arbeitet sie erneut auf einen Konflikt hin, denn sie sucht zurzeit durch Agenten in den verschiedensten Orten Deutschlands unorganisierte Arbeiter, die vor Eintritt eines Streiks zu unterschreiben haben, nach dem sie sich verpflichten, keiner „sozialdemokratischen“ Organisation beizutreten. Im Verzuge selbst hat die Firma Vorrichtungen getroffen, um einwohige „zufriedene“ Arbeiter gleich einzuquartieren zu können. Sie hat Räume frei gemacht und Matrizen in diesen Räumen zur Aufstellung gebracht. Allem Anschein nach arbeitet die Firma also auf einen wohlüberlegten Konflikt hin, und wir ersuchen deshalb alle Metallarbeiter, auf die Versprechungen der Agenten nicht hereinzufallen.

Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren?

Der Deutsche Anwaltsverein hat statistische Erhebungen über das Einkommen der deutschen Rechtsanwälte veranstaltet und das Ergebnis dieser Erhebungen mitgeteilt.

Schon seit einer Reihe von Jahren geht das Bestreben der Rechtsanwälte auf eine Erhöhung der Gebührensätze. Die Forderungen wurden im Jahre 1910 bei der Zivilprozessreform zum Teil erfüllt. Die Anwälte haben damals hauptsächlich durch die Pauschalierung der Auslagen eine wesentliche Erhöhung ihrer Einnahmen erzielt. Insbesondere bei den kleinen Objekten, also bei Prozessen, die der Kleingewerbetreibende und der Arbeiter führt, ist eine erhebliche Verteuerung der Rechtspflege eingetreten.

Für das Schreibwerk konnte bis dahin der Anwalt als auch das Gericht 10 Pf. pro Seite berechnen, neben den sonstigen baren Auslagen, die hauptsächlich Portoauslagen waren. Betrugen früher die Schreib- und Portoauslagen in Fällen, in denen die Angelegenheit gleich nach Erhebung der Klage erledigt wurde, etwa 50 Pf. bis 1 M., so ist heute der Mindestsatz bei der Pauschalierung der Auslagen 4 M., selbst wenn das Streitobjekt noch so geringfügig ist. Dazu kommen die Gebührensätze für die eigentliche Tätigkeit des Anwalts in früherer Höhe für die erste Instanz, während für die höheren Instanzen auch die Gebührensätze um 30 Proz. erhöht sind. Vergleiche, die von Angestelltenorganisationen an Hand des

Kassen- und Aktenmaterials aus den Büros der Rechtsanwältinnen veröffentlicht sind, haben eine Mehreinnahme von 33 1/2 Proz. für den Anwalt ergeben. Rechnet man die ebenfalls erhöhte Auslagenentschädigung für das Gericht hinzu, so ergibt sich eine Verteuerung der Prozesskosten für kleine Sachen um 40 bis 50 Proz. Trotzdem verlangen die Rechtsanwältinnen jetzt eine weitere Erhöhung der Gebührensätze um durchschnittlich ein Drittel der bisherigen Gebühren, bei ganz kleinen Objekten sogar um die Hälfte. Außerdem wollen sie eine andere Berechnungsart bei der Festsetzung des Streitwertes, nach dem die Gebühren berechnet werden. Es soll zum Beispiel bei Mietstreitigkeiten als Maximum nicht mehr der einjährige, sondern der fünfjährige Mietzins als Streitwert gelten, ferner soll bei Unterhaltssagen, sofern diese aus dem Rechtsgrunde des Schadenersatzes geltend gemacht werden, nicht mehr der fünffache, sondern der 12 1/2fache Betrag der Jahresrente als Streitobjekt zugrunde gelegt werden, außerdem soll bei Ehestreitigkeiten eine Streitwertverhöhung eintreten.

Ferner strebt ein nicht unerheblicher Teil der Rechtsanwältinnen die Verringerung oder wenigstens erhebliche Milderung der Bestimmungen über das Armenrecht an. Außerdem findet das Verlangen auf Beschränkung der Zulassungsmöglichkeit zur Rechtsanwaltschaft in immer größeren Kreisen der Rechtsanwältinnen Unterstützung.

Diese Bestrebungen beanspruchen auch das Interesse der Arbeiterklasse. Dem Arbeiter ist es heute schon kaum möglich, die ungemein hohen Prozesskosten, die gerade bei Prozessen über einen relativ geringen Betrag in gar keinem Verhältnis zum Streitwert stehen und diesen oft übersteigen, zu erschaffen. Andererseits mag keineswegs verkannt werden, daß oft kleine Sachen erheblichere Müheveraltung als größere beanspruchen.

Nachdem im Frühjahr 1913 das Reichsjustizamt erklärt hatte, daß an eine Reform der Gebührenordnung, das heißt an eine Erhöhung der Gebührensätze erst herangegangen werden könne, wenn weitere statistische Unterlagen vorliegen würden, hat der Deutsche Anwaltsverein einen Fragebogen an sämtliche Rechtsanwälte verschickt. Von den mehr als 10 000 in Deutschland praktizierenden Rechtsanwälten gehörten am 1. Januar 1913 9574, also bis auf eine verschwindende Minderheit alle Rechtsanwälte dem Deutschen Anwaltsverein an.

Von den rund 10 000 versandten Fragebogen sind ganze 709 ausgefüllt eingegangen. Dabei sind sämtliche Fragen nur in 432 Fällen beantwortet, während in 277 Fällen nur auf einzelne Fragen Antwort erteilt worden ist. Das Resultat ist vom Standpunkt der Schreiber im Deutschen Anwaltsverein geradezu fäglich zu nennen. Selbst wenn diese sämtlichen Antworten ein Jahreseinkommen von unter 3000 Mark ergeben hätten, und selbst wenn man in die Richtigkeit der Angaben keinen Zweifel setzen wollte, wie dies geneigtseits so häufig bei den Erhebungen der Arbeiterorganisationen geschieht, würde die geringe Ziffer — etwa 7 Proz. der Mitglieder haben geantwortet — am besten beweisen, daß von einer großen Masse proletarischer Existenzen im Anwaltsberuf nicht die Rede sein kann.

Aber die Ziffern ergeben einen erheblich höheren Durchschnitt, nämlich ein Jahreseinkommen von durchschnittlich 4800 Mark jährlich. Nur ein Drittel der Antworterteilenden hatte ein Jahreseinkommen von unter 3000 M. Berücksichtigt man, daß die 95 Proz. der Anwälte, die die Fragebogen nicht ausgefüllt haben, fast alle höhere Einkommen haben werden — sonst hätten sie die Fragebogen wohl ausgefüllt —, berücksichtigt man ferner, daß Anfänger naturgemäß wenig verdienen und ein Teil älterer gut sitzierter Anwälte sich der Praxis wenig widmen, so muß man zu dem Resultat kommen, daß die Anwälte in ihrer übergroßen Mehrzahl durchaus nicht schlecht dastehen.

Für die Sozialdemokratie als die Vertreterin der Allgemeininteressen kann es in der hier behandelten Frage nur die eine Parole geben: Widerstand gegen die Bestrebungen auf Verteuerung der Rechtspflege, solange nicht unser Programmpunkt, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, durchgesetzt ist.

Interessant ist bei der Statistik noch die Tatsache, daß nur 40 bis 50 Proz. der Bruttoeinnahmen für Bureaukosten aufgehen. In den Bureaukosten sind, außer den Löhnen für die Angestellten, die Ausgaben für Bureauumiete, Schreibmaterial usw. zu rechnen. Es verbleibt demnach für Angestellte noch nicht ein Drittel des Gesamteinkommens. Da nach vorliegenden Erhebungen durchschnittlich jeder Anwalt 3 Angestellte beschäftigt, haben diese 3 Angestellte etwas mehr wie die Hälfte des Jahreseinkommens des einen Anwalts. Für diesen ist in der Statistik eine Durchschnittsarbeitszeit von 6 1/2 Stunden täglich herausgerechnet, während die Durchschnittsarbeitszeit der Angestellten 9 Stunden täglich betragen dürfte. Da wäre es doch angebracht, zum Schutze des Angestellten nach dem Gesetzgeber zu schreiben.

Gewerksmäßige Streikbrechervermittlung

wurde dem früheren Vorsitzenden des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes, Karl Wiesenenthal, vorgeworfen in mehreren Erklärungen, die der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Adolf Cohen, im März und April 1911 durch den „Vorwärts“ veröffentlichte.

Mit der Verteidigungslage, die Wiesenenthal gegen Cohen aufzutragen sich entschloß, mußte das Schöffengericht Berlin-Mitte, nachdem ein früherer Termin mit Vertagung geendet hatte, sich aufs neue beschließen. Beide Parteien waren persönlich erschienen, Kläger Wiesenenthal mit Rechtsanwalt Sternberg als Beistand, Angeklagter Cohen mit seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Hugo Weinmann. Cohen bot für die Behauptung gewerksmäßiger Streikbrechervermittlung den Wahrheitsbeweis an, und in der Beweisvernehmung wurden dann zunächst zwei namhafte Fälle durch Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen geprüft.

Im Jahre 1911 hatte bei einer Lohnbewegung der Pauschalpinner Wiesenenthal die Tarifverhandlungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes dadurch gestört, daß er sich hineinmischte und er für die Pauschalpinner durch seine Organisation, obwohl sie fast nur aus Rohlegern bestand, einen Tarifvertrag abzuschließen sich erbot. Zeuge Klemmermeister Kunig, stellvertretender Obermeister der Berliner Klemmerinnung, bekundete, daß damals in den Verhandlungen mit Wiesenenthal auch die Frage erörtert wurde, welche Zahl Arbeiter bei einem etwa ausbrechenden Streik der Wiesenenthalische Verband stellen könnte. Wiesenenthal habe erklärt, eventuell 200 Arbeiter stellen zu können. Es sei aber weder hierzu noch zum Abschluß eines Tarifvertrages mit Wiesenenthal Verband gekommen, weil in der Klemmerinnung die Arbeiterherbeziehung, daß für sie die Arbeitskräfte, die Wiesenenthal würde liefern können, brauch-

bar wären. Auch habe man sich mit der von Wiesenenthal gestellten Bedingung, daß die Klemmerinnung seinen Rohlegerentwurf für sie als bindend anerkennen sollte, nicht einverstanden erklären können. Auf Befragen durch R.-A. Weinmann gibt Zeuge noch an, daß Wiesenenthal in Aussicht gestellt habe, es werde sogar noch Zusatz kommen. Das habe er, Zeuge, dahin verstanden, nach Abschluß eines Vertrages mit der Wiesenenthalischen Organisation sei zu erwarten, daß zu ihr Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes übertritten würden. Kunig hat die Empfindung gehabt, daß auch den Vertretern des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins das Verfahren Wiesenenthal, durch das der Deutsche Metallarbeiterverband lahmgelegt werden sollte, wider den Streich ging und als nicht fair erschien. Als Vertreter der Hirsch-Dunderschen hat der Gewerksvereinsbeamte Jordan an den Verhandlungen teilgenommen. Dieser Zeuge erinnert sich nur, daß er sich ablehnend verhielt, weil ihm die Bewilligungen nicht weit genug gingen. Daß Wiesenenthal Streikbrecher habe liefern wollen, ist nicht die Meinung Jordans. Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt vom Zentralarbeitssekretariat spricht als Sachverständiger sich dahin aus, daß er das hier geäußerte Verfahren, einen Tarifvertrag anzubieten, obwohl Wiesenenthal Verband gar keine Pauschalpinner hatte, als unfair bezeichnen müsse. Das Anerbieten, für den Fall eines Streites Arbeitskräfte zu liefern, grenze doch sehr an Streikbrechervermittlung. Die Tarifverhandlungen seien von Wiesenenthal offenbar nicht ernst gemeint gewesen, sondern sein Vorgehen habe ihm nur ermöglichen sollen, sich in die Sache hineinzuwagen und für seine Organisation ein Geschäft zu machen. Die Erwiderung des Klägers Wiesenenthal, daß unter den Rohlegern doch auch gelernte Klemmer seien, wurde vom Zeugen Kunig bestritten. Doch erklärte Zeuge, er würde solche Rohleger nicht als Pauschalpinner beschäftigen. Bei einem Streik allerdings würde er alles nehmen, füge er hinzu. Der Gewerksvereinsbeamte Hartmann, der als Sachverständiger für den Kläger geladen war, bedauerte, daß oft bei Lohnbewegungen eine einzelne Organisation durch Ausschließung der anderen einen Sondervorteil für sich herauszuschlagen versucht. Die versprochenen 200 Arbeiter würden auch ihm, wenn sie während eines Streiks geliefert worden wären, als Streikbrecher im weiteren Sinne des Wortes gelten, sieht er eine planmäßige Vorbereitung zur Arbeitswilligenvermittlung.

Bei dem zweiten Fall, für den der Wahrheitsbeweis angeboten wurde, handelt es sich um einen Rohlegerstreik aus dem Jahre 1908. Vorgelegt wurde hierzu das Protokoll einer Sitzung der Schlichtungskommission im Rohlegergewerbe, an der Wiesenenthal teilgenommen hatte. Darin wird erwähnt, daß der Heizungsinstallateur Thormann zum Abschluß eines Vertrages mit seinen dem Deutschen Metallarbeiterverband angehörenden Arbeitern genötigt gewesen sei. Auf zwei Bauten beschäftigte er 6 Mann aus dem Verband, deren Plätze auch Herr Wiesenenthal nicht habe besetzen können. Das Protokoll fährt dann fort: „Da nun mehrere Firmen sich in einer ähnlichen Lage befinden, macht Herr Wiesenenthal folgenden Vorschlag: Es sollen durch ein morgen an die Heizungsfirmen zu richtendes Rundschreiben diese aufgefordert werden, diejenigen Heizungskräfte, welche nicht unbedingt gebraucht werden, vorläufig zu entlassen mit dem Hinweis, daß sie später wieder eintreten können. Sie sind ferner anzuweisen, sich bei der Arbeitsnachweisstelle Dresdener Straße 11 zu melden, damit sie denjenigen Mitgliedern zugeordnet werden können, welche durch den Streik des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Verlegenheit gekommen sind.“ Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Herr Wiesenenthal erklärt ferner, daß seine Leute gewillt seien, in der kritischen Zeit Überstunden zu machen.“ Daß es sich hier um Streikbruch handelt, bestreitet der Kläger. Er behauptet, daß die Mitglieder der Rohleger, die im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert war, nicht im Gegensatz zu der damals im Allgemeinen Metallarbeiterverband organisierten Mehrheit der Rohleger habe streiken dürfen. Dieser „Streik“ der Mitglieder sei als Streik nicht anzuerkennen. Der Allgemeine Metallarbeiterverband, der einen Tarifvertrag für das Rohlegergewerbe abgeschlossen hatte, habe die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen gehabt. Der Sachverständige, Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, bezeichnet es als unter allen Umständen ungewöhnlich und unzulässig, daß bei einer solchen Lohnbewegung eine Arbeiterorganisation den Arbeitgebern die streikenden Arbeiter besorgen will. Das sei eben Streikbrechervermittlung. Nach Meinung des Zeugen Thormann lag ein regelrechter Streik vor, und besonders bei ihm wurde nahezu vollständig gestreikt. Er hat sich an den Allgemeinen Metallarbeiterverband gewandt, aber keine Arbeiter von ihm erhalten können. Im ganzen streikten damals, gab Cohen an, 600 bis 700 Arbeiter des Rohlegergewerbes, die man doch wohl nicht als eine zu ignorierende Minderheit ansehen könne. Gewerksvereinsbeamter Hartmann ist anderer Ansicht als Robert Schmidt. Der Allgemeine Metallarbeiterverband habe für die ganze Branche einen Vertrag abgeschlossen gehabt, mithin könne der Streik jener Minorität nicht anerkannt werden. Dann dürfe man aber auch das Wiesenenthalische Anerbieten nicht als einen Versuch des Streikbruchs bezeichnen. Auf R.-A. Weinmanns Frage, ob Sachverständiger es für fair hält, in dem vorliegenden Fall Arbeitswillige stellen zu wollen, erwiderte Hartmann zunächst: Wenn ich einen Tarifvertrag abgeschlossen habe, bin ich verpflichtet, ihn durchzuführen. R.-A. Weinmann: Einen Tarifvertrag, durch den eine Organisation sich verpflichtet, Streikbrecher zu stellen, habe ich noch nicht gesehen. Halten Sie es für anständig, Streikbrecher zu vermitteln? Sachverständiger Hartmann: Hier sind ja gar keine vermittelt worden. R.-A. Weinmann: Aber wenn sie vermittelt worden wären! Er bot sich ja dazu an. Sachverständiger Hartmann: Ich würde ein solches Anerbieten nicht gegeben haben.

Gegen die Vernehmung des Sachverständigen Redakteur Winnig, den die Verteidigung geladen hat, erhebt Kläger Widerspruch. Auch um die Vernehmung der übrigen Zeugen entspringt sich eine längere Erörterung. Die Verteidigung bietet an, sogar vollendeten Streikbruch in zahlreichen Fällen zu beweisen. Sie beruft sich hierfür zum Teil auf vorliegende kommissarische Zeugenvernehmungen aus Breslau und Kattowitz. Da Kläger noch andere Sachverständige laden will, so kommt es zu einer Vertagung.

Soziales.

Der Arztstand in Oberbarnim und in der Mark.

Der Ausstand der Kassenärzte gegen die Oberbarnimer Arbeiter soll nach den von ärztlicher Seite informierten Zeitungen beigelegt sein, nicht aber der über Tempelin und Angermünde verhängte. Der Streitpunkt soll der gewesen sein, daß zwar beiden Parteien genehme Verträge geschlossen waren, daß aber der Landrat als Vorsitzender des Versicherungsausschusses der irrigen Ansicht gewesen sei, der Vertragsabschluss bedürfe noch der Befürwortung eines Vertragsausschusses. Stimmt das, dann lag ganz und gar kein Anlaß zu der von den Ärzten beliebigen Maßnahme vor. Sie konnten dann das ihnen vertraglich zustehende Reihonorar durch Beschwerde oder Klage — nach Verichten in bürgerlichen Blättern war die Klage schon eingeleitet — erlangen. Aber gleichviel, welche Differenzen in der Tat vorliegen — die Nachrichten hierüber kommen nur aus dem Lager der Ärzte — unter keinen Umständen durften die Ärzte den Kassenmitgliedern androhen, sie auch nicht gegen Parzahlung oder als Privatpatienten zu behandeln. Daß sie das taten, ergibt die von uns niedriger gehängte Annonce der Ärzte im Kreisblatt. Diese Drohung verdrängt die gesamte bürgerliche Presse. Ja, das „Berl. Tagebl.“ ging sogar soweit, der Wahrheit zuwider in ihrer Abendausgabe vom Freitag zu behaupten, die Ärzte woll-

ten die Massenmitglieder als Privatpatienten behandeln. Spätestens durch unseren Abdruck der Herzjeannee ist das Blatt über die Wahrheit unterrichtet. Bis jetzt aber hat weder dies Blatt noch, soweit wir sehen, irgendein bürgerliches Blatt die unangenehme Tatsache der Ablehnung, Arbeiter als Privatpatienten zu behandeln, mitgeteilt oder gegen diese antioziale Kundgebung der Ärzte Stellung genommen.

69 000 M. Tagesverdienst.

Frau von Vohlen-Halbach erbte als Tochter des verstorbenen Fr. Krupp die Kanonenfabrik in Essen mit allen ihren Zweig- und Nebenbetrieben. Nach dem Geschäftsbericht für das Jahr 1912/13 wurden in den rund 60 verschiedenen Anlagen des Unternehmens in Essen gezählt: 8500 Werkzeugmaschinen, 12 Walzenstößen für Platten, Bleche, Knüppel, Bandagen und Radstaben, 164 Dampfhammer mit zusammen rund 180 000 Kilogramm Gewicht des Fallkörpers, 26 Transmissionshämmer mit zusammen 5400 Kilogramm Gesamtgewicht, 122 hydraulische Pressen. Die Kohlenförderung auf den eigenen Gruben betrug rund 28 Millionen Tonnen. Der Verbrauch der Kruppischen Werke betrug an Kohlen 1 530 000 Tonnen (davon entfielen auf die Gußstahlfabrik Essen allein 1 000 000 Tonnen), an Holz 1 558 000 Tonnen, an Zement 40 000 Tonnen. Die Förderung der Wasserwerkungsanlagen betrug 16 227 864 Kubikmeter. Die Elektrizitätswerke leisteten rund 71 Millionen Kilowattstunden. Auf den drei Schießplätzen wurden aus 4375 Geschützen 25 000 Schuß abgegeben, wobei man rund 170 000 Kilogramm Pulver und rund 1 077 000 Kilogramm Geschossmaterial verbrauchte.

Nach der Aufnahme vom 1. Januar 1914 waren insgesamt 79 647 Personen an den Kruppischen Werken beschäftigt. Die Gesamtzahl verteilt sich wie folgt: Gußstahlfabrik Essen mit den Schießplätzen 41 460, Friedrich-Wilhelm-Hütte in Rheinhausen 8273, Stahlwerk Annen 1198; Gruson-Werk Magdeburg 4923, Germaniawerft Kiel 7017, Kohlenzechen 10 814, Mittelrheinische Hüttenwerke 657, Eisenbergbau 4949. Außerdem ist das Kruppische Werk an einer Reihe in- und ausländischer Unternehmen beteiligt.

Beurteilt die Leitung des Riesenwerkes der Besitzerin große Sorgen und Mühen, erheischt sie eine gewaltige Summe an Kenntnissen von geistiger und körperlicher Arbeitskraft? Keineswegs. Alle zur Leitung erforderlichen Arbeiten werden von einem Direktorium, von einem Stabe von Angestellten erledigt, der freilich glänzend honoriert wird. Die Besitzerin hat nichts weiter zu tun, als jährlich ca. 25 Millionen Mark Profit einzustreichen. Sie „verdient“ jeden Tag im Jahre rund 60 000 M. ohne die allergeringsten Gegenleistungen.

Ein allzu „liebvoller“ Prinzipal.

Eine merkwürdige Auffassung von angemessenen Umgehensformen gegenüber den weiblichen Angestellten zeigte der Kaufmann Pinkus, Besitzer eines Konfektionsgeschäftes in der Jerusalemstraße.

Wegen ihm erhob die 17jährige Verkäuferin Helene S. ein auffallend hübsches Mädchen, vor dem Berliner Kaufmannsgericht Klage. Das junge Mädchen war auf einen Monat zur Probe engagiert. Nach dem die Probezeit abgelaufen war, richtete es S. eines Tages so ein, daß er allein mit dem jungen Mädchen im Geschäftsfloß war. Er tat, als ob er es mit der jugendlichen Angestellten sehr gut meine, hob sie, scheinbar im Scherz, auf den Schreibtisch in seinem Privatanzug und wollte mit auffallenden Zärtlichkeitsbeweisen umwerben. Als die junge Verkäuferin den Chef fragte, was denn das alles zu bedeuten habe, erklärte ihr dieser ganz ruhig, sie brauche keine Angst zu haben; es könne durch die Fenster niemand sehen, was im Privatanzug vorgehe.

Es gelang dem jungen Mädchen noch rechtzeitig, aus den Armen dieses allzu liebevollen Arbeitgebers zu flüchten. Sie verlangte mit der Klage ihr Restgehalt bis Ablauf der Probezeit. Um der Beurteilung zu entgehen, zog es der Beklagte vor, der Klagerin ihr Guthaben einen Tag vor dem Termin direkt einzuschicken.

Ausstellung für Gesundheitspflege.

Der reizende Stadtpark Stuttgarts beherbergt zurzeit eine Ausstellung für Gesundheitspflege. Die Beteiligung der Stadt und staatlicher Behörden drücken ihr den bemerkenswerten vorteilhaften Charakter aus. Um es gleich zu sagen: die Ausstellung hat ein sehr wichtiges Gebiet, das der Gewerbehygiene, fast vollständig unberücksichtigt gelassen, wenn man von der Sonderausstellung der Charlottenburger Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt abstieht. In der Haupthalle ist der Gewerbehygiene ein nur kleiner dunkler Raum reserviert; allerdings das Ausgestellte bedarf keiner Beleuchtung, lohnt nicht des Blickes. Ein paar Bilder sollen die Unfallverhütung darstellen; einige Angaben über Berufskrankheiten und Leistungen der Textilarbeiterinnen „vervollständigen“ diese Ausstellung, das kümmerlichste Gemäch in Gesamtanlagen.

Außerordentlich reichhaltig ist die Ausstellung für Sozialhygiene. An einen allgemeinen Raum schließen sich besondere Ausstellungen für Männer und Frauen. Die fürchterlichen Geschlechtskrankheiten werden in allen ihren Stufen und ihren Grauen erwidenden Folgen, die sich an den kommenden Generationen ziehen, sehr anschaulich dargestellt. Zwar hebt die Militärverwaltung in ihrer eigenen Ausstellung hervor, daß in Deutschland die Geschlechtskrankheiten schon zurückgedrängt worden sind, andere Staaten einen größeren Prozentsatz geschlechtskranker Rekruten aufweisen, trotzdem: auf 1000 Eingestellte kamen in Berlin 41,3, in Hamburg 20,8, in Kiel 25,5 und in Grefeld, das den fünfzigsten Platz einnimmt, 2,4 Geschlechtskranke. Nach Darstellungen in der Abteilung der Sexualhygiene werden mit Salvarsan sehr günstige Heilerfolge erzielt.

Der Körperkultur, der Gesundheitslehre, der Ernährungshygiene sowie der Krankenpflege hat man in weitem Maße Rechnung getragen. Ein großer Teil davon entfällt auf private Aussteller. Letzter von Krankenhäusern, Vertreter von Krankenkassen finden sicherlich manches Neue für den Operationsaal, wie auch für die allgemeine Krankenpflege.

Sool- und Mineralbäder nehmen mit ihrer Reflektorausstellung einen den größten Teil des Gartens umgrenzenden Hallenbau in Anspruch. Hier kann man die tröstliche Gewissheit schöpfen, daß es fast für alle Krankheiten wenn nicht Heilung, so aber doch Linderung gibt. Ein Bild in die Preisliste belehrt aber auch, daß die Benutzung der Heilquellen ein großes Fortkommen erfordert. So empfängt der arme Teufel in dieser Ausstellung mehr soziale Aufklärung als Hoffnung, sein Leiden loszuwerden.

Besondere Beachtung verdient die Ausstellung der Stuttgarter Lebensmittelkontrolle. Man gewinnt einen Eindruck, wie und was alles verfährt wird. Man erfährt u. a., daß die Konsumenten in Stuttgart in einem Jahre um 250 000 M. allein durch Rückverfälschungen geschädigt werden, wenn unterteilt wird, daß nur die ertrappen Sünder ihr struppelloses Geschäft ein Jahr lang betreiben haben. Die gesundheitlichen Schäden, speziell in der Kindererziehung, lassen sich natürlich gar nicht berechnen. Jiffenmäßig nimmt Württemberg in der Statistik der Nahrungsmittelfälschung einen sehr ungünstigen Platz ein. Auf je 1000 Einwohner kamen in Deutschland 0,797 Verurteilungen wegen Nahrungsmittelfälschung, auf Württemberg jedoch 2,207 und auf den Redarkreis die höchste Prozentzahl mit 2,753. Wir nehmen an, daß dies Ergebnis vorwiegend auf eine strenge Kontrolle in Stuttgart zurückzuführen ist. Hier hat man der Lebensmittelkontrolle von jeher eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Und man begnügt sich nicht damit, die

Sünder zu pöbeln, sondern geht dem Uebel bis zum Ursprungsort nach. Auch hat man hier schon 5 Jahre vor dem Gesetz über die Lebensmittelkontrolle mit dieser begonnen. Demnach liegt in den angegebenen Zahlen eine dringende Mahnung an andere Stadtverwaltungen und Polizeibehörden, diesem Zweige der öffentlichen Gesundheitspflege mehr Sorge und Voricht zu widmen.

Große Liebe zur Sache bekundet die Ausstellung für Schulhygiene und Schulfürsorge. Eregensvoll erweist sich die Einrichtung der Schulfürsorgern. Aus den Darstellungen über Säuglingspflege gewinnt man den Eindruck, daß hier noch viel getan werden muß. Charlottenburg gibt für Säuglingsfürsorge 700 M., Hamburg 2 M., Stuttgart 4 M. pro 1000 Einwohner aus. Stillprämien sind noch ziemlich unbekannt.

In zwei Abteilungen werden die Schäden des Alkohols gewürdigt. Die trübseligen Schrauben erfahren hier, daß in Baden von 1140 Körperverletzungen 628 auf den Sonntag und 182 auf den Montag entfielen, und von 1115 Körperverletzungen 742 im Wirtshaus erfolgen.

Eine besondere Würdigung verdient die Ausstellung über die Bekämpfung ansteckender Krankheiten. Alles in allem: die Ausstellung ist ein verdienstliches Werk!

Gerichtszeitung.

Die Hosen eines Verliebten.

Das Oberlandesgericht in Rostock hat ein gar seltsames Urteil gegen ein Mädchen gefällt, das ein nicht alltägliches Mittel zur Abkühlung eines Verliebten in Anwendung brachte.

In einem schönen Herbstabend vergangenen Jahres Lustwandelte so um 9 Uhr abends ein Mädchen auf den Wühlweiden vor der Stadt Teterow. Vom Rosen und Rüssen wollte der Jüngling zu stürmischen Dingen übergehen. Die Maid versprach die Bewährung aller Wünsche, wenn der Verliebte sich die Hosen ausziehe. Schleunigst kam der Verliebte diesem Verlangen nach. Doch es kam anders, als die Liebeshandlung erwartete. Dem Mädchen steckte der Schalk im Nacken. Es ließ spornfreudig mit den Hosen in die Stadt und schickte die Hosen ohne Erläuterung an die Mutter des Jünglings. Diese alarmierte in der Befolgung, ihr Sohn könne sich extränkt haben, die Nachbarn und die Verwandtschaft. Während des Kriegsdienstes stellte der hosenlose Sohn sich nach 10 Uhr abends ein.

Daraufhin wurde das Mädchen wegen groben Unfugs angeklagt und verurteilt. Dies schnurige Urteil bestätigte das Oberlandesgericht. Das Mädchen, heißt es in den Gründen, habe freilich nicht unmittelbar groben Unfug verübt, aber mittelbar. Denn die Angeklagte hat den zum Sünden Bereiten gezwungen, in der halben Bekleidung die Straßen zu passieren. Dies Laufen ohne Hosen sei grober Unfug. Der Mann könne dafür nicht bestraft werden, weil er sich in einer Zwangslage befand, wohl aber die Angeklagte.

Also Mädchen, hütet Euch — laßt den Männern die Hosen an.

Der Totschlag im Dämmerzustande.

Mit einer Anklage, die ursprünglich auf Mord gelautet hatte, später aber in Totschlag abgeändert worden war, hatte sich gestern das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Mohrmann zu beschäftigen.

Aus der Untersuchungsakten wurde der 24jährige Schlosser Knobloch vorgeführt. Er ist beschuldigt, am 23. Mai d. J. seine Geliebte, die Milchhändlerin Anna Schweigert geb. Jöved durch mehrere Revolvergeschosse vorzüglich getötet zu haben. — Der Angeklagte unterhielt seit längerer Zeit mit der Frau Schweigert ein Liebesverhältnis. Nachdem schon das Aufgehört mit dem Angeklagten, bestellt war, erklärte ihm seine Geliebte, daß aus einer Eizahl zwischen ihnen nichts werden würde. Hierüber in maßlose Erregung versetzt, trat sich Knobloch, als er am Abend des 23. Mai d. J. von seiner Arbeitsstätte kam, in mehreren Lokalen Mut an, um sich, wie er äußerte, mit der Schweigert auseinanderzusetzen. Als die S. ihn ankam sah, lief sie aus dem Laden. Der Angeklagte holte sie ein, setzte ihr den Revolver auf die Brust und drückte ab. Die Getroffene eilte in den Laden zurück, verfolgt von dem Angeklagten, der hier noch drei Schüsse abgab, die sämtlich trafen. Infolge der erlittenen Verletzungen verstarb Frau S. einige Tage später im Krankenhaus.

Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß ihm die S. einen Stoß vor die Brust versetzt habe, ihm sei es schwarz vor den Augen geworden, und er sei erst wieder zu sich gekommen, als er sich auf der Polizeiwache befunden habe. — Da vom Verteidiger des Angeklagten geltend gemacht wurde, daß eine derartige vorübergehende Bewußtseinsstörung darauf hindeute, daß der Angeklagte die Tat in einem Zustande verübt habe, in dem seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen sei, hielt es Staatsanwaltschaftsrat Nuth doch für notwendig, erst nach durch eine genaue Untersuchung und längere Beobachtung feststellen zu lassen, ob bei dem Angeklagten die Voraussetzungen des § 51 zutreffen oder nicht. — Das Gericht gab dem Antrage des Staatsanwalts statt und kam zu einer Verurteilung der Tat.

17 Zeitschriften unzüchtige Schriften.

Vor einigen Tagen wurde der Buchdruckereibesitzer Gröner in Verna von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet, weil er eine Art Zentrale für unzüchtige Schriften betrieb. Eine Durchsichtung seiner Geschäftsakten führte zu der Beschlagnahme von unzüchtigen, meist satirischen Schriften im Gewicht von 17 Zentnern. Es ergab sich, daß diese Schriften sämtlich von einem gewissen Steinbach in Amsterdam bestellt worden waren. — Der Verhaftete ist gestern ohne Stellung einer Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt worden, mit der Verbindung, daß bei dem seit 30 Jahren in Verna ansässigen G. weder Flichtverdacht noch Kollisionsgefahr vorliege.

Rassenuntersuchung.

Die Strafkammer in Breslau verurteilte am Freitag den Rassenhosen Urian von der Allgemeinen Ortskrankenkasse wegen Unterschlagung von 10 000 M. zu zwei Jahren Gefängnis. Urian war ein stammer Patriot.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Theater in der Königgräber Straße. Abends: Kr. Su. (Anfang 8 Uhr.)
Berliner Theater. Abends: Die erste im Val. (Anf. 8 Uhr.)
Kleines Theater. Abends: Der Rind. (Anfang 8 Uhr.)
Theater des Westens. Sonntag und Montag: Elektrizität. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Dienstag bis Donnerstag: Götterdämmerung. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Freitag bis Sonntag: Das Springbild. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Die Ballade. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Theater am Nollendorfsplatz. Abends: Der Burgbaron. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Reichens Theater. Täglich: Die verfluchte Liebe. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Zustiftshaus. Abends: Die spanische Fliege. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Theater an der Weinbammerstraße. Sonntagabend: 8 Uhr: Der müde Theodor. Abends: Der müde Theodor. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Thalia-Theater. Sonntagabend: 8 1/2 Uhr: Charles Kane. Abends: Wenn der Frühling kommt. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller-Theater O. Sonntagabend: 8 Uhr: Der Troubadour. Sonntag: Die Jägerslust. Montag: Lammhauer. Dienstag: Die Jägerslust. Mittwoch: Karfa. Donnerstag: Der Postillon von Lonjumeau. Freitag: Lammhauer. Sonnabend: Der Postillon von Lonjumeau. Sonntag: Lammhauer. Montag: Die Jägerslust. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Friedrich-Wilhelm-Royaltheater. Abends: Reutnantslieben. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Lilien-Theater. Sonntagabend: 8 1/2 Uhr: Der milde gelbe Kohn. Sonntag: Gelassene Mädchen. Montag und Dienstag: In neues Bild. Mittwoch: Die Altmädchen. Donnerstag bis Sonnabend: In neues Bild. Sonntag: Gelassene Mädchen. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Montag: Geschlossen.
Metropol. Abends: Die Reise um die Erde in 40 Tagen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Walhalla-Theater. Abends: Der Hund von Dastorf. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Kaiser-Theater. Sonntag bis Mittwoch: Der Silberkönig. Donnerstag: Die regeleierten Studenten. Freitag bis Sonntag: Der Silberkönig. Montag: Die regeleierten Studenten.
Berliner Theater. Abends: Grigori. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Polles Garrice. Abends: Die Leibschärerin. Die Amor-braguer. Das Bett Napoleons. Ab — da stam' ich. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wintergarten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Admiralspalast. Abends: Am Langgolf.
Reichshallen-Theater. Abends: Steifner Sänger. (Anfang 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.)
Palast am Zoo. Varietè und Lichtspiele. (Täglich: 8 Uhr, Sonntag 4 1/2 Uhr.)
Vossische Theater. Abends: 5 Uhr: Kino-Parade. 6 Uhr: Neues Nollendorfer-Theater. Das Mirakel. (Anfang 8 1/2, Sonntag 6 1/2 Uhr.)
Waldbühnen-Theater. Abends: Mit-Pollham. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Kranke-Theater. Sonntag: Mit dem Imperator nach Rom. Montag: Zum Hofm. der Jungfrau. Dienstag: Streifzüge durch Norwegen. Mittwoch: Mit dem Imperator nach Rom. Donnerstag: Zum Hofm. der Jungfrau. Freitag: Mit dem Imperator nach Rom. Sonnabend: Streifzüge durch Norwegen. Sonntag: Zum Hofm. der Jungfrau. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Montag: Unbestimmt.

Aus aller Welt.

Der zurückgewiesene Liebhaber.

Ein aufsehenerregendes Verbrechen ereignete sich zu Cuenca in Spanien. Der Direktor des dortigen Stadttheaters, José Garcia, erhob die in seinem Theater beschäftigte, in ganz Spanien sehr bekannte Sängerin und Schauspielerin Valerina Gerialta, als sie nach Schluß des Theaters die sehr belebte Promenade San Fernando entlang ging. Als man ihn verhaften wollte, wandte er die Waffe gegen sich selbst und löste sich durch einen Revolverstoß in die Schläfe. Der Grund des Verbrechens soll darin liegen, daß die Erstgeborene die Liebeserklärungen Garcias zurückgewiesen hatte.

Ein Opfer des Kokaingenußes.

Das schreckliche Mordopfer des Kokaingenußes hat in Paris ein neues Opfer gefordert. Eine in Theaterkreisen sehr bekannte junge Tänzerin namens Teolet war seit einigen Tagen nicht mehr auf der Bühne, bei der sie tätig war, erschienen. Man erbrach die verschlossene Tür ihrer Wohnung und fand die Künstlerin tot im Bette liegend auf. Eine Anzahl Gläubchen auf dem Nachtsisch ließen erkennen, daß sie dem Kokaïn zum Opfer gefallen war.

Wer trägt die Schuld?

Die Regierungskommission, die mit der Untersuchung des Zusammenstoßes der Dampfer „Storstad“ und „Empire of Ireland“ betraut worden war, ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die „Storstad“ infolge ihrer Kursänderung die Schuld an dem Unglück trug.

Die Beulenpest in New Orleans.

Das amerikanische öffentliche Gesundheitsamt hat in sämtlichen Wohnungen und Geschäftshäusern New Orleans insgesamt 6000 Mattenfallen aufstellen lassen, um die Stadt vor der Ausbreitung der Beulenpest zu schützen, die in den letzten Tagen dort mit erschreckender Geschwindigkeit um sich griff und bereits mehrere Opfer gefordert hat. Die Aufmerksamkeit der Gesundheitsbehörden erstreckte sich besonders auf das „Barenhaus“ der amerikanischen „Volontäre“ auf Grund der Erklärungen eines Angestellten, der ansagte, vor dem Ausbrechen der Beulenpest von einer Anzahl Bißbe gebissen worden zu sein, von denen er annimmt, daß sie Verbreiter der Seuche gewesen sind.

Keine Notizen.

Schwere Wut eines Säugers. Der Schüler des vierten Jahrganges in der Lehrerbildungsanstalt zu Tetschen an der Elbe, Anton Kleist, hat auf offener Straße auf seinen Musikprofessor Krawitz mehrere Revolvergeschosse abgegeben, verletzte ihn tödlich und verlor dabei die Kontrolle über sich. Der Täter wurde verhaftet; er weigert sich, den Beweggrund der Tat anzugeben.

Tragisches Ende einer Automobilsahrt. Einen tragischen Abschluß hat eine Automobilsahrt gefunden, die der Vizebürgermeister mit dem Verwalter Bill von Zabrze aus unternahm. Ausgelastet nach der Fahrt bei seinem Freunde. Morgens wurden beide als Leichen aufgefunden. Eine Gasvergiftung, die durch eine defekte Gasleitung entstanden war, hatte ihrem Leben ein Ende gesetzt.

Bombenexplosion auf dem Zentralbahnhof in Neapel. Die der „Corriere d'Italia“ aus Neapel meldet, explodierte auf dem Zentralbahnhof kurz vor Abgang des Zuges Neapel-Rom eine Bombe. Glücklicherweise wurde niemand verletzt, jedoch ist der Materialschaden ziemlich erheblich.

Jugendveranstaltungen.

Randwitz. Heute Sonntag, nachmittags 5 Uhr: Unterhaltungstabend bei Schloß Randwitzstraße 37.
Mittwoch, den 15. Juli, von 7 Uhr ab: Spiele auf dem Feld hinter der Pflanzstraße.

Antikar-Warenbereich der holländischen Karthollen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktschulen. (Eine Veranschaulichung.)
Sonnabend, den 11. Juli 1913: Rindfleisch der 50 kg Markt: Käsefleisch Ia 72-84, da. Ia 68-71, da. IIIa 59-68; Bullenfleisch Ia 68-78, da. Ia 64-84; Rinde, 47-58, da. mager 47-47, fresser 60-65, da. dün. 50-60; Bullen, dün. 58-70; Kalbfleisch: Doppelfleisch 110-135; Wackelfleisch Ia 89-100, da. Ia 74-84; Rinder ger. gen. 44-60; Hammelfleisch: Rindfleisch 86-88; Hammel Ia 75-85, da. Ia 67-74, da. austral. —; Schafe 72-78; Schweinefleisch 58-67. — Eier: Ländliche Schaf 2,50-3,50; Trinker 4,00-4,50. — Butter: Wollfettbutter per 50 kg 90-105; Landbutter 80-90. — Gemüse: inländische: Karbaber, 100 Bund 0,00-0,00, da. fleischer 2,00-2,25; Kartoffeln, magnum bonum 50 kg 0,00-0,00, Daberche 0,00-0,00, neue weiße 5,25-5,50, da. Rolen 4,75-5,25, da. Wagenerbutter 6,00-6,50; da. weiße Rullerföner 4,00-4,50. — Porree, Schod 0,75-1,00; Spinat 50 kg 5,00-8,00; Schoten 2,00-3,00; Mohrrüben, Schodbund 0,90-1,00; Kohlen 50 kg 12,00-18,00; Champignon 50 kg 30,00-35; Kohlrabi, Schod 0,60-0,80; Birjingsohl, fleischer, Schod 3,00-6,00; Rindfleisch, Erwärter 100 Stück 6,00-20,00; Meerrettich, Schod 2,50-12,00; Petersilienwurzel, neue, Schodbund 1,00-3,00; Rabieschen Schodbund 0,50-0,75; Salat, Schod 1,00-1,50; Zwiebeln, Schodbund 0,50-0,60, da. 50 kg 11-11,50; Tomaten 50 kg 25,00; Pfefferlinge 25-30; Rissbohnen 50 kg 10,00-12,00. — Obst: inländische: Kartoffeln, tanor, 50 kg 0,00-0,00, da. Walla, neue 0,00-0,00, da. ital. lange, neue 6-8,00, da. italienische runde, neue 2,00-6,00, da. ungarische 4-00-5,00; Tomaten italienische, Riste 0,00, da. holländische 50 kg 4,00-12,00, da. französische 8,00-12,00; Stummel, holländischer Ia 100 Stück 15,00-22,00; Borschen, ägyptische 50 kg 18,00, da. ital. 10,00-12,00, da. ungarische 60,00-60,00; Gurken, holl. 100 Stück 5,00-14,00, da. Sumpfe, ital. Schod 1,50-2,00; Bohnen, grüne, ital. 50 kg 4,00-8,00, da. ital. Sentele 5 kg 0,80-1,00, da. französische 0,00-0,00, da. ung. Beutel 0,80-0,80. — Obst und Südfrüchte: Birjings 50 kg Glas, 12,00-18,00, laure 15-20, Thüringer 4,00-10,00, fleischer 5,00-14,00, Berberische 8,00-13,00, da. Stupper 15,00-25,00, ungarische Ratten 25,00-32,00; Pfeffer, australische, Riste 0,00-0,00,00; italienische, 50 kg 8,00-30,00; Birnen, italienische, 50 kg 8,00-18,00. — Erdbeeren, holländische, 50 kg 5,00-14,00, Berberische 10,00-20,00, fleischer 0,00-0,00, Hamburger 6,00-20,00, Waldbeeren 60,00-70,00; Erdbeeren, unregl. holl. 0-0, da. holländ. 0,00; reife, holl. 5-10; Erdbeeren, 50 kg 18-21; Johannisbeeren, fleischer 50 kg 7,00-12,00; Blaubeeren 17,00-28,00; Kirschen, ital. 24,00 bis 28,00, franz. 16,00-28,00; ungarische 12,00-22,00; Birjings, ital. 20,00-47,00; französische 20,00-47,00; Pfäumer, holländische 20,00-35,00; Apfel, italienische 0,00-0,00; Weintrauben, holländ. 14,00-40,00-42,00; Bananen, Jamaica 14,00-16,00, lanarische 15,00-18,00; Erdnüsse 28,00-30,00; Ananas 60,00-100,00; Zitronen, Messina 500 Stück 8,00-12,00, 300 Stück 8,00-18,00, Messina 360 Stück 6,00-14,00, Messina 150 Stück 6,00-10,00.



A. WERTHEIM

G.
M.
B.
H.



Leipziger Straße
Königstraße

In fast allen Abteilungen

Rosenthaler Straße
Moritzplatz

Saison-Ausverkauf

Bedeutende Preis-Ermässigungen!

Herren - Artikel

- Oberhemden farb., Perkal m. Mansch. 2.25
- Oberhemden Zephir, gute Qual., mit Manschetten u. Ersatzmanschetten 4.90
- Reisehemden farbig Perkal, mit weichen Doppelmanschetten 3.75
- Reisehemden farbig Zephir, mit weichen Doppelmanschetten 4.75
- Sporthemden Oxford, hellgestreift, mit losem Stehumslegekragen 5.25
- Stehumslegekragen weiß Panamastoff, Hook 40 Pt.
- Stehumslegekragen gestrich. u. off. Form m. Leinendeck., Dtz. 4.75
- Stehkragen mit umgelegten Ecken, mit Leinendeck. Dtz. 3.75
- Manschetten mit Leinendeck., Dtz. 85 Pt.
- Krawatten Seiden-Foulard, Selbstbinder, offene und doppelseitige Form 85 Pt.
- Krawatten Selbstbinder, einf. Popeline, mit Herdre, schmale lange Form 85 Pt.
- Krawatten Selbstbinder, einf. Ottomane, offene Form 70 Pt.
- Krawatten Selbstbinder, reisseidener Bips, moderne Muster 1.25
- Krawatten Selbstbinder, reine Seide, schlagantfarbig 85 Pt.
- Krawatten Selbstbinder, reine Seide, schwarz-weiß gestreift 1.25
- Krawatten Selbstbinder, lange geschlossene Form, verschiedene Muster 1.30
- Ein Posten Krawatten versch. Muster u. Farb., off. Form, damit, reine Seide 85 Pt.
- Ein Posten Krawatten gestreift, reine Seide, verschiedene Farben 1.40

Außergewöhnliche Gelegenheit!

Die großen, zum Ausverkauf gestellten Restbestände

Damen-Kleider

wie Wasch-Voile-Kleider, Frotté- und Leinen-Kostüme, Kleider aus Seide und Wolle

kommen in dieser Woche zu nachstehenden

ganz hervorragend billigen Preisen

zum Verkauf

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V	Serie VI	Serie VII
9 M.	15 M.	25 M.	39 M.	58 M.	98 M.	138 M.

ferner kommen in dieser Woche große Restbestände

Damen-Mäntel, Kostüme, Blusen, Röcke, Kinderkleider usw.

zu außerordentlich billigen Serien-Preisen zum Verkauf

Diwandecken

- Phantasiegewebe rot oder grün 5.20
- Phantasiegewebe doppelseit., pers. gemustert 8.75
- Gobelingewebe persisch gemust. 14.25
- Plüschgewebe Streifenmuster 13.25
- Moketteplüsch persisch gemustert 19 M.
- Schwere Moketteplüsch persisch gemustert 27.50

Schlafdecken

- Baumwolle grau meliert 1.35 1.80
- Baumwolle kamelhaarfarbig 3.20 4.40
- Baumwolle durchgemustert 2.50 3.55
- Halbwolle grau meliert 3.25 4.50
- Kamelhaar 10.75 14.15

Gardinen

- Erbstüll - Künstlergardinen mit Bandarbeit 6.85 9.75 12.50
- Allover - Net
- Künstlergardinen 5.75 7.15 10.25



ges. gesch. Marke

Feinster Schuhputz.
Technische Wachwerke
Richard Gottschalk,
Berlin SW 47.

Gneisenaustraße 10,
S. Grau, billigste u. beste
Bezugsquelle für
Möbel jeder Art.
Kaasa und Teilzahlung.

10 Minuten.

von Treberdort an Ostbahn zwei
Grundstücke, 60 qm und 130 qm,
billig zu verkaufen. Einrichtungsgeb.
Anfragen Nr. 463, Postamt Berlin O 25.

Letzte Woche!!!
Saison-
Ausverkauf

viele Artikel bis **40%** herab-
gesetzt.

Teppich - Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko
Die Firma hat keine Filialen!

Kopfläuse

mit Brut vernichtet radikal Goldgeist, W. Z. 75198. Farb- u. geschlos-
sen. Heiligt d. Kopfhaut v. Schuppen u. Schinnen, befördert d. Haarwuchs,
verhindert Krankheit d. Kopfhaut, Hautausschlag u. Entzug neuer Parasiten.
Wichtig f. Schulkinder, Tausende v. Anerkennungen. Echt nur in Kartons
à 100 u. 250 M., niemals offen ausgegeben. In Apotheken u. Drogerien.
Man weise Nachahmungen zurück, die z. Zwecke der Täuschung vielfach
ähnlich klingende Namen tragen, und achte genau auf die Firma
d. alleinig. Fabrik. Rademacher & Co., Siegburg, und d. Namen

Goldgeist!

Meierei C. Bolle A.-G.

Berlin NW. 21. Alt-Moabit 98-103
Fernsprecher: Amt Moabit 7912, 7913, 7914.

Ältester und größter milchwirtschaftlicher Großbetrieb

Tagesquantum: Zirka 130.000 Liter.
290 Verkaufswagen. — 2500 Angestellte.

Eigenes Laboratorium für Milch-Untersuchungen.

Der Ruf und die Größe der Firma mit ihren zahllosen Angestellten bürgen für unverfälschte Reinheit aller Produkte.

Vollmilch. Dieselbe wird durchweg pasteurisiert, d. h. von krankheitsregenden Keimen (Typhus, Tuberkulose u. a.) befreit, braucht daher nicht noch einmal aufgekocht, sondern nur gewärmt, kann aber auch unbedenklich roh genossen werden.

Kindermilch von Pachtgütern, ebenfalls pasteurisiert. } Beide gewonnen unter dauernder tierärztlicher Aufsicht

Kindermilch aus eigener Kuhhaltung, roh

Kefyr, Dr. Axelrods Joghurt.

Süße Sahne, saure Sahne, Schlagsahne, prima Butter.

Buttermilch, Medizinal-Buttermilch.

Käse: Neufchâtel, Frühstückkäse, Kummelkäse, frischer weißer Käse (Quark), Harzer Käse, Camembert, Kaiserkäse.

Bienenhonig, Apfelmilch.

Erzeugnisse der Bolleschen Obst- u. Gemüse-Anlagen im Sommer frisch zugeführt, im Winter konserviert.

Gelées.

Marmeladen.

Verschiedene Früchte in Zucker.

Diverse Gemüse.

Säfte und Fruchtweine.

Sämtliche Erzeugnisse sind hergestellt unter Verwendung reinerster Raffinade und unter Vermeidung irgendwelcher schädlicher Konservierungsmittel.

Man verlange Preisliste.

Trinkkuren von Milch, Sahne, Joghurt

in unserem Laden Alt-Moabit 100, gegenüber dem Kleinen Tiergarten werden angelegentlich empfohlen.

Garbáty

Cigaretten

für
Qualitätsraucher

Größtes Spezial-Unternehmen **Vertrieb von Erzeugnissen sächs. Gardinen-Fabriken** 8 Verkaufsstellen
Johann Pellet & Co., Kommandit-Gesellschaft

Saison-Ausverkauf!

Verkauf zu unseren Original-Preisen nur:
C. Rosenthaler Str. 2, am Rosenthaler Tor
O. Gr. Frankfurter St. 5-6, Ecke Fruchtstraße
O. Grüner Weg 28, gegenüber der Markthalle
O. Niederbarnimstr. 13, Ecke Boxhagener Straße
S. Oranienstr. 37, nahe beim Oranienplatz
S. Kottbuser Damm 65, nahe Hermannplatz
N. Schönhauser Allee 83, nahe Hochbahnst. Nordring
C. Neue Königstr. 61-64 Zentrale und Versand

Auffallend billig

Gardinen

Stores - Bettdecken - Halbstores
Allover - Net - Fensterdekorationen.

Gediegene Qualitäten



Engros - Sortimente

Parteiangelegenheiten.

Zu die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Mitte August erscheint wieder eine neue Lokalliste. Wir ersuchen daher, alle Änderungen bezw. Neuaufnahmen bis spätestens Sonnabend, den 1. August, an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

Für den I. Wahlkreis an den Genossen Franz Dacht, SW. 68, Lindenstr. 2.

Für den II. Wahlkreis an den Genossen R. Reinhardt, S. 59, Urbinstraße 67.

Für den III. Wahlkreis an den Genossen Gustav Müller, SO. 36, Seimauer Straße 26, IV.

Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, O. 34, Straßmannstr. 29.

Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, C. 54, Auguststr. 51, III.

Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Salomon Joseph, NW. 21, Stromstr. 36.

Für Nieder-Barnim an den Genossen Ernst Beckmann, Friedrichshagen, Alpenrider Straße 15.

Für Teltow-Beelitz an den Genossen Karl Rohr, Realschul., Neue Jonasstr. 18, IV.

Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Emil Stahl, Spandau, Marschallstr. 3.

Für Ober-Barnim an den Genossen Richard Koch, Oberwalde, Drenowstr. 5.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln.

Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Wahlkreise so oft gefassten Beschluß hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzufassen, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 1. August einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten. Des weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnütze Verzögerungen, und da die meisten Einwendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperre handelt (Verzügen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission: Albert Hahnisch, C. 54, Auguststraße 51.

Zur Lokalliste.

Die Berliner Arbeiterschaft wird gebeten, bei Ausflügen nach dem Spreewald, sich wegen Führer und Nachtquartier an den Genossen Hermann Hinz, Pöbberau, Redlitz, 10, zu wenden. Die Lokalkommission.

Der Jahlabend im August.

Der Aktionsausschuss hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Jahlabend im August acht Tage früher, am 8. August, abzuhalten. Da Anträge zum Parteitag bis zum 15. August in Händen des Parteivorstandes sein müssen, soll den Genossen Gelegenheit gegeben werden, sich rechtzeitig mit der Tagesordnung des Parteitages beschäftigen zu können.

Die Generalversammlungen der sechs Berliner Wahlkreise finden am 11. August statt.

Der geschäftsführende Ausschuss.

Fünfter Wahlkreis, 1. Abteilung, Dienstag, den 14. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in den Unions-Besälen, Greifswalder Str. 222; Abteilungsversammlung. 1. Vortrag des Genossen Eugen Hofmann über: Massenstreik und Wirtschaftspolitik. 2. Stellungnahme zum Parteitag in Würzburg.

Handzettelverbreitung im 6. Wahlkreis.

Die 16., 20., 21. und 22. Abteilung verbreiten am Montag, den 13. Juli, Handzettel für die am 14. Juli stattfindende Versammlung in den Pharus-Sälen. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Auf! Zum Sommerfest des vierten Kreises.

Das heutige Sommerfest findet statt bei Ludwig, Treptow, und in Rentes Volksgarten, Köderstr. 28/29. Das Festkomitee hat es sich angelegen sein lassen, den Besuchern einige vergnügliche Stunden zu bereiten und ist überall für reichhaltige und genussreiche Unterhaltung Sorge getragen. Bei dem mäßigen Eintrittspreis von 20 Pf. pro Person, Kinder frei, wird natürlich auf Massenbesuch gerechnet.

Am Dienstag, den 14. Juli, findet für die weiblichen Mitglieder der 38. Abteilung ein Ausflug nach Pferdebusch statt. Treffpunkt mittags 1 Uhr im Lokal von Koblitz, Müllter Str. 27. Abfahrt vom Schleifischen Bahnhof bis Sadowa. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Reinickendorf-Ost. Heute findet im „Seebad“, Rosendammstr. 49, das Sommerfest der Arbeitervereine in Reinickendorf-Ost statt. Die veranstaltenden Vereine: der Wahlverein, der Männerchor Reinickendorf, der Turnverein Schönholz, der Radfahrerverein Solidarität, haben ein Programm zusammengestellt, das die Besucher des Sommerfestes in jeder Beziehung befriedigen dürfte.

Willems (im Vorverkauf 20 Pf.) sind noch bei den Bezirksführern des Wahlvereins und den Vorstandmitgliedern der übrigen Vereine zu haben. An der Tageskasse beträgt der Eintrittspreis 25 Pf. Beginn nachmittags 3 Uhr.

Eichtenberg. Heute findet die zweite Besichtigung der beiden städtischen Wasserwerke nebst der Enteisungsanlage am Krietzweg statt. Treffpunkt 1 Uhr im Durchgangsbahnhof Rummelsburg-Ost. Aus jedem Viertel können mindestens sechs Personen an der Besichtigung teilnehmen. Pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Reinickendorf-West. Heute findet im Lokale von Behr, Egharnerstr. 101/104, das Sommerfest des Wahlvereins statt. Der Wdgungsausschuss hat für gute Ausstattung Sorge getragen, auch werden sämtliche Arbeitervereine mitwirken.

Die Bibliothek des Wahlvereins ist vom 15. Juli bis 15. August wegen Umzuges geschlossen. Die geliehenen Bücher bitten wir zurückzugeben.

Vorsilber-Wittenau. Die Mitgliederversammlung findet nicht Dienstag, sondern Montag, den 13. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Wittenau, Wittenauer Gesellschaftshaus, Hauptstr. 58, statt.

Berliner Nachrichten.

Das Ausflüglerlokal.

Jeder Sommertag bringt tausende Großstädter aufs Land und jeder Sommer Sonntag läßt ihre Zahl auf die Hunderttausende anschwellen. Diese Hunderttausende sind ein Nachtsfaktor geworden, denn sie bringen Geld aufs Land und sei es beim Einzelnen noch so wenig. Sie können darum fordern, daß man auch auf ihre Bedürfnisse etwas Rücksicht nimmt. Die Gastgeber vom Lande, die da glauben das nicht nötig zu haben, müssen eben in den Kauf nehmen, daß der Zug der Ausflügler an ihnen vorübergeht.

Unter den Hunderttausenden der Sonntagsgäste überwiegen natürlich die Angehörigen der großstädtischen Arbeiterschaft. Sind sie auch noch so bescheiden in ihren Anforderungen, das Eine und Erste müssen sie von dem Wirte verlangen, bei dem sie Einkehr halten sollen; daß er den Arbeiter nicht nur als Sonntagsgast willkommen heißt, sondern auch dann, wenn dieser sein Lokal zu ernster Beratung bedarf. Es sind der ländlichen Wirte nicht wenige, die das Erste gern tun, aber für Versammlungen nicht zu haben sind. Geshäfte die Saalverweigerung meist auch nicht aus eigenem Antriebe, sondern lediglich dem berühmten „gelinden Druck“ des Amtsvorstehers, des Kriegervereins oder der sonstigen Honoratioren des Ortes nachgebend, so ändert das doch an der unangenehmen Tatsache nichts.

Unsere politische Betätigung bedarf aber der Versammlungslökal auf dem Lande wie in der Stadt. Der Saalmangel greift an den Lebensnerv der Partei. Darum führen unsere Genossen an vielen Orten einen erbitterten Kampf um die Versammlungslökal, einen Kampf, den der Großstädter oft kaum kennt, viel weniger würdigt. Und doch kann gerade er auf seinen Ausgang so ganz wesentlich einwirken. Die Hunderttausende der Ausflügler bilden eine Macht, wenn jeder einzelne von ihnen die von Zeit zu Zeit im „Vorwärts“ erscheinende Lokalliste in der Tasche trägt und keine Gastwirtschaft, die einen Saal hat, betritt, wenn sie nicht in der Liste als „frei“ steht. Aber er kann noch mehr. Einzelne Saalbesitzer geben ihren Saal den Arbeitern in gleicher Weise wie den anderen Gruppen und werden dafür nicht selten von eben diesen „anderen“ kaltgestellt und gar in ihrer Existenz bedroht. Diese lassen sich oft durch die Bevorzugung durch die Ausflügler halten. Ohne jedes persönliche Opfer kann so der Einzelne seine wirtschaftliche Macht im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung ausnutzen. Und es ist dabei nichts Unbilliges, was wir von den Wirten fordern. Wie er sich persönlich politisch betätigt, kann und muß er gleichgültig sein; was wir verlangen ist lediglich: Anerkennung unserer Gleichberechtigung mit anderen Parteien und Schichten. Das aber können wir mit allem Nachdruck vertreten. Darum: Beachte jeder die Lokalliste streng!

Nun aber können die Gäste als solche noch mehr fordern und das mögen vor allem die ländlichen Genossen beachten, die von uns die Meldung der gesperrten Lokale erwarten; der Aufenthalt in den freien Lokalen muß auch angenehm sein; das Lokal darf nicht in dieser Beziehung gegenüber der Konkurrenz zurückstehen. Der großstädtische Arbeiter und die mit ihm sympathisierenden Kreise haben sehr wohl ein Empfinden für Sauberkeit, für freundliche und kausale Bedienung. In jeder Ausflüglerwirtschaft gehört ein (ausgehender) Fahrplan der Eisenbahn- und Dampferlinien und eine gute Begelearte. Wie oft erhält man in diesen Wirtschaften kaum zuverlässigen Bescheid über Entfernungen und Fahrgelegenheiten. Dann sollte man überall etwas erhalten können, um im Notfall seinen ramponierten Menschen wieder herzustellen und sei es nur Pflaster und Nähfäden, Cholera- und Brustpulver. Was weiter den meisten Lokalen in der Umgegend Berlins fehlt, das ist: Spielgerät für die Kinder! Und doch lassen sich mit wenig Mitteln Schaukel, Bippe, Rundlauf oder Warren stellen!

Und eines sollten sich alle Wirte etwas zu Herzen nehmen; die Wege in der Nachbarschaft in Ordnung zu halten und in weiterem Umkreise die Wegezeichnungen zu prüfen, ob sich danach auch ein Fremder zurecht findet. Mit den Wegweisern hapert es in der weiteren Umgebung Berlins oft recht erheblich. Hier könnten auch die Touristenvereine sich verdient machen.

Wenn nun die Genossen vom Lande wieder einmal Klagen hören von ihren Wirten, daß sie von den Arbeitern nicht genügend berücksichtigt werden, um ihre Säfte hergeben zu können, so wollen sie auch prüfen, ob das Lokal den berechtigten Wünschen der Gäste entspricht. Die Ausflügler aber wollen auf diese ihre Anforderungen immer wieder hinweisen, im übrigen aber den Saalkampf auf dem Lande kräftig unterstützen.

Vom städtischen Bestattungswesen.

Für den städtischen Friedhof in Friedrichsfelde macht sich die Anstellung eines neuen Inspektors nötig. Mit den bisherigen Verwaltungen der Stelle hat die Stadt recht schlechte Erfahrungen gemacht. Die letzten beiden Inhaber der Stelle haben ihre Stellung dazu geschmachtet, sich persönliche Vorteile zu verschaffen, und als die Wirtschaft aufgedeckt wurde, wurden die Herren schnell so krank, daß ihre Pensionierung erfolgen mußte. So kommt es, daß die Stadt bereits zwei pensionierte Friedhofsdirektoren von Friedrichsfelde hat, die sich in einem Alter befinden, in dem sonst niemand pensioniert wird. Dieser Umstand hat dazu geführt, die Stelle in Zukunft besser zu dotieren. Die Stadtverordnetenversammlung wünscht für die Stelle einen gärtnerisch gebildeten Mann, der den an ihn zu stellenden Aufgaben besser gewachsen ist. Der Magistrat ist diesem Beschlusse beigetreten. Auch eine Ausschreibung der Stelle hat die Stadtverordnetenversammlung gewünscht. Auch diesem Wunsche soll Rechnung getragen werden, wenn unter den sich schon zu der Stelle gemeldeten zahlreichen Bewerbern nicht geeignete Personen vorhanden sind. Schon jetzt läßt sich sagen, daß die bisherigen Bewerber die gestellten Anforderungen nur in geringem Maße erfüllen.

Eine andere Frage bildet die Regulierung des Mumientransports auf dem Friedhof in Friedrichsfelde. Auf dem genannten Friedhofe hat die Stadt eine Blumenhalle erbaut, dieselbe aber an einen Gärtner verpachtet. In der letzten Kuratoriumssitzung handelte es sich um die Frage der Neuverpachtung. Von unseren Vertretern wurde beantragt, die Stadt möge den Mumientransport der Gräber und den Mumientransport selber übernehmen, und zwar im Inter-

esse der Ausschmückung des Friedhofes sowohl wie im Interesse der Angehörigen, die auf dem Friedhofe Gräber schmücken wollen. Dieser Antrag wurde abgelehnt und beschlossen, die Neuverpachtung der Blumenhalle anzuschreiben.

Schließlich kam in der gestrigen Sitzung das Verhältnis der Stadt zur Philippus-Apostelgemeinde zur Sprache. Die Stadt besitzt in der Seestraße einen Friedhof, der früher der Charité gehörte. Dieser städtische Friedhof verfügt aber weder über eine Leichenhalle noch über eine Kapelle, in der eine Trauerfeierlichkeit abgehalten werden kann. Angehörige von Verstorbenen müssen zu diesem Zwecke die Einrichtung der Kirchengemeinde in Anspruch nehmen. Es sind wiederholt Beschwerden erhoben worden, auch kürzlich in unserem Blatte, über Schwierigkeiten, die entstehen, wenn Angehörige von Verstorbenen in der Kapelle Leichenreden halten lassen wollen. In der gestrigen Sitzung wurde, entgegen der Ansicht unseres Vertreters, der seit Jahren auf die Erbauung einer eigenen Leichenhalle und einer Kapelle gedungen hat, weil der heutige Zustand einer Stadtgemeinde nicht würdig sei, dargelegt, daß bei der Veranschlagung des Friedhofes in absehbarer Zeit wohl gesagt sein werde, die mit nicht geringen Kosten verbundene Errichtung einer Leichenhalle und einer Kapelle nicht tunlich sei. Was die Benutzung der Kapelle der Gemeinde für Leichenreden betrifft, so könne die Kirchengemeinde nicht darauf eingehen, wie verlangt werde, ohne weiteres Leichenreden zuzulassen. In Rücksicht auf das Konsistorium müsse die Gemeinde von Fall zu Fall ihre Genehmigung sich vorbehalten, die aber nur dann verweigert werde, wenn Leichenredner sich zu Schmähungen der kirchlichen Einrichtungen in der Kirchhofskapelle hinreißen ließen. Gegen Redner wie Waldeck Monasse, Schütte u. a. würden Bedenken nicht erhoben. Was die Genehmigung betreffe, so habe Herr Superintendent Friedrich, Philippstr. 10, vom Gemeinderat die Vollmacht, die Genehmigung zu erteilen. Man braucht sich nur mündlich oder schriftlich unter Angabe des Redners und der Person des Verstorbenen an den Herrn Superintendenten zu wenden, der sofort Antwort geben würde. An den Kirchenrat braucht man dann nicht mehr zu gehen. Das Kuratorium glaubte nach Lage der Sache eine Aenderung dieses Zustandes nicht herbeiführen zu können, obwohl darauf hingewiesen wurde, daß die Angehörigen von Verstorbenen auf dem Friedhof in der Seestraße schlechter gestellt sind als diejenigen, die den Friedhof in Friedrichsfelde in Anspruch nehmen.

Das Fischsterben in der Spree.

Seit einigen Tagen sieht man in Berlin viele Tausende von Fischleichen die Spree hinuntertreiben. Es wird die Verführung geäußert, daß irgendeine Seuche das Wassersterben der Fische hervorgerufen habe. Dies trifft jedoch nicht zu. Im Hochsommer ist das Wassersterben kleiner Fische in der Spree beinahe eine normale Erscheinung, die den Fischern keine Besorgnis einflößt. Innerhalb Berlins ist die Spree natürlich durch industrielle Abwässer stark verunreinigt. Bei großer Hitze und Gewitterneigung steigen Gase aus dem Grundschlamm in die Höhe und entziehen dem Wasser noch das bis dahin Sauerstoff, das die kleinen Fische nötig haben. Dabei gehen die kleinen Fische zugrunde. Außerhalb der Stadt, wo es keine schädliche Abwässer gibt, reinigt sich die Spree wieder von selbst, und von einem Fischsterben ist keine Rede mehr.

St. Bureaukratismus.

Wer genötigt ist, einen Prozeß zu führen und die dazu nötigen Anwalts- und Gerichtskosten nicht aufbringen kann, hat das Recht, bei der Gemeindeverwaltung ein Armenattest zu beantragen. In Berlin kann der Antrag beim Armenvorsteher angebracht werden, der dann das Gesuch weitergibt. Wiederholt wird geklagt, daß die Erstellung des Armenattestes sich wochenlang verzögert. Die Antragsteller erhalten das Attest oft erst dann, wenn — falls sie Beklagte sind — der Termin bereits stattgefunden hat und in Fällen, in denen Anwaltszwang vorhanden ist, eine Verurteilung durch Versäumnisurteil bereits erfolgt ist.

Wir meinen, daß bei einigermaßen gutem Willen in einigen Tagen die Antragsteller im Besitz des Attestes sein könnten. In vielen Fällen würden dadurch den Geschützten Scherereien und Kosten erspart bleiben.

Die Droschke als Krankenwagen.

Zum Transport verunglückter Personen werden oft Droschken benutzt. Eine Droschke herbeizuholen, ist der erste Gedanke, und sie läßt sich ja auch meist leichter beschaffen als ein Krankenwagen. Die Droschkenfahrer aber, die solche Transporte ausführen sollen, begrüßen das manchmal keineswegs als ein willkommenes Geschäft. Ist der Verunglückte mit Straßenschmutz bedeckt oder hat er blutende Wunden, so muß der Kutscher fürchten, daß der Wagen beschmutzt wird. Wer ersetzt den Schaden, wenn eine lösspielige Reinigung vielleicht gar eine Erneuerung der Polster nötig wird und anderenfalls der Wagen für einige Zeit aus dem Betriebe gezogen werden muß?

Die Droschkenordnung sagt, daß der Kutscher betrunkenen und solchen Personen, von denen er wegen der Beschaffenheit ihrer Kleidung oder ihres sonstigen Zustandes eine Verunreinigung des Wagens zu erwarten hat, die Fahrt bzw. Fahrortsetzung verweigern und gegebenenfalls diese Personen zum Aussteigen veranlassen darf. Doch müssen erkrankte, verletzte, verunglückte und hilflose Personen, auch wenn von ihnen eine Verunreinigung des Wagens zu erwarten ist, befördert werden, falls ein Polizeibeamter dies anordnet. Kutscher und Wagenbesitzer haben in diesem Falle mehr Aussicht, daß Ansprüche auf Ersatz direkten Schadens nicht erfolglos bleiben, aber ganz ohne Verlust geht es auch da nicht immer ab. Wird eine Droschke von einer Privatperson zur Beförderung eines Erkrankten oder Verletzten benutzt, so ist für Kutscher und Wagenbesitzer das Risiko von vornherein größer und die Verfolgung etwaiger Schadenersatzansprüche kann unter Umständen sehr viel schwieriger werden. Freilich braucht, wenn eine Privatperson die Beförderung verlangt, selbst ein Erkrankter oder Verletzter nicht aufgenommen zu werden, falls Verwundung des Wagens zu befürchten ist.

Mit dieser Begründung hat bei dem Unfall, der (wie wir in Nr. 186 meldeten) sich auf einem Willenubau an der Heerstraße zutrug, der Führer eines Droschkenautos die Aufnahme des vom Drogenluft abgestützten Steinmetzen Otto Franz verweigert. Ein Kollege des Verunglückten war gelaufen, um schnellstens eine Droschke herbeizuholen, damit sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus erfolgen könnte. Am Bahnhof Heerstraße, hinter dem Neubau liegt, nahm der Kutscher eines vorbeifahrenden Arbeitswagens auf Anruf bereitwillig den Erlenden auf und fuhr ihn in scharfem Trab dem Reichsplatz zu, wo er hoffen durfte Droschken zu finden. Als sie auch unterwegs eine Droschke trafen, hielt der Steinmetz den Droschkenfahrer an und forderte ihn unter

Mitteilung des Anfalles auf, mitzukommen und den Verunglückten nach einem Krankenhaus zu fahren. Aber der Kaiser lehnte ab. Er wolle sich seinen Wagen nicht verderben lassen, sagte er. Auf die Versicherung, daß der Mann keine blutende Wunde, sondern inneren Schaden erlitten habe, blieb er bei seiner Weigerung. Ein Polizist, der die Aufnahme des Verletzten hätte erzwingen können, war da draußen begreiflicherweise nicht aufzutreiben. Der Steinweg mußte seine Bemühungen, den Kaiser umzustimmen, aufgeben. Es gelang dann, einen anderen Wagen herbeizuschaffen, der den Verunglückten wegbrachte.

Wenn das Vorwissen so, wie es uns mitgeteilt wurde und wir es hier wiedergeben, sich abgespielt hat, dann verdient der Kaiser allerhöchsten Tadel. Die Ablehnung war auch gar nicht berechtigt, wenn dem Kaiser gesagt wurde, daß der Verunglückte nicht blutete. Zur Ehre der Droschkenfahrer nehmen wir an, daß in ihren Reihen eine so brutale Hilfeverweigerung sehr selten ist. Aus eigener Erfahrung können wir nur sagen, daß wir in den Straßen Berlins bei Anfällen hilflosbereite Droschkenfahrer beobachtet haben, die nicht erst durch einen Polizisten sich zur Aufnahme eines Blutenden nötigen lassen.

Zu wünschen ist, daß den Droschkenfahrern solche Hilfebereitschaft erleichtert wird, indem man für sie das damit verbundene Risiko möglichst beseitigt. Wer will's einem Kaiser verübeln, daß er nicht Lust hat, etwa entstehenden Schaden auf die eigene Tasche zu übernehmen oder vielleicht gar sich von seinem durch ihn geschädigten Arbeitgeber auf Plaster werfen zu lassen? Auch dann, wenn eine Privatperson den Kaiser zur Aufnahme eines Verletzten auffordert, sollte die Bezahlung der Fahrt und der Ersatz etwaigen Schadens nötigenfalls durch Eingreifen der zuständigen Behörde gesichert werden.

Die Verzweiflungsstat eines Ehepaares.

Gestern vormittag gab der frühere Besitzer des Hotels Royal, Adolf Roth, in seiner Wohnung, Kaiserallee 28, zwei Revolverkugeln auf seine Frau ab. Frau Roth brach tödlich getroffen zusammen und war auf der Stelle tot. Hierauf richtete Roth die Waffe auf sich selbst und verletzte sich lebensgefährlich durch einen Schuß in die Schläfe. In hoffnungslos Zustand wurde er nach dem Krankenhaus gebracht. Die Ursache zu der Tat dürfte in finanziellen Schwierigkeiten zu suchen sein, in die Roth in letzter Zeit geraten war. Roth war lange Jahre hindurch Direktor im Hotel de Rome. Nach seinem Ausscheiden übernahm er das Hotel Royal, in dem es ihm jedoch nicht gelang, mit finanziellen Erfolg zu arbeiten. Nachdem Roth die Leitung des Hotels Royal niedergelegt hatte, bekleidete er zuletzt den Posten eines Restaurationsdirektors im Grand Hotel de Russie in der Georgenstraße. Roth stand Ausgang der 90 er Jahre. Die Tat hat er anscheinend in vollem Einverständnis mit seiner Frau begangen. Die bei dem Ehepaar in der Kaiser-Allee wohnende Mutter der Frau wurde gestern früh unter einem nächtigen Vorwande aus der Wohnung geschickt. Während dieser Zeit führte Roth die Bluttat aus.

Ein schwerer Baunfall

Hat sich am Freitag in Schöneberg ereignet. Dort wird auf dem Grundstück Freiherren-vom-Stein-Straße gegenwärtig ein Wohnhausneubau errichtet, der bis zum dritten Stockwerk gediehen ist. Als vorgestern nachmittag auf diesem Neubau der 47jährige Puffer Ernst Naasch, auf einem Gerüst stehend, in der Höhe der zweiten Etage arbeitete, trat er fehl und stürzte rücklings in die Tiefe. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, eine massende Kopfwunde und Verletzungen beider Beine. In sehr bedenklichem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Schöneberger städtischen Krankenhaus geschafft.

Autounfall am Untergrundbahnbau der Nord-Südbahn.

Ein Verkehrsunfall, der unter Umständen sehr verhängnisvoll hätte werden können, hat sich in der Nacht zum Sonnabend im Norden Berlins ereignet. Als gegen 1 Uhr nachts der Autoomnibus 1401 der Linie 2 der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft aus der Seestraße kommend, in die Müllerstraße einbog, stieß der Kraftwagen gegen eine Schienenanlage, die der Chauffeur in der Dunkelheit nicht rechtzeitig bemerkt hatte. Dadurch wurde der Omnibus aus der Richtung geschleudert und geriet auf den die Bauöffnung der Nord-Südbahn überdeckenden Wohlenbelag. Infolge der außerordentlichen Belastung zerplitterte die Breitere und der Autoomnibus brach mit den Rädern durch, wurde aber durch die den Wohlenbelag tragenden Dauerballen aufgefangen und so vor dem Absturz bewahrt. Der Chauffeur und drei Personen, die sich im Innern des Autoomnibus befanden, wurden von ihren Sitzen geschleudert, kamen aber mit dem Schrecken davon. Der den Wagen bedienende Chauffeur wurde zwischen die zuschlagende Tür des Wagens gelenkt und erlitt unerhebliche Quetschungen. Durch die Feuerwehr und Angestellte der Omnibus-Gesellschaft wurde der Omnibus noch in der Nacht aus dem Bauquadrat herausgehoben. Der Kraftwagen wurde erheblich beschädigt.

Falsche Hundertmarkscheine.

Seit kurzem sind Nachbildungen der alten Reichsbanknoten zu hunderten zum Vorkommen gekommen. Die Nachbildungen sind insbesondere daran zu erkennen, daß diese auf der linken Hälfte der Schriftseite an Stelle der auf den echten Noten stark in die Augen fallenden, etwa drei Finger breiten roten Faserung nur eine leichte rötliche Tönung und erst bei genauerer Prüfung entweder ganz kurze, leicht abbläsare Fäserchen oder aber Stellen zeigen, an denen solche kleinen Fäserchen geblieben haben. Hält man eine echte Note gegen das Licht, so ist von der Faserung so gut wie nichts zu sehen. Ferner ist die bedruckte Fläche von Rahmenleiste zu Rahmenleiste auf beiden Seiten der Fälschung in der Breite 8 bis 4 Millimeter kürzer als auf den echten Noten. Auf der Bildseite der Fälschung erscheinen die auf den echten Noten in der Zeichnung und am Rande weißbleibenden Stellen leicht bläulich gestreift. Auf den bisher angehaltenen Stücken ist an denjenigen Stellen, an denen die Schriftseite rote Stempel und Nummern zeigt, auf der Bildseite ein mehr oder minder starker rötlicher Schimmer bemerkbar.

Die Reichsbank macht auf diese Fälschung aufmerksam und verbreitet demjenigen, der zuerst einen Verdächtigen oder wissentlichen Verbreiter dieser Nachbildung bei einer Ortspolizeibehörde oder einem Gericht dergestalt anzeigt, daß die Täter zur Unteruchung gezogen und bestraft werden können, eine Belohnung von 3000 M., die unter besonderen Umständen noch erhöht werden wird.

Die Beerdigung des Opfers des Fabrikschiffes erfolgt am Montag, um 9 Uhr vormittags werden aus dem Friedhof in Rummelsburg, Portal Uferstraße, die Arbeiter evangelischer Glaubens begleitet, ein katholischer Arbeiter wird um 12 Uhr mittags auf dem katholischen Friedhof in Wilhelmshagen beerdigt. Die Sänger und Funktionäre treffen sich am Montag früh 7 1/2 Uhr bei Blume, Alt-Vogelagen 56.

Um den Dauerrekord.

Vom Flughafen Johannisthal wird berichtet, der Flieger Reinhold Boehm, der Freitagabend um 6.52 Uhr aufgestiegen war, um den

Dauerweltrekord zu brechen, ist Sonnabendabend um 6.04 Uhr in Johannisthal glatt gelandet. Er hat den Dauerweltrekord (21.40 Stunden) um zwei Stunden 23 Minuten mit 24 Stunden zwölf Minuten geschlagen.

Anfälle eines Epileptikers — grober Unfug?

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir am 2. Juli des „Vorwärts“, daß ein wegen Epilepsie zum Invaliden erklärter Buchdrucker wegen eines auf der Straße erlittenen Anfalls ein Strafmandat erhalten, weil er sich auf die Straße gelegt und dadurch groben Unfug verübt haben sollte. Am 6. Juli hat nun der Polizeipräsident das Strafmandat zurückgenommen.

Für das Ansehen der Polizei wäre es ratsamer, weniger boreilig Strafmandate in die Welt zu schicken.

Mit Gas vergiftet hat sich die im Hause Knibstr. 29 wohnhafte unterheiratete Anlegerin Luise Hopf. Als gestern nachmittag mehrere Freundinnen sie zu einem Vergnügen abholen wollten, fanden sie die Wohnung verriegelt. Da sich auch ein starker Gasgeruch bemerkbar machte, benachrichtigten sie die Polizei, die die Wohnung durch einen Schloßer öffnen ließ. Man fand dort die Hopf tot auf. Was die erste Siebenundzwanzigjährige in den Tod getrieben hat, steht nicht fest. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Zu dem neuerlich gemeldeten Unfall auf der Baustraße der Nord-Südbahn, den wir einer hiesigen Zeitung entnehmen, ersucht uns die Baufirma Berger mitzuteilen, daß dieser Unfall sich nicht auf der Baustraße zugetragen habe und daß der in Frage kommende Arbeiter lebe. Soweit es sich um die früher gemeldeten Unglücksfälle handelte, so behaupte auch die Firma diese Vorkommnisse. Sie beruhigen aber darauf, daß zwecks Aufrechterhaltung des Verkehrs die Straßenbahn über die offene Baugrube provisorisch herübergeleitet werden müsse.

Das ist schon richtig, hindert aber keineswegs daran, daß bessere Schutzmaßnahmen im Interesse des Publikums getroffen werden könnten. Auch jetzt halten wir daran fest, daß mit aller Dringlichkeit solche Schutzmaßnahmen getroffen werden müssen. Wer sich den Bau ansieht, muß ganz von selbst zu dieser Meinung kommen.

Aus der Selbstmordchronik. Erschossen und vergiftet hat sich im Treptower Park ein unbekannter Mann von etwa 50 Jahren. Spaziergänger fanden ihn kurz nach 10 Uhr am Steinplatz bestunmungslos auf. In der Hand hatte er noch den Revolver, mit dem er sich eine Kugel in den Mund geschossen hatte, und neben ihm lag eine Flasche mit Nylol, die er vorher zur Hälfte geleert hatte. Da er noch Lebenszeichen von sich gab, wurde er nach dem Krankenhaus Verhauen gebracht, wo er aber noch während der Operation verstarb. Der unbekannte Mörder hat blondes Haar und trug einen braunen Anzug, einen weißen Strohhut mit schwarzem Bande, graue Strümpfe und schwarze Jagstiefel. Sein weißes Leinenhemd ist ohne Zeichen. — Nicht festgehalten werden konnte auch die Persönlichkeit eines Mannes, dessen Leiche gestern in der Nähe der Trepterbücke aus dem Hohenzollernkanal geholt wurde. Der Unbekannte ist etwa 30 Jahre alt und mittelgroß, hat dunkelblondes, kurzgeschchnittenes Haar und einen kleinen, englisch gestutzten Schnurrbart und ein graues Jackett, eine graugestrichelte Hose, ein blaues Oberhemd mit weißem Umlegekragen und weißschwarze karierten langen Schläps, schwarze Knopfstiefel und graue Strümpfe. Sein Taschentuch ist E. S. gezeichnet. Die Leiche wurde nach der Halle in Pichensee gebracht. — Aus dem Teufelskanal bei Mariendorf wurde ein unbekannter etwa 25 bis 30 Jahre alter Mann geholt, der etwa 1.65 Meter groß ist, einen Anflug von Schnurrbart hatte und mit einem graugestrichelten Jackett besetzt war. Im rechten Knopfloch hatte er eine kleine Porzellanflasche mit der Aufschrift „Siffy“. Sein Chemisett ist G. W. gezeichnet.

Vorortnachrichten.

Mariendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zum besoldeten Schöffen wurde der Magistratsassessor Holle (Spandau) gewählt. Die Gemeindefasse schlägt für das Jahr 1913 mit einem Ueberschuß von 6058,60 M. ab. Dem Verträge mit dem Besitzer des neuangelegten Sanatoriums an der Ecke der Schöneberger und Tempelhofer Straße wurde zugestimmt. Danach verpflichtet sich die Anstaltsleitung eine Unfallstation einzurichten und vier Betten ständig für dringende Krankheitsfälle der Gemeinde zur Verfügung zu stellen. — Die Tempelhofer Straße vom Bahnhof Mariendorf bis Schöneberger Straße soll ausgebaut und reguliert werden. Die Kosten sind auf 220 500 M. veranschlagt. Um den alten Baumbestand zu erhalten, soll der Fußgängerverkehr auf beiden Seiten der Baumreihe übergeleitet werden. Der gänzliche Ausbau der Straße scheitert an dem Verhalten des Fürsten zu Stolberg-Bernigerode; der Fürst will sein Straßennetz nur unter der Bedingung abtreten, daß die Straße mit Hochbauten versehen werde. Wie der Bürgermeister mitteilte, sind alle Verhandlungen bisher resultatlos verlaufen. Da die Gemeindevertretung für das „fürliche Entgegenkommen“ des Fürsten hatte, bleibt die Strecke von der Schöneberger Straße bis zur Gemarkungsgrenze unreguliert. Einem Verlagsantrag wurde vom Genossen Reichardt mit der Motivierung widersprochen, daß wir keine Rücksichten auf den Fürsten zu nehmen hätten, es wäre Sache des Kreises, hier einzugreifen. Eine Interpellation des Genossen Weiphal über den Mietsvertrag zwischen dem Pächter des Restaurants Hämeln und der Gemeinde, beantwortete der Bürgermeister dahin, daß der Pächter bisher nicht an den Gemeindevorstand herangetreten ist und eine Änderung des Vertrages gewünscht habe. Der Pächter weigert sich beharrlich, sein Lokal der Arbeiterkass zur Verfügung zu stellen, da ihm dies vertraglich verboten sei.

Da die bürgerliche Mehrheit eine Besprechung der Interpellation ablehnte, war es unserem Genossen unmöglich, eine Kritik an dem unbedingten Verträge zu üben. Doch aufgehoben ist noch nicht aufgehoben.

Röbenitz.

„Der Denkmalsprozess und Klassenstaatliche Rechtsprechung“, lautete das Thema, über das Genosse Rechtsanwalt Stegried Weinberg in einer öffentlichen Versammlung im „Kaiserhof“ referierte. Redner geißelte das ungeheure Urteil des Charlottenburger Prozesses und verglich damit die Milde, mit denen Studenten in ähnlichen Fällen vor Gericht behandelt werden. Sei doch diese Rechtsprechung nur zurückzuführen auf die infame Hege der Schrammacher und der sozialen Stellung der Richter. Hätten wir Volkssrichter, so würde dieses Urteil trotz der Hege nicht möglich gewesen sein. Man solle uns nicht einzureden versuchen, es gebe keine Klassenjustiz; dieses Urteil und vieles andere beweisen, daß wir ein Recht haben, von einer Klassenjustiz zu sprechen. Sogar bürgerliche Juristen, wie Helmke, Radnide u. a. haben zugegeben, daß es eine Klassenjustiz gibt. Mit den Streifenurteilen ging Redner besonders scharf ins Gericht. An Beispielen wies er nach, wie angebliche Streifenrichter zu hohen Gefängnisstrafen wegen der geringsten Delikte verurteilt würden, während auf der anderen Seite Streifenrichter anständige Arbeiter niederstießen können, ohne bestraft zu werden. Redner ging dann noch näher auf die neue Strafgesetznovelle ein. Er führte aus, wenn diese Novelle Gesetzeskraft erlange, so drohten uns noch andere Verfolgungen. Man müsse auf der Hut sein, damit dieses Ungewese, denn so wäre die einzig richtige Zustimmung für dieses Ding, nicht erst Gesetzeskraft erlange. Mit der Aufforderung, Kampf gegen diese Rechtsprechung, die als Klassenjustiz bezeichnet werden müsse, Kampf gegen jede Einschränkung des Koalitionsrechts, schloß der Redner seinen Vortrag. Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen. In der Diskussion sprachen die Redner im Sinne des Referenten und ersuchten, das größte Augenmerk auf unsere Jugend zu richten, damit diese in unserem Sinne erzogen werde. Ein Antrag, den Betrag der Lesersammlung den Opfern des Denkmalsprozesses zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. Mit einem anerkennenden Schlußwort schloß der Vorsitzende Genosse Wähler die Versammlung.

Abterhof.

Berichtigung. Genosse Bied sendet uns zu dem gestrigen Bericht über die Generalversammlung folgende Mitteilung: Der Bericht über mein Referat zur Parteiorganisation läßt mich in seiner Kürze fast das Gegenteil von dem sagen, was ich ausführte. Ich habe mich gerade gegen die Auffassung gewandt, daß die mangelnde Beteiligung der Mitglieder am Parteileben allein aus der jetzigen Organisationsform zu erklären sei, sondern habe dafür auch eine Reihe anderer Gründe angeführt; infolgedessen habe ich mich auch dagegen gewandt, von einer formalen Aenderung der Organisationsform allein schon ein regeres Parteileben zu erwarten. Meine Ausführungen gipfelten in dem Vorschlag, daß die Mitglieder durch die Organisationsform mehr als bisher zu wissenschaftlicher Aufklärung und politischer Betätigung angeregt und daß innerhalb der Organisation größere Versammlungsformen (Abteilungen) der Mitglieder geschaffen werden, in denen diese Gelegenheit haben, regelmäßig zum Meinungsaustausch und zur Entschärfung über theoretische, politische und organisatorische Fragen zusammenzukommen. Außerdem müsse eine möglichst enge Fühlung zwischen den beschließenden Versammlungen der Mitglieder und der Verwaltung hergestellt werden, und zwar dadurch, daß die Mitgliederversammlungen direkt, also nicht durch Vertreterversammlungen, ihre Vertreter in die Verwaltung (Verbandsvorstand) wählen. So habe ich mich auch nicht für, sondern gegen den Vorschlag des Genossen Ernst ausgesprochen, der viel zu große Abteilungen, also wieder Vertreterversammlungen, vorschleift. Nur insofern er die vorläufige Aufrechterhaltung der Kreisorganisation vorschleift, habe ich ihn unterstützt.

Lichterfelde.

Das Arbeitersportkartell für Lichterfelde und Umgegend veranstaltet heute Sonntag, den 12. Juli, im Etablissement „Vierwäldchen“ sein erstes allgemeines „Arbeitersportfest“. Aufführungen der Sänger, Turner, Radfahrer und Athleten bilden das reichhaltige Programm. Um 3 Uhr Festzug aller beteiligten Vereine vom Lokal Lichter, Ghauffestr. 104.

Serienspiele.

Lichtenberg.

Die Serienspiele finden jeden Montag und Freitag auf dem Sportplatz „Deutschland II“ (Eingang Riemhildstraße, letzte Querstraße der Sudbrunstraße) statt. Treffpunkt ist mittags 1 Uhr an folgenden Stellen: 1. Bismarckplatz; 2. Alt-Vogelagen, Ecke Neue Bahnhofsstraße bei Blume; 3. Büttelstraße, Ecke Frankfurter Chaussee („Schwarzer Adler“); 4. Augustplatz; 5. Wilhelmplatz, und 6. Wagnerplatz. Jedes Kind muß sich einen Trinkbecher und Vesperbrot mitbringen.

Waidmannslust.

Die Serienspiele finden regelmäßig Montags und Donnerstags statt. Treffpunkt für Waidmannslust 4 Uhr am Schweizerhaus, für Hermsdorf 1/4 4 Uhr Kaiserplatz.

Mariendorf.

Ferienausflug der Kinder am Mittwoch, den 15., nach Lichterfelde. Treffpunkt um 1/2 1 Uhr am Rathaus, Admarck pünktlich um 2 Uhr. Fahrgeld 20 Pf., Kinder unter 10 Jahren 10 Pf. Gezeigt wird Montag und Freitag. Treffpunkt am Rathaus um 1/2 3 Uhr.

Lankwitz.

Die Serienspiele finden jeden Montag 10 1/2 und 11 1/2 Uhr, Donnerstags 1/2 1 Uhr statt. Treffpunkt Ecke Charlotten- und Seydlitzstraße. Für Fahrgeld sind 10 Pf. mitzubringen, außerdem hat jedes Kind ein Trinkgefäß mitzubringen.

Bohnsdorf.

Ferienausflug mit den Kindern am Dienstag, den 14. Juli. Treffpunkt früh 8 1/2 Uhr vor den Genossenschaftsschulern. Abmarsch 9 Uhr nach Bahnhof Grünau. Frühstück in Schindler's Restaurant zur Palme. Von dort nach dem Krossinsee. Bei schlechtem Wetter findet der Ausflug am Donnerstag, den 16. Juli, um dieselbe Zeit statt. Badezeug ist mitzubringen.

Lichterfelde.

Ferienspiele. Montag, den 13.: Ausflug nach dem Grunewald. Treffpunkt 1/2 1 Uhr Marktplatz (Mollkestraße). Mundvorrat und Getränke für den Weg sind mitzubringen. Kinder unter fünf Jahren können nur in Begleitung der Mütter mitgehen.

Spandau.

Die Serienspiele weisen eine außerordentlich starke Beteiligung auf. Es ist wünschenswert, wenn in den nächsten Wochen sich noch mehr Genossen an der Beaufsichtigung der Kinder beteiligen. Für die Siemensstadt werden von Dienstag ab gleichfalls Serienspiele beginnen. Anmeldungen zu den Spielen werden bei Frau Siemensstraße 34, entgegengenommen. Sammelpunkt für die Kinder über vier Jahre nachmittags 2 Uhr auf dem freien Platz vor dem Hause Siemensstraße 34. Die Spiele finden an allen Wochentagen, außer Sonnabends, nachmittags 2 Uhr, statt. Jedes Kind hat Ghaubrot und einen Trinkbecher mitzubringen.

Veranstaltungen.

Bereich für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 13. Juli, von nachmittags 3 Uhr ab: Zusammenreffen im Bootshaus des Rudervereins „Vorwärts“ in Oberschöneweide. Abgelegenheit mit der Bahn: bis Baumgartenweg oder bis Treptow mit der Straßenbahn, dann Uebersetzen mit Motorboot. Zweiter Wahlkreis. Der Ausflug der Genossinnen vom Leseabend Säden findet statt Donnerstag, den 16. Juli (nicht 14. Juli). Abfahrt 9.40 Uhr vom Gieseler Bahnhof nach Grünau usw. Uebersetzen S. d. W. e. t. e. n. 28. Juli, von vormittags 10 Uhr ab auf dem „Fichte“-Turnplatz.

Hilfsklasse der Grabener, Zwickauer und verwandter Berufs-genossen in Berlin taugt jeden zweiten Sonntag im Monat, abends von 8 bis 10 Uhr, im Lokal Luisenpark 1. Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Frauen und Mädchen Deutschlands in Odenbach a. M. Kleiner Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit. Führer E. d. Nr. 26. Verwaltungsstelle Berlin I. Montag, den 13. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engel-ufer 14/15: Hauptversammlung.

Witterungsübersicht vom 11. Juli 1914.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur °C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur °C
Emmende.	766.8	2. Selter	20	14.0	Sabaranda	763.0	2. Selter	21	13.0
Hamburg.	766.5	2. Selter	19	13.0	Petersburg	764.5	2. Selter	1. Dunst	23.0
Berlin	766.9	1. Selter	21	13.0	Scilly	763.8	2. Regen	14	14.0
Frankf. a. M.	766.8	2. Selter	19	13.0	Überbeem	765.0	1. bedeckt	13	13.0
München	765.9	2. bedeckt	19	13.0	Paris	764.0	1. bedeckt	21	13.0
Wien	763.9	2. bedeckt	19	13.0					

Wetterprognose für Sonntag, den 12. Juli 1914.

Warm und zunächst vorwiegend heiter bei mäßigen nordöstlichen Winden, nachher etwas zunehmende Bewölkung; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montagmittags: Am westlichen Küstengebiete überwiegend heiter und trocken, ziemlich frisch. In den meisten anderen Gegenden warm und schwül bei zunehmender Bewölkung, besonders im Süden an vielen Orten Gewitter.

Theater.
Theater in der Königsgrätzer Straße
Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.
Berliner Theater.
Zum 279. Male, 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Sachse-Oper.
Schiller-Theater O.
Täglich 8 Uhr:
Der Troubadour.
8 Uhr: Die Zauberflöte.

Theater des Westens.
Sonntag, Montag, 7 1/2 Uhr:
Siegfried.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Saharet
die australische Tanzdiva
Perkins Kaufmanns
Pagelen Verocyclo
Kabarett Truppe
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte!
Entreeplatz wochentags
M. 0,60.
- Rauchen gestattet! -

Theater am Nollendorfplatz 5.
8 1/2 Uhr:
Der Juxbaron.

ROSE-THEATER
Große Französischer Str. 108.
Der Silberkönig.
Anfang 8 Uhr.
- Auf der Gartendüne -
Rund um die Spree. Gr. Reine.
Reicher Konzert, Spezialitäten.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Leibwächterin.
Die Amordragoner.
Das Bett Napoleons.
Ah - da staun' ich.

Passage-Panoptikum.
Lebend!
Die letzten weiblichen
Azteken!
AGA
die schwedische Jungfrau.
Buddhas Geistesart.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Der Dorfschulmeister.
Genrebild v. Meyssel.
Anfang heute 7 1/2 Uhr.
Mit 10. Aufl. Gastspiel d. Dresdener Viktoria-Sänger.

Sommer-Theater „Urania“.
Wrangelstr. 11, Nähe Köpenicker Str.
Täglich erstklass. Varietévorstellung
Im Garten 2000, im Saal 900 Sitzplätze
Sonntags Ball!
Eintr. für Vereinsmitglieder 10 Pf. u. 10 Pf.
Theater a. d. Weidendammerbrücke.
Sonntag, Montag, 3 Uhr (H. Dreife),
täglich abends 8 1/2 Uhr:
Der müde Theodor.
Schwan m. Gesangs- u. Tanzeinlagen.
Sensationeller Erfolg.
Friedrich-Wilhelmst. Th.
8 1/2 Uhr 1. u. 2. Oberbühnenplätzen:
Leutnantslieben.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis
Sonntag, den 12. Juli 1914:
Großes Sommerfest
in den Lokalen: 214/15
Ludwigs Viktoriagarten, Treptow
unter Mitwirkung des Gesangvereins „Allegro“, M. d. A.-S.-B., des Berliner Konzert-Orchesters, Dirigent Herr Schulz; turnerische Aufführungen von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“, athletische Aufführungen von Mitgliedern des Arbeiter-Athletenbundes.
Preisgegeschieben :: Kaffeekochen :: Tanz
Mentes Volksgarten, Röderstr. 28-29
unter Mitwirkung des Gesangvereins „Olympia“, M. d. A.-S.-B., des Berliner Humorquartetts; turnerische Aufführungen von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“, athletische Aufführungen von Mitgliedern des Arbeiter-Athletenbundes :: Spezialitäten :: Konzert, Preisgegeschieben :: Kaffeekochen :: Tanz
Eröffnung nachmittags 2 Uhr :: Billett 20 Pfennig
Jedes Kind erhält am Eingang der Lokale einen Bon. für Stocklaterne und Karussell oder Schaukel gratis.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkr.
Sonntag, den 12. Juli 1914 im Schloß Weißensee:
Großes Sommer-Fest
Konzert □ Gesang □ Feuerwerk
Mitwirkende:
Gesangvereine des Arbeiter-Sängerbundes, Freie Turner, Arbeiter-Athletenvereine und Arbeiter-Schwimmer sowie „The Great Friends Gymnastiker“
Eintrittskarte 25 Pf. Anfang mittags 12 Uhr.
In beiden Sälen: TANZ (Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach).
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet. Jedes Kind erhält 2 Bons; einen für eine Stocklaterne, der andere gilt zur einmaligen Benutzung der Schaukel oder des Karussells.
Fahrverbindungen mit der Stadtbahn (Nordring) u. d. Straßenbahnlinien Nr. 59, 60, 61, 62, 63, 73 u. 10.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Sonntag 8 Uhr:
(Zum 223. Male):
Mit dem „Imperator“
nach New York.
Montag 8 Uhr:
Zum Hochflirn der Jungfrau.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute ab 4 Uhr nachm.:
Großes Militär-Konzert
(3 Kapellen).
Eintrittspreise:
ZOO je 50 Pf.
Aquarium 50 Pf.
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.
Neu! Neu!
AQUARIUM
8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Admiralspalast Eisarena.
Berlins köhltster Aufenthalt.
nachm. 7 1/2 Uhr u. abends 9 1/2 Uhr:
„Die lustige Puppe“.
Außerdem abends:
„Im Tangoklub“.
Nachm. u. ab 10 1/2, halbe Kassenpr.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Heute Sonntag, den 12. Juli 1914:
Eröffnung: Oberbayern.
Wunderbare, vollständig neue Alpen-Dekoration.
Bayrische Kapellen. Bayrische Madl.
Anfang 4 Uhr.

Schweizergarten
Am Friedrichshain No. 29-32.
Heute sowie täglich:
Theater und die neuen Spezialitäten. Ball.
Volksbelustigungen.
Anfang 4 Uhr. X Entree 30 Pf.
Ab 16. Juli er.: Mr. Smeerlape mit seinen dressierten Schweinen.

Dritter Wahlkreis.
Morgen Montag, in der Neuen Welt:
Großes Sommerfest.
Konzert □ Spezialitäten □ Kinderspiele.
Fackelzug.
Hierzu erhält jedes Kind eine Stocklaterne gratis.
Anfang 4 Uhr. Billette 20 Pf.
Billette sind zu haben bei Hensch, Engelauer 15, Schulz (Zigarrengeschäft), Kottbusser Platz, und Feismann, Ritterstraße 1. 208/111
Die Mitglieder werden ersucht, sich vorher mit Billetten zu versehen.

Luna-Park
Täglich Doppelkonzert
hiesiger Militärkapellen.
Neue Attraktionen!
Eintritt an Wochentagen bis 5 Uhr } frei.
an Sonntagen . . . bis 3 Uhr }
Entree 50 Pf.
Wirtschaftsbetrieb: Bernhard Hoffmann.

Berliner Kindl-Brauerei-Ausschank
Hermannstraße 214/18 Neukölln Fernsp.: Neuhöfen 79
Oekonom: Robert Bergner.
Montag, Donnerstag, Sonnabend u. Sonntag:
Großes Garten-Konzert
Jeden Sonntag u. Donnerstag: Ball.
Jeden Mittwoch: Kinder-Freudenfest.
Große Verlosung von wertvollen Gegenständen, Packung, Bonbonregen, Kaspertheater. Entree inkl. Los 15 Pf.
Anfang 4 Uhr.

SPREE-HAVEL Stern
DAMPFSCHIFFFAHRT-GESELLSCHAFT
Jeden Dienstag und Freitag:
Ab Jannowbr. 8.00, Schif. Tor 8.15 } nach Teupitz 2.05 Pf.
Nied.-Schönew. Loreley 8.50, Grünau 9.20 }
Jed. Montag u. Donnerstag besond. Teupitzfahrt (3.10 M. hin u. zur.)
Sonntags ab Jannowbrücke (Belvedere):
Werktaglich 8.00 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse.
Jeden Montag, 9.30 Konzertfahrt nach Neue Mühle 50 Pf. hin und
Rück, Donnerstag, 9.30 ab Belvedere und Brandenburger Ufer:
Werktagl. (auch Sonnab.) 2.00 Uhr u. Woltersdorfer Schleuse 50 Pf.
2.15 Uhr { Mont., Mittwoch, Freitag u. Rauschhauswerder
Donnerstag u. Sonntag u. Müggelheim } hin und
Dienstag u. Freitag u. Neue Mühle u. Krampeuhg. } zurück
Ab Weidendammer Br. 8.00, Charlottenbr. Schloßbr. 9.30
Spendau, Charl. Br. 11.00
Jeden Wochentag Potsdam, Werder (Sonnabend Ferch)
Jeden Donnerstag 8.30 Uhr ab Weidendammer Brücke nach
Fahrpreis hin und zurück 1,00 M., Kinder 50 Pf.
Jeden Montag und Mittwoch:
7.30 ab Weidend. Br., 8.20 Charlottenburg Schloßbrücke, Brandenburg
9.30 ab Spandau, 11.05 ab Potsdam, 12.05 ab Belvedere (Friedrichshainhöhe) 2.05 hin u. zur.
Donnerstag, den 16. Juli 1914:
ab Jannowbr. 1.45 Konzertfahrt n. d. Müggelsee-Ruhezahl 50 Pf. hin u.
Schif. Tor 2.00

Deutscher Arbeiter-Sängerbund
Gau Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 26. Juli 1914:
23. Sänger-Fest
in Schloß Weißensee.
Gesamt-Männerchöre unter Leitung des Bundesdirigenten Herrn van den Dries.
Gesamt-Frauenchöre unter Leitung des Chormeisters H. Bleil. — Einzelchöre.
Konzert des Berliner Konzerthaus-Orchesters (Franz v. Blon), * Feuerwerk.
Von 4 Uhr ab: TANZ gegen Nachzahlung von 50 Pf. — Die Kaffeeküchen sind von 12 bis 4 Uhr geöffnet.
Billette im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf. — (Festzeit mit Programm an der Kasse gratis.)
Anfang mittags 12 Uhr.
Billette sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben; ebenso bei den Vorstandsmitgliedern: W. Beltz, Götakowskystr. 34; Jul. Klahre, Glasgower Str. 8; Jul. Stoffens, Langenbeckstr. 5, Quarg. 1; Karl Przbilla, Weißensee, Kronprinzstr. 13; Otto Engel, Neukölln, Reuterstr. 11, I. Seitenf. III; Paul Schneider, Hufelandstr. 30 (Laden); A. Oesterreich, Neukölln, Bodestr. 26. 17/5
Die Generalproben für die Frauenchöre finden am Mittwoch, den 15. und 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in der „Brauerei Friedrichshain“ statt.
Der Vorstand.

Voigt-Theater
Rudolfstraße 58.
Heute Sonntag:
Durch fremde Schuld.
Orig.-Ballett mit Gesang u. Tanz
in 3 Akten von Seelen u. Richter.
Wöchentlich neue Spezialitäten.
Kasseneröffnung 10 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Puhlmanns Theater
Schönhauser Allee 148, Kastanienallee 97/99
Unter neuer Leitung
der beliebten Direktion W. Hermann.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Zum Schluss: Wo halt du dein Weib? Weibchen! Anfang 4 Uhr.

Alhambra
Wollner-Theater-Straße 15.
Jeden Sonntag:
Großer Ball.
Großes Orchester. Anfang Sonntag
5 Uhr. A. Zamiatat.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Quittung.

Im Monat Juni gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- 1. Hennig - Argentinien 5.-; Sühmann - Argentinien 2.-, 2. Bez. Magdeburg, IV. Qu. 1913/14 (Salzweil-Gardelegen 98,06, Stendal-Osterburg 187,04, Jerichow I u. II 920,68, Magdeburg 1579,65, ...)

Für den Parteivorstand: Ditto Braun, Lindenstr. 2.

Eine Hege und ihre Ursachen.

Unsere Leser werden sich entsinnen, daß in den letzten Jahren in der sich arbeiterfreundlich gebärdenden bürgerlichen Presse mehrfach Artikel erschienen, die sich gegen die Entwicklung unserer paritätischen Arbeitsnachweise wandten. Diese Artikel wieder veranlaßten Unzufriedene, ihre angeblich trübenden Erfahrungen auf den Arbeitsnachweisen zum Besten zu geben. Und aus dem ganzen entwickelte sich eine regelrechte Hege gegen die Arbeitsnachweise, die von den Scharfmachern gesehen, gestärkt und ausgenutzt wurde, um die Befreiung zu beeinflussen. Am Hande des Herrenkessels aber standen Arbeiter, die sich bedröhen ließen, neues Material für die Scharfmacherei zuzutragen oder aber - wie die Dirsche Dunderschen - den Ägierenden Weifall zuzulassen, weil sie meinten, das ganze Gebilde und Betuete lediglich dazu, den ungenügenden freien Gewerkschaften Abbruch zu tun.

Wir sind jetzt in der Lage, von einem neuen Angriffsbuch auf einen paritätischen Arbeitsnachweis zu berichten, der allerdings in aller Heimlichkeit als eine Art Maulwurfsarbeit unternommen wurde. Wenn wir diese heimtückische Tätigkeit aus dem Dunkel der Verborgenheit trotz aller Strebens der ertappten Wiedermänner ans helle Licht der Öffentlichkeit zerren, so geschieht dies einmal deswegen, um den Arbeitern zu zeigen, wie sehr oft rein private Geschäftsinteressen für die Stellungnahme der bürgerlichen Presse in wirtschaftlichen Dingen maßgebend sind, dann aber auch, damit jene Allertweltspolitiker, die bei jeder auftauchenden Frage mit paragraphenschweren Gesetzenwürfen schwanger gehen, wissen, wessen Interessen sie in Wirklichkeit dienen, dieteil sie vernehmen, der Menschheit ganze Zukunft im Bauche zu tragen.

Anfang dieses Jahres wurde in Berliner Schneidergewerbe ein paritätischer Arbeitsnachweis errichtet, welcher von den Unternehmern und Arbeitern gemeinschaftlich verwaltet wird und zu dessen Kosten die Stadt einen namhaften Zuschuß gewährt, soweit sie nicht durch Zuschüsse des Verbandes der Schneider und der Berliner Schneiderinnung aufgebracht werden.

Dieser Arbeitsnachweis hat Meldestellen in verschiedenen Stadtteilen und hat sich seit seinem Bestehen sehr gut entwickelt.

Die Wirksamkeit des Arbeitsnachweises hat denn auch die „Berliner Morgenpost“ auf die Beine gebracht. In einem Artikel, den die „Berliner Morgenpost“ an die Redaktionen einiger Arbeitgeberzeitungen (1) schickte, sucht sie diesen einander zuzufügen, daß der Arbeitsnachweis für die Arbeitgeber von Nachteil sei. Sie erblickt zunächst in Arbeitsmarkt eine einer großen führenden Tageszeitung den untrüglichen Spiegel des wirtschaftlichen Lebens, um gleich darauf zu betonen, daß die „Berliner Morgenpost“ täglich davon etwa 1 Million, wenn nicht 1 1/2 Millionen Menschen gelesen werde, und daß daher im Grunde genommen die Benutzung der „Berliner Morgenpost“ viel zweckmäßiger sei als ein Arbeitsnachweis!

Der Arbeitsuchende gehe nicht gern nach dem Zentralarbeitsnachweis, der gewöhnlich weit von seiner Wohnung entfernt sei, sondern nehme die „Berliner Morgenpost“ zur Hand, die ihm ins Haus gebracht werde, oder hole sich am Nachmittag des vorhergehenden Tages von der seiner Wohnung zunächst gelegenen Verwaltungsstelle den „Arbeitsmarkt“ der „Berliner Morgenpost“. In dem Artikel heißt es dann wörtlich:

„Es wird aber auch sehr vielen Arbeitern und Arbeiterinnen nicht passen, sich mit jedermann in einem Wartezimmer zusammen zu setzen und geduldig abzuwarten, bis die Reihe an sie kommt. Und das gilt sicherlich für die besten Arbeitskräfte, denen es bei ihren Leistungen niemals schwer fällt, Beschäftigung zu finden.“

Es wird dann darauf hingewiesen, daß die Arbeitsnachweise gewöhnlich ungeeignete Arbeitskräfte zusenden und heißt dann weiter:

„Nicht anders wird es in der Damenkonfektion werden, wenn sich eine größere Zahl von Arbeitgebern darauf beschränken würde, nur auf diesem Wege ihre Hilfskräfte zu suchen. Der Beamte des Arbeitsnachweises hat weder die Zeit, noch die erforderlichen genauen Spezialkenntnisse der Branche (17) um unter den zahlreichen Arbeitsuchenden gerade diejenigen herauszufinden, die sich für eine bestimmte Arbeit eignen. Es wird, um ein Beispiel anzuführen, in eine Betriebswerkstätte, die nur elegante Rouveants-Artikel arbeitet, eine Anzahl von Arbeiterinnen geschickt, die nur auf Stapel-Gewerbe eingearbeitet sind; einer Werkstätte für Kostümröcke wird man Leute senden, die nur auf Jacken gearbeitet haben usw.“

Im Anschluß hieran wird auseinandergesetzt, daß dies alles nur Karger und Zeitverlust bedeute und das alles nur, weil der Arbeitgeber - 2 M. für ein Inserat, natürlich bei der Firma Ulstein, hat sparen wollen. Eine Sparjamkeit an Inseraten habe sich an den Sparern stets auf das Bitterste gerächt und es werde auch in der Damenkonfektion nicht anders kommen, als daß die Schneidermeister, die nach wie vor inferioreren, gegenüber den anderen Arbeitgebern einen Vorteil hätten, indem sie die besten Arbeitskräfte (17) bekämen und daß gerade Schneidermeister, die 20 oder 30 M. für Inserieren in der Saison sparen wollten, auf der anderen Seite Hunderte verlieren würden und noch dazu das Ansehen des Meisters als eines leistungsfähigen und prompt Beziernden.

Es heißt dann wörtlich weiter:

„Schließlich fragt es sich noch sehr, ob auf die Dauer überhaupt eine Ersparnis durch die Benutzung des Facharbeitsnachweises zu erzielen ist. Es ist nämlich nach den andertwärts gemachten Erfahrungen kaum anzunehmen, daß die Stadt Berlin den zu leistenden Aufwand für den Facharbeitsnachweis dauernd aus eigenen Mitteln wird bestreiten können. Die der Stadt für diese Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel sind nur gering und es kann gar nicht ausbleiben, daß die Stadt mit der Leistung von Zuschüssen auch an den Verein Berliner Schneidermeister für Damenkonfektion heran tritt.“

Offenbar handelt es sich bei dem Artikel der „Berliner Morgenpost“ um eine Arbeit der Expedition, die ein Interesse an großen Einnahmen aus den Annoncen des Arbeitsmarktes hat. Die Mittel, welche die „Berliner Morgenpost“ hier anwendet, um den Arbeitsnachweis zu verächtigen und gegenüber dem Arbeitsmarkt der „Morgenpost“ herabzusetzen, sind - das muß rund heraus gesagt werden - keine sauberen.

Der Arbeitsnachweis ist, wie bereits oben erwähnt, von Unternehmern und Arbeitern in Gemeinschaft mit der Stadt ins Leben gerufen worden und wird von diesen gemeinschaftlich verwaltet. Der Umfang der Vermittlungstätigkeit des Arbeitsnachweises deutet darauf hin, daß die direkten Interessenten, nämlich Unternehmer und Arbeiter mit der Geschäftsführung des Arbeitsnachweises durchaus einverstanden sind und es darf wohl angenommen werden, daß es den Arbeitern doch paßt, sich in einem Wartezimmer aufzuhalten und zu warten, bis Arbeit gemeldet wird.

Der Arbeitsmarkt der „Morgenpost“ wird doch unter freiem Himmel bei jedem Wetter auch an jedem Mann ab gegeben, womit doch wiederum dieselben Personen in Frage kommen, die sich auch auf dem Arbeitsnachweis melden. Nur ein Unterschied besteht, der, daß die Arbeitslosen auf dem Arbeitsnachweis in anständigen Räumen untergebracht werden und nicht als Schaurobjekt für Reugierige dienen, wie dies bei den Verteilungsstellen der „Morgenpost“ der Fall ist, wo sie außerdem von einem Schutzmann in Reih und Glied aufgestellt werden und auch noch warten müssen, bis die Reihe an sie kommt, um den Arbeitsmarkt zu erhalten und dann im Laufschritt nach irgend einer der ausgeschriebenen Stellen zu kommen, um sich dort wieder mit einer größeren Zahl Arbeitsloser um eine Stelle zu ranzen.

Recht albern hört es sich an, wenn die „Morgenpost“ meint, die Beamten des Arbeitsnachweises seien nicht in der Lage, sachgemäß beurteilen zu können, wer sich für irgend eine Arbeit eigne und würden, wie sie in ihrem Beispiel angegeben, verfahren. Zunächst sind in den verschiedenen Stadtteilen Arbeitsnachweisstellen eingerichtet und ist dafür gesorgt, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer die direkte Vermittlung der Arbeit besorgen, und zwar solche Unternehmer und Arbeiter, welche die Branchen durchaus genau kennen.

Die Besorgnis, die hier von der „Morgenpost“ ausgesprochen wird, ist vollkommen unbegründet, aber selbst wenn sie begründet wäre, würde noch nichts anderes eintreten, als was bei der Vermittlung der Arbeit durch den Arbeitsmarkt der „Morgenpost“ täglich eintritt, nämlich, daß sich Leute melden, die für die Arbeit absolut nicht zu gebrauchen sind. Dies wird aber durch die sachgemäße Behandlung der Arbeitsvermittlung im Facharbeitsnachweis für das Schneidergewerbe auf ein ganz geringes Minimum beschränkt.

Auf der gleichen Höhe stehen die Ermahnungen, die die „Berliner Morgenpost“ an die Unternehmer richtet wegen der geringen Ausgabe für die Annonce und des eventuell eintretenden großen Schadens. Hier dürfte es sich wohl mehr darum handeln, daß die „Morgenpost“ verschiedene 1000 Mark, die ihr im Laufe des Jahres verloren gehen können, nicht gern einbüßen möchte. Denn es ist kaum anzunehmen, daß die „Morgenpost“ ihre Inseratenanlage genannt „Arbeitsmarkt“ aus reinem Idealismus beachert, um damit der Öffentlichkeit zu dienen. Darüber, daß der Arbeitsnachweis mit Unkosten verknüpft ist, waren sich die in Frage kommenden Organisationen von vornherein klar. Es haben aus diesem Grunde bereits die Berliner Schneiderinnung 2000 M. und der Verband der Schneider 3000 M. zu den Unkosten beigetragen.

Ueber den Kreis der Beteiligten hinaus hat die Sache aber noch die Bedeutung, daß man hier einmal klar und unverkennbar erfährt, wo die Gegnerschaft gegen die paritätischen Arbeitsnachweise ihre letzte Ursache hat. Bei der eigentlichen Scharfmacherei ist man sich darüber nicht im unklaren. Diese tritt restlos für die Unternehmernachweise ein, die auf eine Maßregelung der Arbeiter zugeschnitten sind. Bei der sogenannten „unabhängigen“ Presse war die Ursache ihrer Stellungnahme im gegebenen Falle nicht immer klar erkennbar. Der Verfasser des fraglichen Artikels hat da ein schönes Stück Aufklärungsarbeit geleistet: Das Interesse am Profit diktiert die „prinzipielle“ Stellungnahme!

6. Verbandstag der Buch- und Stein-druckereihilfsarbeiter.

Leipzig, 10. Juli 1914.

5. Verhandlungstag.

Die Verhandlungen über die während der Berichtsperiode geführten Lohnbewegungen, abgeschlossenen Tarife und Hausverträge nahmen die Freitagssitzung völlig in Anspruch und machten obendrein noch eine Nachsitzung notwendig. Das einseitige Referat zu der in geschlossener Sitzung geführten Aussprache hielt die Vorsitzende Paula Thiede. Die Erfahrungen, die der Verband in den letzten Jahren gemacht hat, und die schwierigen Situationen, in die er mehrere Male geriet, machen eine klare und deutliche Stellungnahme zur Tariffrage allgemein notwendig. Hinsu kommen die bitteren Lehren durch die großen Bewegungen im Steinbrudergewerbe. Das einseitige Vorgehen der Steinbrudergewerkschaft hat den Verband finanziell außerordentlich geschwächt und dadurch die Strohkraft der Organisation sehr nachteilig beeinflusst. Hier muß der Verbandstag Maßnahmen treffen, auf daß solche Bewegungen nicht mehr einseitig von einem Verbände eingeleitet werden, bei dem dann der Verband der Buchdruckerhelfer den Prellbock abgeben muß. - Auf Unternehmenseite besteht wenig Weisung, die Lohnbedingungen tariflich zu regeln. Der Umstand, daß im Jahre 1910 13 161 Mitglieder unter tariflichen Bedingungen arbeiteten und 1914 nur noch 10 501, ist den Herren im Unternehmenseinlager ein Beweis dafür, daß die Hilfsarbeiterschaft noch nicht reif sei für Tarifabschlüsse. Das ist nichts als eine billige Ausrede. In Wirklichkeit ist es das Bestreben, dem Hilfspersonal jegliches Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages zu verweigern. Die Referentin betonte demgegenüber, daß der Verband an der Fortentwicklung der Tarife festhalte.

An der Debatte beteiligten sich die Vertreter der Buchdrucker und Buchbinder. Alle Redner waren sich darin einig, daß bei den zukünftigen Lohnbewegungen alle beteiligten Organisationen gemeinsam vorgehen. Der Verbandstag stellte sich auf den Standpunkt, daß die Lohnbedingungen der Mitglieder am besten auf tariflichem Wege geregelt würden.

Zu einer längeren Auseinandersetzung kam es über die Hausverträge. Man einigte sich dahin, daß die Hausverträge vor Abschluß dem Hauptvorstand vorgelegt werden.

In weit vorgerückter Stunde wurden dann die Verhandlungen verlag.

12. Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Stuttgart, 10. Juli 1914.

5. Sitzungstag.

Die Generaldebatte über Aenderung der Statuten, worüber weiter verhandelt wurde, endete mit Annahme einer Resolution, in der erklärt wird, daß man sowohl von einer Erhöhung der Beiträge als auch der Unterstützungen absehe, jedoch den Vorstand beauftragte, dem nächsten Verbandstage eine Vorlage zu unterbreiten, die für eine Beitragserhöhung und den Ausbau des Unterstützungswezens die Grundlage schaffen soll.

Die Spezialdiskussion brachte in der Hauptsache nur formale Aenderungen. Von Bedeutung ist nur die neue Bestimmung, daß männlichen Jugenbildlichen, die in die höhere Beitragsklasse übergehen, die früheren niedrigeren Beiträge als Kollektionen anerkannt werden. Weiter wurde beschlossen, daß weibliche Mitglieder, die nur periodisch erwerbstätig sind, für die übrige Zeit ihre Mitgliedschaft durch Zahlung von 10 Pf. ausrechterhalten können, jedoch mit der Beschränkung, daß sie dann nur Anspruch haben auf Rechtschutz, Urlaub- und Sterbegeld. Sobald sie wieder volle Beiträge zahlen, haben sie auch wieder vollen Anspruch auf alle Unterüttigungen. Die Ausführung dieses Beschlusses, der hauptsächlich die Regellehrerinnen an die Organisation fesseln soll, wurde dem Vorstand überlassen.

Ein heftiger Kampf entbrannte um Anträge, die trotz der vorangegangenen Entschlieung, auf Unterstützungsberhöhung zu verzichten, eine Erhöhung der Streikunterstützung um 2 M. für die Woche verlangen. Vorstandsmitglieder beantragten, falls der Antrag angenommen werde, die Kollektionen damit zu belassen. Der erstere Antrag fand keine Annahme. Die Verhandlungen wurden verlag.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Table with 4 columns: Wasserland, am 10.7., seit 9.7., and another set of columns for the same. Rows include Gera, Elbe, Oder, etc.

+) + bedeutet Hoch, - Fall, - *) Unterpegel.

Möbel-Engros-Lager Berliner Tischler- und Tapezierermeister Albert Gleiser G.M. Alexanderplatz Berlin C. 33 Alexanderstrasse 42. Wir liefern direkt an Privats als Spezialität: Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen in jeder Holz- u. Stilart, nur erstklassiger Ausführung zu konkurrenzlos billigen Preisen.

